

DEUTSCHE POLIZEI

Nr. 7 Juli 2012 Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



Druck auf kriminelle Rockerbanden steigt

In dieser Ausgabe:

GdP-Positionspapier:
„OK ist Kontrollkriminalität“

Gewalt im Fußballgeschehen:
Innenminister wollen Vereinen
Daumenschrauben anlegen

Salafisten:
Sicherheitspartnerschaft
mit den Muslimverbänden

Demonstrationsgeschehen:
„Ich bin ein absoluter Gegner des
Einsatzes von Gummigeschossen“

Rechtspolitik:
Sicherungsverwahrung
in der Praxis

JUNGE GRUPPE (GdP)

Strukturpolyester 1680D verleiht der Serie Molina die Leichtigkeit. Die verschiedenen Modelle zeichnet eine praktische Inneneinteilung aus.

Durch das einzigartige und klare Design liegen die Taschen im Trend und werden jedem Anspruch gerecht.



Aktentasche Molina

- abnehmbarer Schulterriemen
- Hauptfach mit Laptopfach
- Steckfach vorne mit Organizereinteilung
- Reißverschlussfach auf der Rückseite mit Smart Sleeve
- Größe: ca. 40,5 x 33 x 12,5 cm
- Material: Polyester 1680D
- Farbe: Cafe, Schwarz

25 - 4607 Cafe
25 - 4707 Schwarz

VK 29,95 € (empf. VK 39,95 €)



Businessstrolley Molina

- ausziehbarer Griff
- abnehmbarer Schulterriemen
- 2 separate Fächer mit Laptopfach
- Netzfach
- elastischer Packriemen
- Reißverschluss-Vortasche mit Organizereinteilung
- Adressfeld
- Größe: ca. 41 x 39 x 21 cm
- Material: Polyester 1680D
- Farbe: Cafe, Schwarz

25 - 4207 Cafe
25 - 4307 Schwarz



VK 69,95 €
(empf. VK 89,95 €)



**Letzter
Bestelltermin:
31.07.2012**

Umhängetasche Molina

- verstellbarer Schulterriemen
- Hauptfach mit Laptopfach und Organizereinteilung
- Reißverschlussfach auf Vorder- und Rückseite
- Größe: ca. 37 x 29 x 9 cm
- Material: Polyester 1680D
- Farbe: Cafe, Schwarz

25 - 4407 Cafe
25 - 4507 Schwarz **VK 26,95 €** (empf. VK 34,95 €)



Druck auf kriminelle Rockerbanden steigt

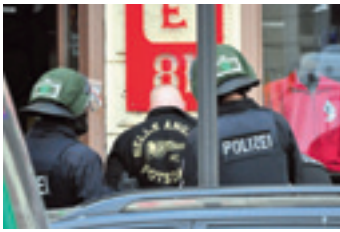


Foto: dpa

Die Szene ist in Aufruhr. Razzien, wie die in Norddeutschland, aber auch in Berlin, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen bieten den Rockern wenig Atempause. Die Polizei steht ihnen auf den Füßen

Seite 6

Innenminister wollen Vereinen Daumenschrauben anlegen



Foto: dpa

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) begrüßt, dass die Innenminister und -senatoren der Länder dem Deutschen Fußball-Bund (DFB) und der Deutschen Fußball Liga (DFL) massiv die Daumenschrauben ansetzen, um die Gewaltspirale im Fußballgeschehen zu durchbrechen ...

Seite 16

Demonstrationsgeschehen



Foto: R. Holeček

Anfang Juni, in Hamburg marschieren rund 500 Neonazis: Nach den schweren Ausschreitungen von linksextremen Gegendemonstranten und fast 40 verletzten Polizeibeamten sind Forderungen nach einer Ausrüstung der Polizei mit Distanzwaffen wie beispielsweise Gummigeschosse in die Öffentlichkeit geschneilt.

Seite 27

INHALT

Juli 2012

AKTUELL	2
KOMMENTAR Spät, aber nicht zu spät	4
FORUM	4/5
TITEL/KRIMINALITÄT Druck auf kriminelle Rockerbanden steigt	6
Interview: Von Verboten massiv getroffen	10
GdP-POSITIONSPAPIER „OK ist Kontrollkriminalität“	12
GEWALT IM FUSSBALLGESCHEHEN Innenminister wollen Vereinen Daumenschrauben anlegen	16
SALAFISTEN Sicherheitspartnerschaft mit den Muslimverbänden	18
TERMINE 15. World Police & Fire Games finden in Belfast/Nordirland statt	19
PLAKATAUSSTELLUNG Gesicht zeigen für Zivilcourage	20
SCHLEUSERKRIMINALITÄT Sicherheitslücken in Europa mit Doppelstrategie schließen	20
RECHT/URTEIL	21
POLIZEILICHE KRIMINALSTATISTIK „Wie die Feuerwehr von einem Brandort zum nächsten“	22
BILDUNGSANGEBOT GdP-Reise nach Israel – Ein unvergessliches Erlebnis zum Jahresausklang	25
DEMONSTRATIONSGESCHEHEN „Ich bin ein absoluter Gegner des Einsatzes von Gummigeschossen“	27
LIEBE UND LEID EINER JUNGEN JEZIDIN Ein zwar formal aufgeklärter, aber sonst schier unerklärbarer Kriminalfall	30
FACHTAGUNG Suchtberatung im behördlichen Gesundheitsmanagement	32
SEMINARE Der historische Wasserturm oder die Suche nach dem 18. Kamel	34
RECHTSPOLITIK Sicherungsverwahrung in der Praxis	35
JUNGE GRUPPE	38
BÜCHER/IMPRESSUM	40



GEWALT GEGEN POLIZEI:

„Abgeknallt“-Autor liest vor Bürgern und Polizisten

Zunächst in Düsseldorf (DP 1/12), dann auf Pressekonferenzen in Bremen und Berlin haben Mitglieder des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes und der Landesvorstände das im November 2011 vom Verlag Deutsche Polizeiliteratur (VDP) aufgelegte Sachbuch „Abgeknallt – Gewalt gegen Polizisten“ unter großer Resonanz gemeinsam mit dem Düsseldorfer Autor und früherem Polizeireporter Peter Jamin vorgestellt. Ende Mai fand erstmals auch eine Autorenlesung in der Stadtbibliothek Bremen statt. Bei der Fortsetzung Mitte Juni in der Hauptstadt las Autor Jamin vor über 70 Zuhörerinnen und Zuhörern.

„Abgeknallt“ ist eine fesselnde Geschichte, und es ist eine wahre Geschichte über die gefährliche Arbeit von Polizeibeamten in Deutschland. Tagtäglich müssen sie mit Anfeindungen und brutalen Übergriffen rechnen. Es ist eine Geschichte über die Gewalt gegen den Staat und seine Institutionen – für den die Polizeibeamten im wahrsten Sinne des Wortes „den Kopf hinhalten müssen“. Der Journalist und Schriftsteller Peter Jamin zeigt mit diesem Buch, wie schnell ein Polizist in eine lebensbedrohliche Situation geraten kann. Viele Polizisten, so Jamin, befänden sich in ihrem beruflichen Alltag in einem explosiven Spannungsfeld von Frieden und Krieg. Gerade noch suchten sie nach einem vermissten Kind oder einem verwirrten Rentner und im nächsten Moment gerieten sie mitten hinein in einen Rockerkrieg oder Banküberfall, schreibt der Autor in seinem Vorwort zu „Abgeknallt“ und trifft damit angesichts aktueller Ereignisse den Nerv der Berliner Kolleginnen und Kollegen. Nach dem jüngsten Auftritt des Autors im Rahmen einer vom GdP-Landesbezirk Berlin veranstalteten Pressekonferenz mit anschließender Lesung, brachten einige Kollegen, spürbar angefasst von den Schilderungen Jamins, den Mut auf, sich vor das Mikrofon zu stellen und den Medienvertretern und Gästen ihre persönlichen Gewalterlebnisse zu veranschaulichen. Sprengstoffanschläge, Molotow-Cocktails, lebensgefährliche Verfolgungsfahrten, geworfene Eisenstangen, Stein- und Flaschenhagel, brutale Schlägereien, Bedrohungen mit Schusswaffen, Äxten, Messern auf der einen Seite, auf der anderen: ausgeschlagene Zähne, Platz- und Fleischwunden, Verbrennungen, Knochenbrüche. Noch schlimmer jedoch sei es, so berichteten sie, permanent das Gefühl vermittelt zu bekommen, nicht gemocht zu werden, nicht respektiert zu werden, nicht

als Mensch hinter der Uniform behandelt zu werden. Auch die Politik wertschätze ihre Arbeit nicht. Rückhalt und Lob seien lediglich flüchtiger Bestandteil von Sonntagsreden. GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut ergänzte: „Die zunehmende



Bernhard Witthaut erläutert die aktuelle Lage der Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte. Autor Peter Jamin (r.) führte in der Recherche-Phase seines Buches Interviews mit dem GdP-Bundesvorsitzenden. Links im Bild, Gastgeber Michael Purper, Berliner GdP-Landesbezirksvorsitzender. Foto: Michael Zielasko

Aggressivität gegenüber der Polizei ist kein Alleinstellungsmerkmal einer kleiner Gruppe der Bevölkerung. Das zieht sich mittlerweile durch alle Gesellschaftsschichten.“

Berlins GdP-Landesbezirksvorsitzender Michael Purper verband die erschütternde Darstellung der „täglich existierenden Gewalt“ gegenüber Polizeibeamtinnen und -beamten mit harscher Kritik an der im Vergleich zu den Polizeien in Bund und Ländern klaffenden Besoldungslücke der Berliner Polizei. In der Besoldungsangliste halte Berlin die rote Laterne. Im Vergleich zu Beamtinnen und Beamten der Bundespolizei könne die Differenz zwischen 350 und rund 870 Euro liegen. Purper „Die Schere geht immer weiter auseinander. Zur Kompensation forderte der Landesbezirks-

vorsitzende für die Berliner Kolleginnen und Kollegen eine sofortige Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit von 40 auf 36,5 Stunden, und das so lange, bis die Besoldungsgleichheit wieder hergestellt sei.

Gebannte Zuhörerinnen und Zuhörer auch in Bremen. Packend und anschaulich erzählt Jamin über die „Tat“, das „Davor“ und „Danach“. Die minutiöse Darstellung des Tatablaufs liest sich spannend wie ein Krimi – die immer wieder eingestreuten Informationen, Daten und Fakten sowie Einschätzungen von Experten bringen dem Leser dieses wichtige gesellschafts- und sicherheitspolitische Thema in seiner ganzen Dimension nahe.



Oliver Malchow, Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes, mit einleitenden Worten bei der Autorenlesung in der Stadtbibliothek Bremen. Foto: Rüdiger Holecek

Auch Oliver Malchow, Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP, zeigte sich von der schonungslosen Darstellung beeindruckt. „Polizeibeamtinnen und -beamte gehen von Berufs wegen ein deutlich höheres Risiko ein, in Ausübung ihrer Tätigkeit verletzt oder sogar getötet zu werden. Seit 1945 sind nach Zahlen der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) 396 Polizistinnen und Polizisten durch Rechtsbrecher getötet worden. Nur unzureichend gezählt und kaum zu schätzen ist dagegen die Menge an lebens-



Berliner Kollegen berichten über ihre Gewalterfahrungen im täglichen Dienst. Foto: Michael Zielasko

bedrohlichen Angriffen mit Stich-, Hieb- und Schusswaffen, durch gezielte Stein- oder Flaschenwürfe, durch das Bewerfen mit Feuerwerkskörpern und brennbaren



Flüssigkeiten oder durch brutale körperliche Gewalt, die Polizeibeamtinnen und -beamte bei ihren Streifenfahrten, Demonstrationseinsätzen, dem Schutz von Castor-Transporten, der Begleitung von Fußballfans, dem Streitschlichten bei häuslicher Gewalt, nächtlichen Personenkontrollen oder weiteren Einsätzen ausgesetzt waren.“

Horst Göbel, Vorsitzender des GdP-Landesbezirks Bremen, weiter: „Durch die



Jamins Text löst Betroffenheit aus. Horst Göbel, Bremer GdP-Landesvorsitzender, bildet da keine Ausnahme. Foto: Rüdiger Holeczek

Bürde der latenten Gefährdung von Leib und Leben geben Polizeibeamtinnen und -beamten ihrem Arbeitgeber, dem Staat, einen erheblichen Vorschuss. Ein Preis, der angesichts von Kriminalstatistiken und gegenwärtigen wissenschaftlichen Gewaltstudien, permanent steigt.“ *hol/MiZi*

GDP NRW:

Top-Ergebnis bei Personalratswahlen

Die nordrhein-westfälische GdP hat bei Personalratswahlen ihr vor vier Jahren schon hervorragendes Wahlergebnis erneut getoppt. Die GdP stellt zukünftig 404 der landesweit 550 Mitglieder in den örtlichen Personalräten der Polizei. In 42 der 47 Kreispolizeibehörden in NRW hat die GdP die Mehrheit gewonnen, darunter sind alle Großbehörden der Polizei wie Köln, Dortmund, Düsseldorf und Essen, Bielefeld, Münster, Bochum, Duisburg und Bonn wie auch das Landeskriminalamt (LKA) und das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei (LAFP) stellt die GdP die Mehrheit der Personalräte. Elf der 15 Mitglieder des Hauptpersonalrates der Polizei gehören der GdP an. Frank Richter, nordrhein-westfälischer GdP-Vorsitzender sieht in dem hervorragenden Abschneiden der GdP bei den Personalratswahlen eine Bestätigung der erfolgreichen Arbeit der vergangenen vier Jahre. *MiZi*

NACHRUf:

Willi Bruelheide verstorben

Willi Bruelheide, erster Vorsitzender der Seniorengruppe Bund in der Geschichte der GdP, verstarb am 25. Mai 2012 in Altenholz bei Kiel. Wenige Tage vor seinem Tod hatte der 91-Jährige noch an der Jubiläumsfeier der GdP-Senioren in Berlin (DP 6/12) als Ehrengast teilgenommen.



Stiebitz/GdP

Kollege Bruelheide trat am 1. August 1948 in die Gewerkschaft der Polizei ein und gehört somit zu ihren Gründungsmitgliedern. Bereits für die erste Personalvertretung 1950 kandidierte er und wurde auf Landesebene gewählt. Der Personalvertretung ist er bis zu seinem Ruhestand 1980 treu geblieben. 1979 überreichte ihm Uwe Barschel, damaliger Innenminister

Schleswig-Holsteins, den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland.

Sein Bemühen um die Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen, Rentner und Rentnerinnen im Landesbezirk Schleswig-Holstein mündete in der Gründung einer Seniorengruppe.

Im April 1990 wurde Willi Bruelheide bei der ersten Seniorenkonferenz des Bundes in Kiel zum Seniorenvorsitzenden auf Bundesebene gewählt und war damit Mitglied des GdP-Bundesvorstandes. Dieses Amt übte er acht Jahre aus.

Seit 2001 hatte Kollege Bruelheide den Ehrenvorsitz der Seniorengruppe der GdP Schleswig-Holstein inne.

Die GdP trauert um eine Persönlichkeit, die der Personalvertretung und Gewerkschaft mit Witz und Humor, mit Schlagfertigkeit und Rhetorik ihre Prägung gegeben hat.

Die GdP wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren. *Der Bundesvorstand*

Gewerkschaftsvorsitzende beim Bundespräsidenten



Zu einem Mittagessen mit ausführlichen Gesprächen hatte Bundespräsident Joachim Gauck den Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) am 8. Mai 2012 in seinen Amtssitz, Schloss Bellevue in Berlin, eingeladen. Von links: Andrea Kocsis, stellv. Bundesvorsitzende ver.di, Ulrich Thöne, Vorsitzender GEW, Franz-Josef Möllenberg, Vorsitzender NGG, DGB-Vorsitzender Michael Sommer, Bundespräsident Gauck, Klaus Wiesehügel, Vorsitzender IG BAU, Berthold Huber, Vorsitzender IG Metall, Alexander Kirchner, Vorsitzender EVG, Bernhard Witthaut, GdP-Bundesvorsitzender und Michael Vassiliadis, Vorsitzender IG BCE. *Foto: Bundespräsidialamt*



KOMMENTAR

Spät, aber nicht zu spät

Razzien gegen Rocker, Salafisten und Neonazis – kaum ein Tag vergeht, an dem sich nicht Einsatzkräfte Zutritt zu Vereinsheimen, Wohnungen oder Gewerbe verschaffen, umfangreiches Datenmaterial, Waffen oder Rauschgift sicherstellen.

Der normale Bürger reibt sich verwundert die Augen und ist erstaunt darüber, wie weit verzweigt, gut vernetzt, hoch organisiert und finanziell bestens ausgestattet Gruppen mit erstaunlich großer Anhängerschaft ihr Unwesen parallel zu unserer Rechts- und Geschäftsordnung treiben können. Haben sie auch unterschiedliche „Geschäftsmodelle“, geht es den einen um Geld, den anderen um Religion oder Weltanschauung – bei all

diesen Gruppe geht es, wie Gerd Held in „DIE WELT“ richtig konstatiert, „um Machtansprüche, die gegen unsere demokratische Grundordnung gerichtet sind“, die die Regeln eines friedlichen und freiheitlichen Gemeinwesens verhöhnen und Gesetze schon gar nicht akzeptieren.

Täglich fördern die Razzien und Polizeiaktionen nicht nur Beweismaterial, sondern auch Erkenntnisse über das Innenleben dieser Gruppen zutage, über ihre Denkweisen und ihre Sicht auf unser Staatswesen und unser Menschenbild. Da sind die einen, die offen Gewalt gegen Andersdenkende oder gegen diejenigen propagieren, die sich ihnen entgegenstellen; die Menschen in ihrer Gewalt, insbesondere Frauen, wie Sklaven behandeln und übel misshandeln. Da sind die anderen, die mit nicht zu überbietendem Zynismus über die Gräueltaten des Dritten Reiches witzeln und sie als Option auch für die Zukunft nicht ausschließen, die sie sich erträumen.

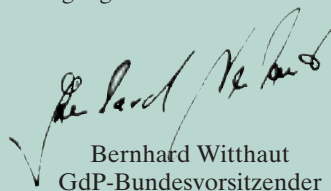
Viele Bürger fragen sich, wie ist so

etwas möglich in einem Land, in dem für Frösche Tunnel gebaut werden, damit sie sicher über die Straße kommen, Menschen sich in den strömenden Regen stellen müssen, damit andere nicht mit dem Rauch ihrer Zigarette belästigt werden, ein unverzollter Bettvorleger eine Regierungskrise heraufzubeschwören vermag? Oder gibt es vielleicht einen Zusammenhang? Verstellt nicht gerade der verkrampfte Blick auf die tägliche „politische Korrektheit“ die Sicht auf das Wesentliche, auf das, was unsere Gesellschaft ernsthaft im Kern bedroht?

Wo bleibt der öffentliche Aufschrei, wenn Kolleginnen und Kollegen im täglichen Einsatz beleidigt, bedroht und angegriffen werden? Nein, sie sollen Namensschilder tragen, damit möglicherweise ihre Familien auch etwas davon haben. Wo bleibt der öffentliche Aufschrei, wenn Kolleginnen und Kollegen bei der Durchsetzung von Recht und Gesetz von einer Menschenmenge umzingelt werden und ihnen entgegenschallt: „Verpisst euch, das regeln wir hier unter uns!“?

Die Politik reagiert auf diese unerhörte Provokation mit der beeindruckenden Einrichtung eines „runden Tisches“. Hat schon jemals die Karriere eines Geschäftsmannes oder Politikers darunter gelitten, wenn er sich mit stadtbekanntem Bordellbetreibern ablichten ließ?

Niemand sollte sich über das Ausmaß der durch die Polizeirazzien ans Tageslicht geförderten Parallelgesellschaften die Augen reiben. Es ist spät, aber nicht zu spät, sie zu zerschlagen. Ulrich Exner, der in „DIE WELT“ die härtere Gangart der Behörden als „auch Folge einer ziemlich sympathischen Weiterentwicklung unserer Demokratie“ bezeichnet, zieht den Schluss: „Es setzt sich allmählich die Erkenntnis durch, dass gemeinschaftliche, also staatliche Autorität nicht Gegensatz von Freiheit und Selbstbestimmung ist, sondern deren Bedingung.“



Bernhard Witthaut
GdP-Bundesvorsitzender

Zu: Lesermeinung des Kollegen Hopp, DP 5/12; Tarifabschluss 2012, DP 5/12

Die DP ist zu loben und dies – sei vorweg angemerkt – schafft Vertrauen: Auf Seite 5 der DP 5/12 wird ein Leserbrief von Herrn Detlef Hopp abgedruckt, der verkürzt ausgedrückt, den Tarifabschluss in dem Sinn kritisiert, dass der Tarifabschluss den Beschäftigten in den unteren Einkommensgruppen keinen nennenswerten Gewinn erbringt: Denn eine (nennenswerte absolute) Erhöhung des Sockelbetrages ist nicht Gegenstand des Abschlusses und die prozentuale Erhöhung des Bruttogehaltes stellt für diese kaum einen absoluten Zugewinn dar. Infolgedessen behauptet Herr Hopp, dass die Unzufriedenheit in den unteren Einkommensgruppen steigt, da sich diese Beschäftigten von den Berufsvertretungen nicht mehr vertreten fühlen. Auf den folgenden Seiten wird in der DP im Beitrag „Zähes Ringen um stattliche Einkommensverbesserungen“ der Tarifabschluss gelobt, indem unter anderem darauf verwiesen wird, dass die ordentliche lineare Erhöhung den Sockelbetrag kompensiert, so dass auch die Beschäftigten in den unteren Entgeltgruppen eine spürbare Erhöhung erhalten. Des Weiteren wird behauptet, dass die Arbeitgeber die soziale Komponente (des Sockelbetrages) kategorisch abgelehnt hätten.

Aus meiner Sicht sind diesen beiden Beiträgen zwei zentrale Fragen zu entnehmen. Zum einen: Ist der Tarifabschluss insofern gerecht, dass er auch den unteren Einkommensgruppen relevante Verbesserungen bringt? Zum anderen und das ist die wichtigere Frage: Vertrauen die meisten Beschäftigten und Mitglieder – und hier insbesondere die der unteren Entgeltgruppen – noch den Gewerkschaften, dass diese in den Tarifverhandlungen ihre Interessen angemessen vertreten? Beide Fragen sind so wichtig, dass, so denke ich, jeder sie für sich beantwortet. Jedoch ist auch die GdP verpflichtet, sich ihnen zu stellen und ausführlich und plausibel zu erörtern, warum dieser Tarifabschluss gerecht ist und mehr für die Arbeitnehmer nicht möglich war. Denn sie treffen sie im Kern. Ein Verweis auf ein kategorisches Nein der Arbeitgeber reicht da nicht, um glaubwürdig zu sein. Wenn das Verteilungsergebnis als zentraler Bestandteil des Tarifabschlusses von Seiten der Berufsvertretungen begründet wird, bedarf es stichhaltiger Argumente, diese könnten beispielsweise in den Sockelbeträgen der



Vergangenheit oder in den im Vergleich zu freien Wirtschaft geringen Einkommen der oberen Entgeltgruppen liegen. Insofern bitte ich die GdP um eine ausführliche nachvollziehbare Begründung in der DP, warum und wie es zu diesem Tarifabschluss ohne Sockelbetragserhöhung gekommen ist, um das Vertrauen der Arbeitnehmer und Mitglieder in sie zu bestätigen.

Stefan Prasse, Hannover

Antwort der Abteilungsleiterin Tarifpolitik, Alberdina Körner, auf den Leserbrief von Stefan Prasse, Hannover

Tarifabschluss ohne soziale Komponente

Die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes lehnen kategorisch soziale Komponenten im Gehaltsgefüge des öffentlichen Dienstes ab. Diese Ablehnung haben Bund und Kommunen in diesem Jahr mit dem hohen linearen Abschluss „bezahlt“, der dadurch auch in den unteren und mittleren Einkommen den Effekt einer sozialen Komponente hat.

„Das Brot kostet für alle das gleiche Geld“ – neben den steigenden Sozialversicherungsbeiträgen oft die Begründung für die Forderung nach sozialen Komponenten. Nur damit wird versucht, eine verfehlt Steuer- und Sozialpolitik auszugleichen, etwas was mit der Tarifpolitik aber nicht gelöst werden kann. Mit Tarifierhöhungen sollen die Beschäftigten dagegen am Wirtschaftswachstum beteiligt und Preissteigerungen aufgefangen werden.

Forderung nach Fest-, Mindest- oder Sockelbeträgen enden oft in sogenannten Einmalzahlungen. Diese Einmalzahlungen werden aber nicht tabellenwirksam und liegen damit bei der nächsten Tarifierhöhung nicht zugrunde. Auf Dauer steigen die Gehälter kaum und die Reallöhne sinken. Deshalb kam auch in dieser Tarifrunde für die Gewerkschaften auch keine Einmalzahlung in Frage.

Soziale Komponenten machen dort Sinn, wo bei unteren und mittleren Einkommen gegenüber dem gesamten Entgeltgefüge der Branche „nachgebessert“ werden muss. Mit TVöD und TV-L wurden neue Gehaltsgefüge geschaffen, die in sich stimmig sind. „Die Schere geht auseinander“ – als weitere Begründung für soziale Komponenten greift nicht: Nur bei linearen Anpassungen bleiben horizontales und vertikales Gehaltsgefüge bestehen.

Unabhängig davon werden die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes von den

Arbeitgebern damit konfrontiert, dass soziale Komponenten gerade in den Entgeltgruppen wirken, in denen sie ohnehin bereits auf oder gar über dem Niveau der Privatwirtschaft liegen. Das bedeute noch mehr Wettbewerbs- und Privatisierungsdruck. Und im Osten sei der öffentliche Dienst tarifgebunden, während dort in der Privatwirtschaft weitgehend nicht nach Tarif gezahlt werde und damit die unteren Einkommensgruppen auch hier über den Einkommen der Privatwirtschaft lägen. Es gebe keinen Fachkräftemangel und daher auch keine Rekrutierungsschwierigkeiten bei der Personalauswahl.

Letztendlich liegt es aber auch immer an der Frage der Durchsetzbarkeit: dafür in den unbefristeten Streik? Bisher wurde die Frage immer mit Nein beantwortet.

Zu: Missachtung von Verkehrsregeln ist unter Radfahrern inflationär, DP 5/12

Zu Ihrem Bericht möchte ich folgendes anfügen. Es wundert mich doch sehr, dass die GdP einem Autolobbyisten Ramsauer das Wort redet. Ich fahre jährlich ca. 6.000 km mit dem Fahrrad, aber auch 15.000 km mit meinem Auto und kann Ihnen versichern, dass sich die Radfahrer im Gegensatz zu den meisten Autofahrern noch vorbildlich verhalten. Hier jetzt pauschal auf die Radfahrer einzuhauen finde ich gelinde gesagt, doch sehr übertrieben.

Ihrem Aufruf folgend habe ich bereits einen erhöhten Kontrolldruck in einigen Städten festgestellt. Das führt zum Teil so weit, dass einige Ordnungspolizeibeamte zwar die Radfahrer auf den Gehwegen kontrollieren, jedoch die Fahrzeuge, die zwei Straßenzüge weiter auf den Radwegen parken übersehen.

Durch Ihre unausgewogene Pauschalverurteilung haben Sie es geschafft, dass der Graben zwischen Autofahrern und Radfahrern noch größer wurde. Für einige Zeitschriften sind nur noch „Kampfradler“ unterwegs. Normale Radfahrer gibt es nicht mehr.

Ich würde Ihnen empfehlen, öfters mit dem Fahrrad zu fahren. Selbst Sie werden in kurzer Zeit feststellen, dass es extrem gefährlich ist, sich auf öffentlichen Straßen zu bewegen. Die Rücksichtslosigkeit der Autofahrer nimmt immer mehr zu.

Am meisten gelacht habe ich über den Vorschlag des Vorsitzenden über die Einführung eines Kennzeichens bei

Fahrrädern. Wo lebt er eigentlich? Wer soll denn dies alles kontrollieren? Einen Blick auf einen Fahrradparkplatz in der Nähe eines Bahnhofs wird ihm zeigen, dass dieses Vorhaben schlicht aussichtslos ist.

Bleibt nur noch festzustellen, dass bei einem Zusammenstoß – Radfahrer/Autofahrer – zu fast 100 % der Radfahrer Schaden nimmt.

Welche ein Glück für den Radfahrer. Sonst wäre das Geschrei noch größer.

Klaus Eschenfelder, per E-Mail

Zu: Mai-Einsätze, DP 6/12

Ob des o. g. Einsatzes wird die Polizei gelobt, und der GdP-Vorsitzende beklagt zu Recht die mangelhafte Abgrenzung zu gewaltigen Chaoten durch in demokratischen Parlamenten vertretene Parteien.

Was aber wird berichtet? Mehrfach wird ein „Schwarzer Block“ erwähnt! Indem man aber Rechtsbrechern der übelsten Sorte einen Eigennamen zugesteht, wertet man m. E. jeden Einzelnen in dieser Gruppierung und die Gruppe selbst völlig unnötig auf.

Diese Chaoten sind zumeist reisende und gewaltbereite Intensivtäter, will sagen Verbrecher!

Wenn die Polizei diese Rechtsbrecher in der Berichterstattung weiterhin aufwertet, wird die Gewaltspirale bis zum Anschlag gedreht.

Es ist höchste Zeit, damit aufzuhören, Rechtsbrechern Eigennamen zuzugestehen. **Günter Hammermann, Hilden**

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-113
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de**



Druck auf kriminelle Rockerbanden steigt

Frank Hanebuth ist kein Popstar, kein Politiker. Der Hannoveraner ist kein Profi-Sportler oder Schauspieler. Und doch steht sein bulliger Körper mittlerweile regelmäßig auf der medialen Bühne. Unlängst noch in einem Interview mit der Sonntagsausgabe der Bild-Zeitung. „Ich glaube an eine höhere Macht, die alles lenkt“, diktierte Hanebuth den Journalisten auf die Frage, ob er an Gott glaube, in die Blöcke. Die hoheitliche Macht des Rechtsstaates, meinte er damit wohl nicht. Von dem mutmaßlich einflussreichsten Hells-Angels-Rocker Deutschlands, vielleicht sogar Europas, wäre das aber auch nicht zu erwarten gewesen.

U nabhängig der Verortung übernatürlicher Mächte sieht sich der Präsident des Hells-Angels-Charters Hannover in der realen Welt mit massiven Vorwürfen konfrontiert. Polizei und Justiz rücken ihm auf die Kutte. Er soll einen Mord in Auftrag gegeben haben. Das behauptet zumindest der vor dem Landgericht Kiel unter ande-

erste Buchstabe des Alphabets – „HA“) symbolisiert der Name der Outlaw-Biker die Zugehörigkeit zu den Hells Angels. Frank Hanebuth, so verlautete indes aus Ermittlerkreisen, reagiere nervös und wolle Stallwache halten. Seine Teilnahme am jährlichen Großereignis der Hells Angels, dem „World Run 2012“, Anfang Juni im österreichischen Graz, habe er trotz

weiteren Mordauftrages beschuldigen. Dieser habe dem Präsidenten der Kieler Rockergruppe „Tigers“ gegolten.

Groß angelegte Durchsuchungen

Als Kronzeuge der Staatsanwaltschaft hat der Angeklagte nun nicht nur Hells-Angels-Chef Frank Hanebuth in Bedrängnis gebracht, sondern auch eine der größten polizeilichen Aktionen gegen die kriminelle Rockerszene in Gang gesetzt. Rund 1.200 Polizeibeamte, darunter Beamte der GSG-9, durchsuchten Liegenschaften in Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen. Auch die Privatvilla Hanebuths in Hannover stand auf der Liste. Kronzeuge Steffen R. ist übrigens zu vier Jahren und vier Mona-



Die Polizei durchsucht ein Vereinsheim der Hells Angels in Potsdam. Foto: Rainer Schüler/MAZ dpa

rem wegen Menschenhandels, Zuhälterei und schwerer Körperverletzung angeklagte ehemalige Präsident der unterdessen aufgelösten Rockergang „Legion 81“. Über die Ziffern „81“ (der achte und

seiner in Deutschland unangefochtenen Stellung innerhalb des 1948 in Kalifornien gegründeten Clubs abgesagt. Nach Informationen des „Spiegel“ von Anfang Juni soll der Kronzeuge Hanebuth eines

ten Haft verurteilt worden. Zehn Jahre hätten es sein können. Der Angeklagte habe sich, so Oberstaatsanwalt Alexander Ostrowski, vom Rockermilieu gelöst und mit seinen Aussagen Mitglieder der Hells



Angels belastet. Dies sei zu Gunsten des Angeklagten zu bewerten, zitieren ihn die Kieler Nachrichten.

Hintergrund des großangelegten Polizeieinsatzes war auch die Suche nach einem seit zwei Jahren vermissten Türken, der, so der Kieler Kronzeuge, mit Hanebuth in Streit geriet und daraufhin der Mordauftrag ergangen sei soll. Mitglieder der Hells Angels hätten den Mann in eine Lagerhalle in der Nähe von Kiel gelockt, ihn gefoltert und schließlich erschossen. Die Leiche des Türken vermutet die Polizei einbetoniert in den Fundamenten einer wenig später neu errichteten Halle. Die Suche nach den menschlichen Überresten war bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch nicht beendet.



„Not amused“: Der Hannoveraner Hells-Angels-Präsident Frank Hanebuth sieht sich mit massiven Vorwürfen konfrontiert.

Foto: Jochen Lübke/dpa

Die Polizei hält indes nach GdP-Informationen die Aussage des Kronzeugen für glaubwürdig und somit den aufwändigen Einsatz für gerechtfertigt. Der Hannoveraner Höllenengel Hanebuth wiegelt unterdessen im Bild-am-Sonntag-Interview (BamS) ab: „Meiner Meinung nach erzählt er diese Geschichte nur, um sich einen Strafrabatt zu verdienen.“

Lebensgefährliche Aussage

Für den Ex-Präsidenten der Legion 81 können seine Aussagen lebensgefährlich



Das Polizeipräsidium Aachen präsentiert Gewehre und Kutten, die bei der Durchsuchung von Räumlichkeiten der Bandidos Ende April 2012 sichergestellt wurden.

Foto: Oliver Berg/dpa

sein. Unter Rockern gilt es als unverzeihlicher Verrat, mit Polizei und Justiz zusammenzuarbeiten. Erzählen kann davon, ein Hells-Angels-Aussteiger, dessen Aussagen im Herbst 2007 die Grundlage für eine bundesweite Razzia bildeten und bei der Waffen und Drogen sichergestellt wurden. In einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung berichtete er von einer ernstzunehmenden Morddrohung und einem Leben unter Polizeischutz: „Es besteht ein Mordauftrag gegen mich. Mehr geht eh nicht. Wenn was kommt, dann unverhofft. Die Leute, die das ausführen sollen, sind laut Polizei zwei Russen, die bei der Speznas-Sondereinheit waren. Die wissen, wie sie es machen“, sagte das ehemalige Mitglied der Hells Angels freimütig; ein Mann, der das sogenannte Dequiallo-Abzeichen getragen hat, eine Auszeichnung vor allem für Gewalttätigkeiten gegenüber der Polizei.

Wie andere Täter, die mit der Staatsgewalt kooperierten, ist der Kieler Kronzeuge momentan in einem Zeugenschutzprogramm untergebracht, was Rocker-Chef Hanebuth in der BamS mindestens für übertrieben hält: „Hells-Angels-Aussteiger schreiben Bücher, setzen sich in Talkshows, reden schlecht über uns. Und alle leben noch.“ An dieser Aussage sind allerdings Zweifel angebracht: Der Rocker, der im August 2009 in Berlin-Hohenschönhausen auf offener Straße von zwei Kugeln tödlich verletzt wurde, war zwar höchstwahrscheinlich nicht wegen

der Kooperation mit der Polizei getötet worden. Obwohl die Tat bis heute noch nicht aufgeklärt worden ist, spricht aber sehr viel dafür, dass dem Toten Absatzbewegungen von den Hells Angels hin zu den Bandidos zur Last gelegt wurden. Nichtsdestotrotz nähren die Outlaw-Biker Gerüchte um eine höchstheilige, dem Rechtsstaat ferne Rechtsprechung: „Gott vergibt, ein Angel nie“, lautet ein Motto der Szene; und auch das Akronym „AF-FA“ kann deutlicher kaum sein: „Angel Forever Forever Angel“.

Auf den Füßen

Die Szene ist in Aufruhr. Razzien, wie die in Norddeutschland, aber auch in Berlin, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen bieten wenig Atempause. Die Polizei steht ihnen auf den Füßen. In kurzen Abständen wurden Hells-Angels-Charter verboten, so in Köln und Kiel. Auch die Bandidos mussten den Verlust ihrer Aachener Dependence verschmerzen. Die Charter „Hells Angels MC West Side Bremen“, darunter der als Pressesprecher der Hells Angels bekannte und Frank Hanebuth nahestehende Rudolf „Django“ Triller, und „Hells Angels MC Potsdam“ gaben im Juni ihre Auflösung bekannt. Gegenüber dem in Bremen erscheinenden Weser-Kurier sagte der Innensenator der Hansestadt, Ulrich Mäurer: „Der Club mag aufgelöst sein, seine Mitglieder agieren weiter“, und zielte mit



seiner Äußerung auf die Aktivitäten der Rocker im Rotlichtmilieu. So sieht es auch das Brandenburger Innenministerium, das ankündigte, die Rocker weiterhin genau zu beobachten.

„Vereinszweck läuft Strafgesetzen zuwider“

Der Berliner Innensenator Frank Henkel spricht in der jüngst führenden Figuren des Hells-Angels-Charters „Berlin City“ zugestellten Verbotserfügung Klartext: Die Zwecke des Vereins liefen den Strafgesetzen zuwider, der Verein würde mit sofortiger Wirkung aufgelöst,

das Waffengesetz festgestellt worden.

Mitglieder des Charters und seiner Bandidos-Vorgängerorganisation seien mit Rauschgiftdelikten, zumeist Rauschgifthandel, Verstößen gegen das Arzneimittelgesetz und Zuhälterei in Erscheinung getreten. Der Verein, so in dem der GdP vorliegenden Papier, begünstige strafbares Verhalten seiner Mitglieder, somit seien aufgeführte Straftaten dem Verein zuzuordnen. Diese Aktivitäten seien nur durch ein Vereinsverbot wirksam zu verhindern.

Nach den von Experten und Insidern als außergewöhnlich und beunruhigend bewerteten Übertritten einer stattlichen Zahl Berliner Bandidos zu den Hells

City-Charters fügen, wollen die Hells Angels nicht. Auf einer Pressekonferenz Mitte Juni in einem Berliner Hotel informierte Hells-Angels-Pressesprecher Rudolf Triller die Öffentlichkeit über die Absicht der Rocker, Klage beim Berliner Verwaltungsgericht einzulegen. Schon deutlich schlauer ist das im Frühjahr 2010 mit einem Verbot belegte „Hells Angels MC Charter Flensburg“. Es hatte Klage gegen das Vereinsverbot eingelegt. Verhandelt wurde im Juni 2012 vor dem Oberverwaltungsgericht Schleswig. Dann aber hatten die Nord-Rocker die Klage überraschend zurückgezogen. Nach weiteren Beweisanträgen des vom Kieler Innenministerium beauftragten Anwalts



Beschlagnahme: Nach dem Verbot des Hells-Angels-Charters „Berlin City“ werden vor dem Clubhaus abgestellte Motorräder sichergestellt.

Foto: Florian Schuh/dpa

es erstrecke sich zudem auf eine „MG 81“ benannte Teilorganisation, das Vereinsvermögen werde beschlagnahmt, Ersatzorganisationen zu bilden, würde untersagt, Vereinskennzeichen dürften weder verbreitet, noch öffentlich oder in einer Versammlung gezeigt werden. Insgesamt listet die Verbotserfügung unter dem Titel „Straftaten im Bereich der Gewaltkriminalität“ rund 20 Fälle auf. Zudem waren bei diversen Durchsuchungsmaßnahmen immer wieder Waffen aufgefunden worden und Verstöße gegen

Angels im Februar 2010 hatten die ehemaligen Mitglieder des „Bandidos MC Centro“ ihre neue Heimat beim „HAMC Nomads Turkey“, einem ortsunabhängigen Charter gefunden, das als Anlaufstelle für türkische Mitglieder galt. Nach einer überstandenen Probezeit durfte der Berliner Teil der „Nomads Turkey“ das Charter „Berlin City“ gründen. Führungsfigur des dritten Hells-Angels-Charters in der Hauptstadt war bis zum Verbot des Vereins der türkisch-stämmige Kadir P.

Sich dem Vereinsverbot des Berlin-

bestätigten die Richter das Aus des Clubs. Die Hells Angels Flensburg bleiben verboten.

Interne Ermittlungen

Einen gehörigen Eklat verursachte die Berichterstattung des Online-Ablegers des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ einen Tag, bevor die Berliner Polizei Vereinsheime, Kneipen und Privatwohnungen der gesamten Hauptstadt-Rocker-





Die Polizei durchsucht das Vereinsgelände eines Brandenburger Bandidos-Ablegers in Hennigsdorf nahe Berlin.
Foto: Nestor Bachmann/dpa

Szene durchsuchen konnten. „Spiegel online“ hatte Ende Mai behauptet, dass die Rocker gewarnt worden seien. Ein von einem Vereinsverbot gefährdetes Chapter der Bandidos habe sich daher rechtzeitig auflösen können und sei „kurzerhand zu den Hells Angels ins benachbarte Brandenburg“ gewechselt. Auch das „Nomads“-Charter der Hells Angels bekam Wind von einer sie betreffenden Verbotserfügung und verlegte zügig seinen Sitz vor die Tore der Hauptstadt. Vor allem die Tageszeitungen der Hauptstadt überboten sich daraufhin mit Mutmaßungen über undichte Stellen bei der Berliner Polizei. In einem Interview mit der Nachrichtenagentur dpa erklärte die amtierende Polizeipräsidentin Berlins, Margarete Koppers, sie müsse bislang davon ausgehen, dass ein Mitarbeiter der Polizei vertrauliche Informationen in unverantwortlicher und strafrechtlich relevanter Weise an die Presse weitergegeben habe. Es mache ihr natürlich Sorgen, weil der Einsatz im konkreten Fall oder der Ermittlungserfolg in anderen Fällen gefährdet werde. Viel schwerer wiege die Gefahr für die Gesundheit der Polizistinnen und Polizisten. „Wenn Rocker

wissen, dass wir ihre Wohnungen durchsuchen wollen, können sie sich vorbereiten und meine Mitarbeiter gegebenenfalls angreifen.“ Koppers kündigte an, die Umstände im konkreten Fall mit höchster Priorität und eingehend zu untersuchen. Die Fachdienststelle für Polizeidelikte im Berliner Landeskriminalamt sei mit den Ermittlungen beauftragt. Alle zur Verfügung stehenden strafprozessualen Mittel würden ausgeschöpft.

Bluttaten

Unterdessen scheint sich die Gewalt unter den Rockern massiv aufzuschaukeln. Mitte Juni wird André S., Chef der Hells-Angels-Nomads, auf offener Straße von mehreren Kugeln lebensgefährlich verletzt. Ein Streit, offenbar mit einem S. bekannten Mann soll nach Zeugenaussagen der Bluttat vorausgegangen sein. Unverzüglich schossen Spekulationen über mögliche Hintergründe ins Kraut. Durch die Wechselstimmung der Bandidos zu den verfeindeten Höllenengeln und den Umzügen der Hells Angels nach Brandenburg habe sich, so Kenner des Rockermi-

lieus, das Machtgefüge in Berlin und im Umland empfindlich verschoben. Verschiedene Szenarien seien nun denkbar: Konkurrenzkämpfe um Führungsposten innerhalb sich neu strukturierender Hells-Angels-Charter oder Rache-Aktionen der Bandidos, deren Mitgliederstärke zunehmend schwindet und Zeichen der Stärke gezeigt werden müssten.

Der sich offenbar auf dem Wege der Besserung befindende Rocker wird nicht nur intensiv behandelt, sondern auch intensiv bewacht. Der mit brutaler Gewalt vorgegangene Täter könnte, so glauben Ermittler, seine Tat noch vollenden wollen. Vor dem Krankenhaus im Berliner Bezirk Wedding spielen sich indes absonderliche Szenen ab. Offenbar trauen die Hells Angels der Polizei nicht zu, André S. ausreichend schützen zu können. Das wollen sie lieber selbst übernehmen. Der Berliner „Tagesspiegel“ schreibt: „Doch die Rocker sind weiter auf dem Klinikgelände präsent, allerdings ohne sich an der Kleidung als Hells Angels erkennen zu geben. (...) Rocker und Polizei belauern sich gegenseitig.“

Mit Aussagen des schwer verletzten Rockers S. rechnet die Polizei nicht. Immerhin können aber die aus dem Körper heraus operierten Kugeln kriminaltechnisch untersucht werden.

In der Hauptstadt formiert sich nun auch die Justiz. Eine zehnköpfige Task Force aus Berliner Staatsanwälten will deliktübergreifend Fälle von organisierter Kriminalität und mit Rockerbezug zusammenfassend bearbeiten. Oberstaatsanwalt Jörg Raupach, Leiter der Einsatzgruppe, verdeutlicht in einem Interview mit der „Berliner Morgenpost“ die Ziele der Task-Force. Früher habe es oft mehrere Verfahren gleichzeitig gegen ein und dieselbe Person gegeben. Da habe ein Staatsanwalt wegen Zuhälterei, ein anderer wegen Drogenhandels ermittelt. Raupach: „Das kommt jetzt nicht mehr vor. Wir streben Großverfahren an.“

Offenbar geklärt scheint unterdessen der mutmaßliche Mord an einem Bandidos-Mitglied im nordrhein-westfälischen Bottrop. Der Mann hatte sein Motorrad am Straßenrand abgestellt und wurde dann, womöglich während eines Telefonats, von einem Schuss so schwer verletzt, dass er später an inneren Blutungen starb. Nach Ergebnissen kriminaltechnischer Untersuchungen geht die Polizei mittlerweile von einem Suizid des Rockers aus. In seinem persönlichen Umfeld soll der Mann zudem Selbsttötungsabsichten geäußert haben. >



Neue Mitbewerber im OK-Geschäft?

Nachdem bereits seit Mitte 2010 der „Mongols MC“ mit Chapters in Kiel und Bremen die Vormachtstellung der Hells Angels und Bandidos zu brechen suchte, gründete sich Anfang Juni 2012 ein Ableger des niederländischen Rockerclubs „Satudarah“ im nordrhein-westfälischen Duisburg. Scheinbar, so vermuten Ermittler, wollen die Oranje-Rocker ein Stück des Kuchens abzwacken und die intensiven Ermittlungen gegen Hells Angels und Bandidos zum Aufbau eigener Strukturen nutzen.



Neuer Mitbewerber am Markt: Der niederländische Rockerclub „Satudarah“ gründet im Juni 2012 sein erstes Chapter im nordrhein-westfälischen Duisburg. Foto: Daniel Naupold/dpa

Aus dem Schattendasein heraus

Die Rockerkriminalität steht nach jahrelangem Schattendasein in den OK-Lageberichten des Bundeskriminalamtes und der Landeskriminalämter wieder stark im Fokus der Öffentlichkeit.

Die auf hoher Flamme kochende Diskussion über das weitere Vorgehen gegen die kriminelle Rockerszene heizte nicht zuletzt das vielbeachtete GdP-Positionspapier „Organisierte Kriminalität“ an, das der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei mit klaren Worten Ende März 2012 der Öffentlichkeit vorstellte. Bernhard Witthaut:

„Wir wollen keine Macheten schwingenden Rocker, die verfeindete Clubs in aller Öffentlichkeit mit größter Brutalität angreifen. Hinter den einschlägig bekannten Rockergruppierungen wie den Hells Angels, den Bandidos, Mongols und „Gremium MC“ stehen keine romantisierenden Biker, sondern durchweg kompromisslos profitorientierte Straftäter, die unsere Gesetze, die Polizei und gesellschaftlich akzeptierte Normen strikt ablehnen.“

Konsequent durchgreifen

Den Innenministern und -senatoren der Länder und des Bundes hieften die tagesaktuellen Ereignisse das Thema „Rockerkriminalität“ noch in ihre ohnehin schon prall gefüllte Tagesordnung der regulären Frühjahrskonferenz im mecklenburg-vorpommerischen Göhren-Lebbin. Eine Hauptrolle spielte das Thema indes vor dem Hintergrund eskalierender Fußballgewalt und der zunehmenden Gewaltbereitschaft radikal-islamistischer Salafisten (noch) nicht. Die Innenminister aus Bund und Ländern seien entschlossen, härter gegen militante Rockerbanden vorzugehen. Zunächst müsse man sich auf regional begrenzte Verbote konzentrieren, erklärte Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich am Rande der Konferenz. Die kriminellen Strukturen der Banden seien nicht zu unterschätzen. „Da muss man sehr, sehr hart und konsequent durchgreifen“, forderte er. Sollte die Auswertung der Razzien in den vergangenen Wochen Beweise für koordinierte kriminelle Strukturen ergeben, gebe es „kein Ermessen, bundesweite Verbote auszusprechen“.

Michael Zielasko

Von Verboten massiv getroffen

Deutsche Polizei sprach mit Oliver Malchow, für Kriminalpolitik verantwortliches Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes, und dem Vorsitzenden des GdP-Bundesfachausschusses Kriminalpolizei, Norbert Meiners, über die aktuellen Entwicklungen in der Rockerkriminalität:

Deutsche Polizei (DP): Wie dicht stehen wir vor einem bundesweiten Verbot der Hells Angels?

Oliver Malchow: Die Forderung nach einem bundesweiten Verbot ist insbesondere von Bundesinnenminister Dr. Friedrich erhoben worden. So richtig diese Forderung sein mag, so schwierig ist die Umsetzung. Niemand kann ein Inte-

resse daran haben, dass es gut bezahlten Rechtsanwältinnen der Hells Angels gelingt, in Verbotsfragen einen Sieg vor Gericht zu erringen, deshalb geht Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Mir ist es lieber, wenn die Chapter verboten werden, die auch sicher verboten werden können.

DP: Bringen denn Verbote überhaupt etwas? Einige Hells Angels treten ganz

offensichtlich in noch nicht verbotene Nachbar-Chapter ein.

Norbert Meiners: Wir haben im Bundesfachausschuss Kriminalpolizei schon seit über zwei Jahren das Thema Rocker intensiv diskutiert und den Geschäftsführenden Bundesvorstand mit unserer Fachmeinung beraten. Die Befürchtung, mit einem Verbot würde die jeweilige konkrete Beobachtung einer kriminellen Gruppe erschwert, hat sich unseres Erachtens nicht bewahrheitet. Im Gegenteil: Die Effekte sind so, wie wir sie immer erwartet haben. Die Maßnahmen einer Verbotsverfügung schwächen das betroffene Chapter und die dahinter stehende OK-Struktur insgesamt. Vereinsvermögen wird eingezogen, das Clubhaus dicht gemacht, Motorräder werden beschlag-



KRIMINALITÄT

nahmt, mit anderen Worten: Die Polizei mischt die Szene auf.

Malchow: Auch wenn Frank Hanebuth, Kadir P., und andere führende Figuren der Hells-Angels-Szene nach einem Verbot den starken Mann geben, böse in Kameras gucken und auch sonst so tun als ob nichts passiert wäre, wissen wir, dass diese hierarchisch streng organisierten Clubs von den Verboten massiv getroffen sind. Vor allem das Verbot des Tragens von Kutten und Emblemen nimmt den Gruppenmitgliedern einen Teil ihrer martialischen Verkleidung und damit einen Teil ihres Schutzpanzers und ihres Drohpotenzials.

DP: Wenn die Verbote positive Wirkung entfalten, muss man aber doch die Frage stellen, ob die Polizei nicht viel zu lange dem Treiben zugeguckt hat?



Foto: GdP

Malchow: Wenn Gründlichkeit vor Schnelligkeit geht, dann ist es klar, dass Vereinsverbote nicht mal eben so runtergeschrieben werden. Ein gut begründetes Hells-Angels-

Charter-Verbot braucht Zeit. Andererseits muss natürlich gesehen werden, dass die politische Rückendeckung für Hells-Angels-Verbote erst in den letzten einhalb Jahren deutlich zugenommen hat.

Meiners: Tatsache ist, dass Rockerkriminalität Organisierte Kriminalität ist. Um OK aufzudecken und zu bekämpfen, muss Personal konzentriert werden. Wir alle wissen um die Not durch Personalabbau und deshalb ist es mehr denn je leider zur Gewissheit geworden, dass erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung stärker als früher ein Ergebnis von Konzentration der insgesamt zu geringen Anzahl von Ermittlungsbeamten ist. Wir haben als



Foto: privat

GdP lange vor dem Erstarren organisierter krimineller Motorrad-Gangs gewarnt und mehr politisches Engagement bei der Bekämpfung dieser Form von OK gefordert. Dass jetzt im Frühjahr 2012 bundesweit gegen kriminelle Rockergruppen vorgegangen wird, ist auch das Ergebnis jahrelanger Warnungen der GdP, die mit entsprechenden Positionspapieren in der Fachöffentlichkeit unterlegt wurden.

DP: Trotzdem konnte die Öffentlichkeit den Eindruck gewinnen, dass Hells Angels und andere Motorrad-Gangs zwar harte Jungs sind, die vor allem ein raues Leben und Motorradfahren im Sinn haben.

Meiners: Diese Form der Organisierten Kriminalität ist auch deshalb als OK zu bezeichnen, weil diese Kriminellen ganz bewusst mit ihrer Form von Präsenz in den Medien agieren. Mein Eindruck ist, dass z.B. Hanebuth das mediale Interesse auf sich ziehen will, damit im Hintergrund unbemerkt die Fäden gezogen werden können. Im Übrigen ist die strategische Beeinflussung von Medien ein charakteristisches Merkmal der OK.

Malchow: Mir sind die Homestories von Herrn Hanebuth in den Boulevardblättern schon lange ein Dorn im Auge. Und für mich ist es inakzeptabel, dass auch Prominente aus Wirtschaft, Politik und Kunst offensichtlich keine Scheu verspüren, Kontakte zu Rockern teilweise öffentlich zu pflegen. Die OK muss umfassend bekämpft werden und dazu gehört auch, dass sich Business und Politik von Rockern fernhalten. Es kann jedenfalls nicht sein, dass über diese Kontakte der Weg aus der Halbwelt in die bürgerliche Welt geebnet wird.

DP: Ist die Rockerkriminalität mit dem rigiden Durchgreifen bei den Hells Angels schon entscheidend geschwächt oder müssen andere Rockergruppierungen ebenfalls unter die Lupe genommen werden?

Malchow: In den vergangenen zwei Jahren gab es entscheidenden Zulauf bei Hells-Angels-Gliederungen. Unter erheblicher Gewaltandrohung und auch Umsetzung von Gewaltakten sind insbesondere Bandidos dazu gebracht worden, den Club zu wechseln. Insbesondere die Gewaltbereitschaft ist ein integraler Bestandteil der Outlaw-Motorclub-Philosophien. Deshalb ist es richtig, jetzt die Kräfte auf die Hells



COP® Specials Juli / August 2012

Gültig vom 20.06. - 31.08.12

NEU! COP® Shop in Frankfurt am Main
Schloßstr. 83/Bockenheim, Tel. 069-71918125

FRANKFURT

1 Tactical T-Shirt Under Armour® Tec Tee HeatGear®

Art.-Nr: UA10056845-Größe (schwarz)
Art.-Nr: UA1005684N-Größe (navy)
Art.-Nr: UA1005684O-Größe (oliv)
Farbe: schwarz, navy und olivgrün
Größen: S - 3XL
Material: 95% Polyester, 5% Elasthan.
Neues Material: fühlt sich an wie Baumwolle. Kurzzärmeliges, hochfunktionelles Shirt mit HeatGear® Technologie, besonders geeignet für den Einsatz bei sehr warmen Wetter.



Aktionspreis! € 19,90 statt 34,99**

heatgear® FÜR HEISSE TAGE Hält kühl und trocken

2 Handschuh COP® S&K

Art.-Nr: 3205GX-Größe
Farbe: schwarz; Größen: XS - 3XL
Prüfung nach EN388 am 06.09.2010 durch Institute für Testing and Certification, Tschechische Republik. Rundumschnittschutz durchTAEKI 5™ Innenhandschuh.
EN 388 3 5 4 2
Abriebfestigkeit: Kategorie 3
Schnittfestigkeit: Kategorie 5
Weiterreißfestigkeit: Kategorie 4
Durchstichfestigkeit: Kategorie 2



Aktionspreis! € 49,90 statt 84,99**

3 Unterziehschutzweste COP® CFL 2 (COP® Style)

Art.-Nr: 9CFL2
Material: Hybridweste Aramid/Dyneema
Normale Größen: S - XL
Übergrößen (ab XXL) mit Aufpreis. Am 08.04.2008 durch das Beschussamt Suhl zertifiziert nach der TR 12/2003 mit einem Flächengewicht von nur 47 g/dm². Der genannte Preis bezieht sich nur auf die ballistischen Einlagen - es muß zumindest eine Hülle mitbestellt werden, um eine Umhüllung für die Schutzweste zu haben.



Mehr Infos unter www.cop-shop.de

Der genannte Preis bezieht sich nur auf die 2 ballistischen Einlagen!

Aktionspreis! € 499,90 statt 719,99**

4 Wechselhülle COP® 9A

Art.-Nr: 9A-Huelle (navy)
Art.-Nr: 9A-Huelle-S (schwarz)
Art.-Nr: 9A-Huelle-W (weiß)
Material: 100% Polyamid
3 verschiedene Farben: weiß, navy, schwarz
Passend für aktuelle oder alte COP®-Style Einlagen. Passend z.B. für 9CFL, 9CFL2
Antibakteriell, schweiß- und geruchsabweisend.
Sehr leicht und bei Wärme und Kälte angenehm zu tragen.



Aktionspreis! € 69,90 statt 99,99**

Restposten

Solange Vorrat reicht! Angebot gültig bis ausverkauft.



Aktionspreis! € 29,90 statt 49,99**

5 Taschenlampe COP® 8503N LED

Art.-Nr: 18503N
Leistung: 180 Lumen mit Cree® XP-G LED
Leuchtmittel. Leuchtdauer: 30 Std. Leuchtweite: 100 m
Lebensdauer der LED: 100 000 h; Betriebsdauer: bis zu 30 Stunden/Satz Batterien. 3 Mikro-Batterien (AAA) enthalten!

Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an über 300 Rest- u. Sonderposten sowie II. Wahl Artikeln, Preise bis zu 80% reduziert. Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf www.cop-shop.de



COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilbach · Germany
Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

www.cop-shop.de

Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. Juni bis 31. August 2012 | * Frühere unveränderte Preisempfehlung des Herstellers. * ehemaliger Verkaufspreis

Angels und Bandidos zu konzentrieren. Dabei bleibt es aber nicht: In Schleswig-Holstein hat man auch die Mongols in Kiel unter Wind. Es sind also auch die übrigen Clubs wie Gremium MC oder Mongols noch stärker zu beobachten.

Meiners: Wer die handelnden Personen und Gruppierungen kennt, der muss sich darüber im Klaren sein, dass kriminelle Motorradclubs immer eine hohe Anziehungskraft auf junge Männer haben werden. Im Rotlichtmilieu und im Drogen- und Waffenhandel sowie in der Türsteher-

Szene ist viel Geld zu verdienen, sodass es immer Gruppen geben wird, die diesen Markt kontrollieren wollen. Deshalb muss man kein Prophet sein, um zu sagen, nach Hells Angels und Bandidos müssen auch die übrigen Outlaw Motor-Gangs ins Visier der Polizei genommen werden. Die Arbeit der Polizei muss darauf gerichtet sein, dieses kriminelle Geschehen nach Möglichkeit zu unterbinden bzw. erheblich zu erschweren.

Malchow: Sowohl die Bandidos als auch die anderen Gruppen werden durch

die Polizei beobachtet. Das konzentrierte Vorgehen gegen kriminelle Rocker-Gruppen ist allerdings eine Gezeitenwende: Der Staat zeigt deutlich, dass kriminelle Strukturen, Bandenkriege und Parallelwelten nicht akzeptiert werden. Außerdem werden sie dadurch aus der Ecke der Abenteurer herausgeholt und ihr wahres Treiben kann der Öffentlichkeit verdeutlicht werden.

*Das DP-Interview führte
GdP-Justiziar Sascha Braun.*

GDP-POSITIONSPAPIER

„OK ist Kontrollkriminalität“

Eine personelle Stärkung der OK-Ermittler, den Ausbau europäischer Polizei- und Justizstrukturen und die Verbesserung von Rechtshilfverfahren fordert die Gewerkschaft der Polizei für eine wirksamere Bekämpfung der organisierten Kriminalität (OK). In einem vom Bundesfachausschuss Kriminalpolizei (BFA Kripo) ausgearbeiteten Positionspapier ziehen die Kripo-Experten eine differenzierte Bilanz der momentanen Lage der OK-Bekämpfung. Nachjustiert werden müsse beim Prostitutionsgesetz sowie der Cyber- und Rockerkriminalität. Angesichts von Korruption und Rotlichtkriminalität bewertet der BFA Kripo die „Schengenfähigkeit“ von Rumänien und Bulgarien skeptisch. Auch in anderen osteuropäischen Ländern müssten die Ermittlungsbehörden sichtbar verstärkt werden. Personalabbau und Lohnkürzungen in einem unververtretbaren Ausmaß von bis zu 50 Prozent hätten der organisierten Kriminalität dort die Türen geöffnet. Der GdP-Bundesvorstand hat das im Wortlaut folgende OK-Positionspapier in seiner Sitzung Mitte März in Potsdam beschlossen.

Organisierte Kriminalität (fachliche Abkürzung OK) bezeichnet Gruppierungen, die kriminelle Ziele systematisch verfolgen.

In Deutschland wird der Tatbestand wie folgt definiert:

„Organisierte Kriminalität ist die von Gewinn- oder Machtstreben bestimmte planmäßige Begehung von Straftaten, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit von erheblicher Bedeutung sind, wenn mehr als zwei Beteiligte auf längere oder unbestimmte Dauer arbeitsteilig

- unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen,
- unter Anwendung von Gewalt oder anderer zur Einschüchterung geeigneter Mittel oder
- unter Einflussnahme auf Politik, Massenmedien, öffentliche Verwaltung, Justiz oder Wirtschaft zusammenwirken.

Der Begriff umfasst nicht Straftaten des Terrorismus.“

Dem Bundeslagebild OK des BKA über das Jahr 2010 zur Folge wurden im Berichtszeitraum 562 Verfahren zur Alternative a, 289 Verfahren zur Alternative b und 164 Verfahren zur Alternative c geführt. Bei 90 Verfahren konnten alle Varianten festgestellt werden. Betrachtet man alleine jene OK, die sich durch die Einflussnahme auf Politik, Medien usw. auszeichnet, so betrafen 118 Verfahren die öffentliche Verwaltung, 49 die Justiz, 36 die Politik, 32 die Wirtschaft und 9 die Medien. Seit rund 6 Jahren ist der Anteil der OK im Hinblick auf die Entwicklung der Gesamtzahl der Tatverdächtigen (TV) auf einem relativ gleichem Niveau; sie schwankt zwischen 10.641 TV im Jahr 2005 und 9.632 TV im Jahr 2010.

Schadenssumme deutlich gestiegen

Die Gesamtschadenssumme betrug im Jahr 2010 1.65 Mrd. Euro und stieg damit im Vergleich zu 2009 um rund 300 Mio. Euro an. Das Bundeskriminalamt (BKA) erklärt dies mit einem Ermittlungsverfahren im Bereich der Steuer- und Zolldelikte, bei dem allein eine Schadenshöhe von rund 500 Mio. Euro im Kontext zum Handel mit CO₂-Emissionszertifikaten ermittelt wurde. Im Ranking der Kriminalitätsbereiche steht an Nummer 1 das Wirtschaftsleben, welches eine Schadenshöhe von 737 Mio. Euro erbracht hat, gefolgt von den OK-mäßig begangenen Steuer- und Zolldelikten mit 679 Mio. Euro, den Eigentumsdelikten mit 147 Mio. Euro und der Umweltkriminalität mit 31 Mio. Euro. 182 von Deutschen dominierte Tätergruppen verursachten dem BKA zufolge eine Gesamtschadenshöhe von 788 Mio. Euro. Betrachtet man die Seite der Gewinne für die Tätergruppen, so ist zunächst festzustellen, dass in rund 35 % aller Verfahren gar kein Gewinn feststellbar war. Bei 57 % der Verfahren wurden Gewinne in einer Gesamthöhe von 903 Mio. Euro ermittelt. Ethnisch unterschieden ist festzuhalten, dass deutsch dominierte OK-Gruppierungen mit 506 Mio. Euro den höchsten Gewinnanteil erwirtschafteten. Türkisch dominierte Gruppen erwirtschafteten mit 88 Mio. Euro dazu im Verhältnis relativ geringe Werte.

Vermögensabschöpfung hat hohen Stellenwert

Seit Jahren ist bekannt, dass die Ver-



mögensabschöpfung als Teilergebnis des Ermittlungsverfahrens unter präventiven Gesichtspunkten einen äußerst hohen Stellenwert hat. Während 2009 bei 27 % der Verfahren eine Vermögensabschöpfung durch den Staat möglich war, lag diese Quote in 2010 geringfügig gesteigert bei 28,7 %. Insgesamt konnten Vermögenswerte in Höhe von rund 171 Mio. Euro in 2010 (113 Mio. Euro in 2009) vorläufig gesichert werden.

In 242 Ermittlungsverfahren sind Geldwäscheaktivitäten festgestellt worden, in 154 Fällen erfolgten Ermittlungen wegen Geldwäsche. Es ist positiv festzustellen, dass über einen Zeitraum von 10 Jahren betrachtet, der Anteil des Schadens durch OK trotz einiger Schwankungen ebenso sinkt wie die Höhe der Gewinne der Kriminellen. Während im Gegensatz dazu die Vermögensabschöpfung, wenn auch nur in einem geringen Maß, aber gleichwohl stetig steigt.

Deutsche dominieren OK im eigenen Land

Eine Auswertung des aktuellen Lagebilds ergibt klare Auskünfte über ethnische Herkunft der Gruppenstruktur. Die OK wird in Deutschland unverändert von Deutschen dominiert, wobei festzustellen ist, dass sich die Anzahl aktiver OK-Gruppierungen mit deutscher Dominanz von 132 Gruppen im Jahr 2009 auf 182 im Jahr 2010 gesteigert hat. Mit deutlichem Abstand folgt dann die Gruppe der türkisch dominierten Straftäter mit rund 80 Tätergruppen. Wiederum mit deutlichem Abstand folgen sodann 30 italienische, 26 polnische, 25 russische und 23 nigerianische OK-Gruppen. Einen Anstieg gab es bei den serbischen und vietnamesischen OK-Gruppen, während der auffälligste Rückgang bei den polnischen, nigerianischen, rumänischen und russischen Gruppen ist.

Dem BKA zufolge betätigen sich deutsch dominierte OK-Gruppen insbesondere im Rauschgifthandel und Rauschgiftschmuggel. Daneben spielt die Kriminalität im Kontext mit dem Wirtschaftsleben sowie der Eigentums- und Gewaltkriminalität eine stärkere Rolle. Deutlich ist im Verhältnis zu 2009 der Anteil von OK-Verfahren durch Rockergruppierungen gestiegen. Während 2006 lediglich 2 Verfahren zu verzeichnen waren, betrug die Anzahl der Ermittlungen im Jahr 2009 21 und 2010 35 Verfahren. Die Verfahren verteilen sich auf die Rockergruppierungen wie folgt: 20 mal Hells Angels, 9 mal Bandidos, 3 mal Gremi-

um MC und 1 mal Outlaws. Hauptaktivitätsfelder waren die Gewaltkriminalität (Schutzgelderpressung) gefolgt vom Rauschgifthandel sowie der Kriminalität im Rotlichtmilieu.

Rauschgifthandel mit größtem OK-Anteil

Der internationale Rauschgifthandel ist untrennbar mit türkisch, italienisch und russisch dominierten OK-Gruppen verbunden. Bei den polnisch dominierten OK-Gruppen war die Begehung von Straftaten im Bereich der Steuer- und Zolldelikte sowie im Bereich der Eigentumskriminalität vorrangig.

Unverändert an der Spitze aller Kriminalitätsbereiche der OK steht mit rund 40 % der Rauschgifthandel. Ihm folgen mit großem Abstand die Kriminalität im Zusammenhang im Wirtschaftsleben, die Eigentumskriminalität sowie die Steuer- und Zolldelikte, die einen Anteil von rund 14,5 bis 8,4 % haben. Die Straftaten im Zusammenhang mit dem Rotlichtmilieu haben kontinuierlich abgenommen, jedenfalls im Hinblick auf den Gesamtanteil an der OK, er beträgt nunmehr nur noch 4,5 %, während er im Jahr 2001 noch bei 11 % lag.

Cybercrime-Delikte steigen besorgniserregend

Bislang wird die sogenannte Cyber-Kriminalität noch nicht in den Lagebildern der Polizei als Sonderform Organisierter Kriminalität erfasst. Allerdings bewertet auch das Bundeskriminalamt das Phänomen Cybercrime als eine Kriminalitätsform, die ohne einen hohen Organisationsgrad der kriminellen Strukturen mit einer teilweise weltweiten Vernetzung gar nicht denkbar ist. So ergeben sich deutliche Anhaltspunkte dafür, dass Cybercrime eine neue Form internationaler OK ist. Dieser Deliktsbereich weist darüber hinaus besorgniserregende Steigerungszahlen auf. So stiegen Delikte des sogenannten Computerbetrugs um etwa 4.000 Taten auf zuletzt rund 27.300 Straftaten an, was eine Zunahme innerhalb eines Jahres um 18,9 % bedeutet.

Das Ausspähen und Abfangen von Daten wies im Jahr 2010 sogar eine Steigerungsrate von 32 % auf insgesamt rund 15.200 Taten auf. Die registrierten Schäden nahmen im Jahr 2010 um 66 % zu, wobei insgesamt ein Schaden von 61,5 Mio. Euro registriert wurde. Der Diebstahl digitaler Identitäten, das sogenannte Phishing und das Skimming sind Straftaten, die sich in erster Linie gegen den einfachen Bür-

ger richten. Die erhebliche Sozialschädlichkeit dieser Straftaten liegt neben der Verursachung eines materiellen Schadens, insbesondere in der Beschädigung des Vertrauens des Bürgers in moderne Kommunikationsmedien. Vor allem weil das tägliche Leben ohne den Einsatz von EDV kaum mehr denkbar ist, stellt der kriminelle Angriff auf diesen wesentlichen Teil persönlicher Lebensgestaltung immer eine Straftat dar, die den Einzelnen im hohen Maße persönlich betrifft. Dies gilt umso mehr, als der Einzelne den kriminellen Akt gar nicht wahr nimmt, sondern die Opferwerdung erst durch den finanziellen Schaden erkennt. Die Gewerkschaft der Polizei fordert daher, noch stärkere Bemühungen der Öffentlichkeit in der Präventionsarbeit. Der zwingend notwendige verbesserte Datenschutz bei Sozialen Netzwerken ist nicht nur eine politische



Das hessische Landeskriminalamt zeigt spezielle Geräte zum Auslesen und Beschreiben von Handy-SIM-Karten. Cyber-Betrüger bedienen sich der Arglosigkeit oder dem technischen Unwissen von Computer- und Handynutzern. Foto: Boris Roessler/dpa

Frage, sondern Datenschutz ist hier Kriminalprävention. Um Cyber-Kriminellen das Tun zu erschweren, müssen Kreditinstitute noch sichere Bankterminals und Online-Banking-Verfahren entwickeln und den Kunden auch kostenlos zur Verfügung stellen.

Mehr Berichterstattung über OK-Verfahren

Aus gewerkschaftspolitischer Sicht sind mehrere Aspekte von besonderer Bedeutung. Es ist insbesondere bemerkenswert, dass es zwar 164 Verfahren gab, bei denen der Ermittlungsansatz konkrete Hinweise ergab, dass in diesen Fällen die organisierte Kriminalitätsform gerade dadurch erreicht war, dass es eine kriminelle Einflussnahme auf Politik, Medien oder Justiz



gab, aber andererseits auch gut geführte Recherchen nicht ergeben, um welche Verfahren es konkret geht. Mit anderen Worten: Die Strafverfolgungsbehörden kommunizieren so gut wie nicht über OK-Verfahren, und zwar auch dann nicht, wenn sie abgeschlossen sind, d. h., wenn nicht mehr zu befürchten ist, dass durch die Kommunikation das Verfahren negativ beeinträchtigt wird. Forderungen nach verstärktem Ausbau des Personalansatzes zur Bekämpfung für die OK können jedoch

registrierten OK-Verfahren fällt in den Bereich Rauschgifthandel und -schmuggel. Von 2006 bis heute schwankt der Anteil bei rund 40 % der registrierten OK-Verfahren, wobei deutsche und türkische Gruppierungen die Mehrzahl der Tatverdächtigen stellen. Rauschgifthandel ist und bleibt – im Übrigen wie die Rotlichtkriminalität – ein Kontrolldelikt mit der hinlänglich bekannten Problematik, dass eine Verringerung von Ermittlungsbeamten auch zu einer Verringerung der

werden zwar nicht ausschließlich, aber in einem immer stärkeren Maße von Rockergruppierungen systematisch beeinflusst. Die steigende Anzahl der Ermittlungsverfahren gegen Rocker ist einerseits mit einer erhöhten öffentlichen Wahrnehmung und andererseits mit einer Zunahme der schlichten Anzahl der Gruppierungen und der darin organisierten Personen zu erklären.

Auch wenn die absolute Anzahl von Rockergruppierungen im Verhältnis zur Gesamtzahl aller Tatverdächtigen offenkundig gering ist, so geht von diesen Gruppierungen eine erhebliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit aus. Dies liegt zum einen an der Begehung von Straftaten, aber auch an der mit dem Rockermilieu verbundenen Botschaften. Diese Botschaften, wie z. B. die Negation von gesellschaftlichen Normen, die Nichtakzeptanz staatlicher Ordnungssysteme und Institutionen und die Inanspruchnahme außergesetzlichen Verhaltens, haben eine erkennbar starke Anziehungskraft auf Teile jugendlicher Subkulturen, insbesondere mit Migrationshintergrund. So ließe sich jedenfalls der starke Zulauf von jungen Männern mit Migrationshintergrund zu den einschlägig bekannten Rockergruppierungen erklären. Um einerseits Kriminalität wirkungsvoll zu bekämpfen und andererseits den staatlichen Ordnungsanspruch durchzusetzen, ist es aus Sicht der GdP zwingend notwendig, die personellen und finanziellen Ermittlungsressourcen in der Kriminalpolizei des Bundes und vor allem der Länder mindestens zu erhalten. Es gilt auch in diesem Feld der Grundsatz, dass Kontrolldelikte auch statistisch nur dann erfasst werden, wenn kontrolliert wird, d. h., ein geringeres statistisches Ausmaß darf nicht zwingend als Erklärung für gesunkene Kriminalitätsbelastung herangezogen werden.

Ein Beleg für die unscharfe Darstellung eines Kriminalitätsbereichs ist das Phänomen Menschenhandel. Der organisierte Menschenhandel ist im Zeitraum 2006 bis 2010 im Wesentlichen angestiegen, wenngleich er im Verhältnis zu 2009 leicht gesunken ist. Deutlich gestiegen sind die gesicherten Vermögenswerte, die im Jahr 2010 830.000 Euro und im Jahr 2009 410.000 Euro betragen. Über 80 % der ermittelten Tatverdächtigen entstammen dem europäischen Raum, wobei die deutschen Täter lediglich 25,6 % aller Tatverdächtigen ausmachten, gefolgt von Bulgaren mit 20,4 % und Rumänen mit rund 13 %. Im Jahr 2010 wurden 610 Opfer des Menschenhandels zur sexuellen



Treffen der „Roten Teufel“ in Landesbergen: Die Red Devils gelten als eine Art Nachwuchsorganisation der Hells Angels.

Foto: Daniel Reinhardt/dpa

nur wirkungsvoll formuliert werden, wenn sie sich auf konkrete Fälle beziehen. Die Gewerkschaft der Polizei fordert daher, eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit über OK-Verfahren und insbesondere über solche Kriminalfälle bei denen Politik, Verwaltung, Medien oder Justiz beeinflusst wurden. Mit einer verstärkten öffentlichen Berichterstattung können darüber hinaus auch Präventionseffekte erzielt werden, weil OK-Strukturen das Licht einer kritischen Öffentlichkeit scheuen.

Die Vermögensabschöpfung auch in internationalen Bezügen ist ein wesentliches Mittel der OK-Bekämpfung. Die Gewerkschaft der Polizei unterstützt daher die Novellierung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geldwäsche, weil in der neu zu fassenden Form insbesondere Schwachstellen der letzten Jahre verändert werden. Die Einrichtung eines Geldwäschebeauftragten erhöht zwar die Personalkosten in den betroffenen Unternehmen, ist aber im Ergebnis ebenso vertret- wie überschaubar.

Nicht auf Statistik, sondern auf Erfahrungen setzen

Der größte Anteil der in Deutschland

festgestellten Taten führt. Die Gewerkschaft der Polizei fordert daher, den Personalbedarf nicht etwa ausschließlich an statistischen Veränderungen zu orientieren, sondern den fachlichen Erfahrungen der ermittelnden Beamten und ihrer Interessensvertretungen zu vertrauen. Der Rauschgifthandel und -schmuggel ist eine nach wie vor bestehende Gefahr für die öffentliche Sicherheit und stellt insbesondere für Jugendliche und junge Menschen eine erhebliche gesundheitliche Gefahr dar. Die GdP fordert des Weiteren auch im Lichte neuer synthetischer Drogen, die teilweise in Heimlaboratorien aus freiverkäuflichen Medikamenten gemixt werden, dass die personelle Ressource fachlich hochversierter Rauschgiftfahnder ebenso hoch bleibt wie es notwendig ist und auch die Kriminaltechnik zur Analyse neuartiger Drogen personell und sachlich gut ausgestattet vorzuhalten.

Einfluss von Rockerbanden nimmt zu

Der die OK dominierende Rauschgifthandel, aber auch die Rotlichtkriminalität und der organisierte Menschenhandel



GDP-POSITIONSPAPIER

Ausbeutung ermittelt, was einen Rückgang um 14 % entspricht. Auffällig ist die Steigerung der ungarischen Opfer um 152 %, die übrigen Opfer stammen zur Hälfte aus osteuropäischen Staaten, vor allem aus Rumänien und Bulgarien.

Die Gewerkschaft der Polizei macht dringend darauf aufmerksam, dass auch das Kontrolldelikt Menschenhandel den Einflüssen von der Anzahl der ermittelnden Beamten und den gesetzlichen Grundlagen der Strafverfolgung unterliegt. Die justizielle Aufarbeitung des Menschenhandels wird erheblich erschwert, wenn Zeuginnen nach ihrer Aussage in ihr Heimatland zurückkehren und dort verbleiben. Ebenso ermittlungser schwerend ist es, wenn die zur Prostitution gezwungenen Frauen aufgrund ihrer europäischen Herkunft mittlerweile legal in Deutschland aufhältlich sind. So begrüßenswert die europäische Einigung ist, der legale Aufenthaltsstatus entzieht der Polizei wichtige Anhaltspunkte für die Strafverfolgung weit schwerwiegenderer Delikte.

Prostitutionsgesetz kritisch betrachten

In diesem Zusammenhang betrachtet die GdP auch das seit 10 Jahren geltende Prostitutionsgesetz kritisch. Es ist zweifelsfrei richtig, Prostituierten eine Chance auf eine legale Erwerbstätigkeit zu verschaffen. Sozialversicherungspflicht und Krankenversicherungsmöglichkeit helfen den Frauen ihre persönliche Existenz zu sichern. Trotzdem müssen die Nachteile dieses Prostitutionsgesetzes kriminalpolitisch diskutiert werden. Die Anzahl der Prostitutionsstätten hat ebenso deutlich zugenommen, wie die Anzahl der dort tätigen Prostituierten, insbesondere aus dem osteuropäischen Raum. Ermittlungen zeigen, dass Prostituierte nicht nur freiwillig in Deutschland ihrer Tätigkeit nachgehen, sondern dass sie unter Vorspiegelung falscher Tatsachen nach Deutschland gelockt bzw. geschleust werden. Darüber hinaus sind Bordellbetriebe per se für Geldwäschevorgänge besonders gut geeignet, weswegen sie auch im zunehmenden Maße von einschlägigen Kriminellen, mittlerweile allerdings legal, aufgebaut werden. Die GdP fordert deshalb das Prostitutionsgesetz kritisch zu überprüfen und ggf. Schlüsse zu ziehen. Die Evaluation dieses Gesetzes muss einerseits unter Beteiligung der entsprechenden Lobbyverbände der Prostituierten, aber auch unter Beteiligung der Sicherheitsbehörden erfolgen.

Die Gewerkschaft der Polizei fordert auf der Basis dieses Positionspapiers folgende Maßnahmen:

- **Keine Reduzierung des eingesetzten Fachpersonals, sondern Ausbau der polizeilichen Ermittlungsstrukturen, denn OK ist Kontrollkriminalität.**
- **Verstärkung der polizeilichen Beobachtung und Bekämpfung insbesondere synthetischer Drogen.**
- **Ein umfangreicher Zeugenschutz, der Einsatz von verdeckten Ermittlern und V-Leuten sowie Spezialeinheiten haben sich bewährt und müssen trotz des Spardrucks erhalten bleiben.**
- **Die Verschärfung der Gesetze zur Bekämpfung der Geldwäsche ist richtig. Unter bestimmten Bedingungen ist eine Umkehr der Beweislast über die Herkunft von Finanzmitteln zu prüfen.**
- **Die Öffentlichkeit muss noch stärker über die Gefahren der Cyberkriminalität aufgeklärt werden. Die Banken und Kreditinstitute müssen angehalten werden, einen deutlich verbesserten Schutz vor Phishing und Skimming ihren Kunden kostenlos zur Verfügung zu stellen.**
- **Das Prostitutionsgesetz muss kritisch überprüft werden. Die Erlaubnis zum Betrieb eines Bordells muss deutlich restriktiver gehandhabt werden.**
- **Rumänien und Bulgarien sind unter dem Gesichtspunkt der Korruptions- und Rotlichtkriminalitätsbekämpfung „noch nicht schengenfähig“.**
- **Der Ausbau europäischer Polizei- und Justizstrukturen und die Verbesserung von Rechtshilfeverfahren ist verstärkt vorzunehmen, insbesondere muss es zu einer sichtbaren Verstärkung der Ermittlungsbehörden, vor allem in den osteuropäischen Staaten kommen. Personalabbau und Lohnkürzungen in einem unvermeidbaren Ausmaß von bis zu 50 % haben in zahlreichen osteuropäischen Staaten der organisierten Kriminalität die Türen geöffnet.**
- **Rockerkriminalität muss mit allen Mitteln der Ermittlungs- und Ordnungsbehörden bekämpft werden. Dabei muss auch das Verbot von Organisationseinheiten der Rockergruppen geprüft und wo juristisch möglich auch umgesetzt werden.**

Rückfragen zu diesem Positionspapier bitte an: GdP-Bundesvorstand, Abt. Rechts- und Kriminalpolitik, Sascha Braun, E-Mail: sbraun@gdp-online.de

RUCKSÄCKE IN TOP QUALITÄT

5.11 RUSH BACKPACKS

- Extrem strapazierfähig
- YKK-Reißverschlüsse
- Netztaschen innen
- Vorgeformte Schultergurte mit Brustgurt
- Zahlreiche Fächer an der Vorderseite und Seiten
- Fleecegefütterte Taschen für Brillen und Handy, oder MP3-Player
- Material: 1050D strapazierfähiges und wasserdichtes Nylon

GRATIS
5.11 BASECAP
BEI KAUF EINER 5.11 TASCHEN
ODER 5.11 RUCKSACK



MODELL RUSH12™
Fassungsvermögen: 22 Liter

Farbe Schwarz € 89,95
Best.-Nr. 56892-019
Farbe Sandstone € 99,95
Best.-Nr. 56892-328
Farbe MultiCam € 129,95
Best.-Nr. 56954-169

ab € 89,95

MODELL RUSH24™
Fassungsvermögen: 34 Liter

Farbe Schwarz € 99,95
Best.-Nr. 58601-019
Farbe Braun € 99,95
Best.-Nr. 58601-131
Farbe Olivgrün € 99,95
Best.-Nr. 58601-188
Farbe MultiCam € 149,95
Best.-Nr. 56955-169

ab € 99,95

MODELL RUSH72™
Fassungsvermögen: 47,5 Liter

Farbe Schwarz € 149,95
Best.-Nr. 58602-019
Farbe Braun € 149,95
Best.-Nr. 58602-131
Farbe Olivgrün € 149,95
Best.-Nr. 58602-188
Farbe MultiCam € 219,95
Best.-Nr. 56956-169

ab € 149,95

ENFORCER
PÜLZ GMBH

Ubstadter Straße 36
78608 Ubstadt-Weiher
Telefon: 07251 / 96510
Telefax: 07251 / 965114

Filiale Berlin:
Rankestr. 14
D-10789 Berlin
Tel: 030/8682786

511.enforcer.de

Innenminister wollen Vereinen Daumenschrauben anlegen

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) begrüßt, dass die Innenminister und -senatoren der Länder dem Deutschen Fußball-Bund (DFB) und der Deutschen Fußball Liga (DFL) massiv die Daumenschrauben ansetzen, um die Gewaltspirale im Fußballgesehen zu durchbrechen. „Fußball und Gewalt“ stand eindeutig im Mittelpunkt der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) vom 30. Mai bis zum 1. Juni im mecklenburgischen Land Fleesensee unter Vorsitz von Lorenz Caffier, Mecklenburg-Vorpommerns Minister für Inneres und Sport. An der 195. Sitzung der IMK nahm auch der Bundesminister für Inneres und Sport, Dr. Hans-Peter Friedrich, als Gast teil.

„Gewalt ist in Deutschland im 21. Jahrhundert in keiner Form zu tolerieren. Egal, ob für diese Gewalt sportliche Gründe, politische Gründe rechts wie links motiviert oder, und das ist sicher neu im modernen Mitteleuropa, religiöse

deren harter Kern etwa 2.500 Personen zählt. IMK-Vorsitzender Caffier: „Diese Menschen aus der Mitte unserer Gesellschaft – und das sind keineswegs Personen aus bildungsfernen Schichten, sondern auch Handwerker, Banker, Zahnärzte,

dass ein Alkoholverbot in den allgemeinen Beförderungsbedingungen des öffentlichen Nahverkehrs und der Deutschen Bahn AG verankert wird. Sie fordern auch eine konsequente Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Task Force Sicherheit der DFB-Kommission „Prävention und Sicherheit“. Dazu gehören eine Verbesserung der Videotechnik, die bessere Qualifizierung der Ordnungskräfte, die Intensivierung von Einlasskontrollen sowie die konsequente Durchsetzung von Stadionverboten. Darüber hinaus fordern die Innenminister und -senatoren der Länder die Deutschen Fußball Liga (DFL) auf, weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in Stadien, wie beispielsweise die Personalisierung von Tickets zu prüfen.

Höllisch heiß und brandgefährlich: Berliner Fans zünden bengalische Feuer beim Fußball-Relegationsspiel zwischen Fortuna Düsseldorf und Hertha BSC Berlin Mitte Mai in Düsseldorf. Foto: Kremser/Simon/dpa



Gründe vorgeschoben werden“, sagte Caffier zur Begrüßung anlässlich der IMK-Pressekonferenz. Ihm war anzumerken, dass insbesondere beim Thema „Sicherheit in Fußballstadien“ die Geduld der Sicherheitspolitiker zu Ende ist, immerhin beschäftigt es sie seit fast zehn Jahren regelmäßig auf ihren Zusammenkünften. Auch der Jahresbericht Fußball 2010/2011 der Zentralen Informationsstelle Sporteinsätze (ZIS) verzeichnet keine Trendwende in der Gewaltentwicklung. Registriert sind bundesweit rund 15.000 gewaltbereite Chaoten durch alle Ligen,

Lehrer – gefährden nicht nur die Gesundheit und das Leben anderer Fußballfans, sie bringen den Fußball Deutschlands als sportliches Kräftenessen in Verruf. Das darf auf keinen Fall so weitergehen und weder von der Gesellschaft, noch von der Politik toleriert werden, darüber sind wir uns alle einig.“

Alkoholverbot im Nahverkehr

Mit Nachdruck wollen die Innenminister und -senatoren daher durchsetzen,

Weitere Punkte des Forderungskatalogs sind die konsequente Sanktionierung von Personen, die Pyrotechnik in Stadien abbrennen. Dazu zählt aus Sicht der IMK auch die Durchsetzung von zivilrechtlichen Ansprüchen der Vereine gegen die Verursacher.

Ganz klar fordert die IMK die Verbände auf, ihre Fanarbeit zu verstärken, Standards für diese Arbeit festzulegen und für die ersten drei Ligen verpflichtend einzuführen. Caffier: „Wir werden darauf hinarbeiten, dass DFB und DFL



GEWALT IM FUSSBALLGESCHEHEN

ihre Unterstützungssumme für Prävention spürbar anheben. Unter dem Gesichtspunkt der deutlichen Steigerung der Fernseheinnahmen ist eine Drittelfinanzierung von Fanprojekten von der 1. bis zur 3. Liga nicht mehr akzeptabel. Hier müssen sich DFB und DFL mehr engagieren. Das durch die Kommunen eingesparte Geld können sie für Präventionsprojekte der unteren Liga zum Einsatz bringen, denn Gewalt im Fußball ist nicht mehr nur eine Problematik der drei oberen Ligen, sondern auch eine Frage in den unteren Klassen. Wir Innenminister und -senatoren sind uns einig, dass DFB und DFL als auch die Landesligen einen einheitlichen und der Gewalt abschwörenden Ehrenkodex durchsetzen müssen.“

Mehr Gewalt, mehr Einsätze, mehr Verletzte

Nordrhein-Westfalens Innenminister Jäger ergänzt: „Wir haben eine Entwicklung, dass wir immer mehr Gewalttaten, immer mehr Polizeieinsätze, immer mehr



Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich unterstützt den härteren Kurs der Innenminister und -senatoren gegenüber Fußball-Vereinen und Verbänden.

Foto: Bernd Wüstneck/dpa

Anzeige

CARE VISION
AUGENLASERKORREKTUREN

GRUPO
BAVIERA
OPHTHALMOLOGY & ESTHETIC MEDICINE

Endlich besser sehen!

Profitieren Sie von unseren Sonderkonditionen für alle Mitarbeiter der Deutschen Polizei und Ihren direkten Familienangehörigen!

Aktionspreis:

Anstatt 1.150€* pro Auge

Augenlaserkorrektur

für 995€*

Der exklusive Aktionspreis ist gültig vom 01. Juli bis 30. September 2012! Vereinbaren Sie jetzt auch in Ihrer Nähe ein kostenloses und unverbindliches Informationsgespräch.

*Alle Preise können gem. GOÄ leicht variieren.

Bitte bringen Sie zum ersten Termin eine Bestätigung mit (z.B. Mitarbeiter-/Mitgliederausweis, Arbeitsbescheinigung, Gehaltsabrechnung, usw.), die Sie als Mitarbeiter/Mitglied oder Angehöriger eines Mitarbeiters/Mitgliedes ausweist.

www.care-vision.de/Deutsche-Polizei

0800 - 8888 474 gebührenfrei



Sicherheitspartnerschaft mit den Muslimverbänden

Verletzte im Zusammenhang mit Fußballspielen zur Kenntnis nehmen müssen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Kosten für Polizeieinsätze für den Fußball in Deutschland wohl inzwischen auf rund 100 Millionen Euro angestiegen sind. Wir wollen das nicht länger hinnehmen. Wir erwarten von den Vereinen, von der DFL und vom DFB, dass ein Teil der rund 600 Millionen Euro zusätzlicher TV-Vermarktungsrechte, der in die Kassen der Vereine fließt, für mehr Sicherheit der Fans und etwas weniger für Ablösesummen ausgegeben werden. Wir erwarten auch, dass die Vereine bei Auswärtsspielen ihre eigenen Ordnungskräfte mit einsetzen, um für die Sicherheit im Gaststadion Sorge tragen.“

Sollten diese Forderungen nicht umgesetzt werden, behalten sich die Innenminister und -senatoren der Länder vor, alle rechtlichen und operativen Möglichkeiten zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit in Betracht zu ziehen. In diesem Zusammenhang wäre dann auch eine finanzielle Inanspruchnahme der Vereine für entstehende Zusatzkosten zu prüfen.

Polizei nicht Lückenbüsser

Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende und Vorsitzender des Landesbezirks Nordrhein-Westfalen, Frank Richter, begrüßte gegenüber der Presse die Forderungen der IMK: „Es kann nicht sein, dass der Steuerzahler immer mehr Geld für immer mehr Polizeieinsätze bei Fußballkrawallen bezahlen muss und die Vereine von den deutlich über 600 Millionen Euro zusätzlichen Einnahmen aus TV-Fußballübertragungsrechten nur eine mickrige Summe für Präventionsarbeit zahlen. Wir unterstützen ausdrücklich die Warnung der Innenminister an die Vereine, die Polizei nicht als Lückenbüsser dafür zu missbrauchen, dass sich die Clubs ihrer Verpflichtung entziehen, selber für die Sicherheit in den Stadien zu sorgen. Wenn die Polizei dann diese Sicherheit garantieren muss, werden die Vereine zahlen müssen.“

Darin, so der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende, sieht die Gewerkschaft der Polizei auch ein Ende der Diskussion um die Beteiligung der Fußballvereine an den Kosten für Polizeieinsätze. Richter: „Es ist unstrittig, dass Polizeieinsätze im öffentlichen Raum Sache des Staates sind. Polizeieinsätze dort aber, wo private Verantwortung nicht erfüllt wird, müssen bezahlt werden.“ **hol**

Die Innenminister und -senatoren der Länder beobachten mit Sorge die aktuellen bundesweiten Werbe- und Missionierungsaktivitäten durch salafistische Akteure. Sie sehen in der zunehmenden Professionalisierung der salafistischen Propaganda eine wachsende Gefahr einer Anwerbung zumeist junger Menschen durch den salafistischen Extremismus. Die Innenminister und -senatoren der Länder verurteilten auf ihrer Sitzung unter Vorsitz von Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Lorenz Caffier, die Glaubensschrift der Muslime für extremistische Zwecke zu instrumentalisieren.

Bundesinnenminister Friedrich: „Wir sind entschlossen, auf Bundes- wie auf Landesebene, alle Maßnahmen zu ergreifen, um diese Demokratiefeindlich-

keit, die die Salafisten an den Tag legen, wirksam zu bekämpfen und auch alle Möglichkeiten auszuschöpfen. Es zeigt sich, dass es sinnvoll war, im letzten Jahr



Radikale Salafisten provozieren und attackieren Teilnehmer und Polizisten bei Veranstaltungen anti-islamischer Gruppierungen ...
Foto: Melanie Dittmer/dpa



SALAFISTEN

die Sicherheitspartnerschaft zwischen dem Bund und den Muslimverbänden zu schließen. Wir werden gemeinsam auch mit den muslimischen Verbänden versuchen, die Salafisten zu isolieren, denn es handelt sich um eine kleine Minderheit, die keine Unterstützung bei den muslimischen Verbänden in Deutschland hat.“

Rekrutierung für militanten Djihad

Die Innenminister sind sich einig, dass die salafistische Ideologie wesentliche Grundrechte und verfassungsrechtlich garantierte Rechte in der Bundesrepublik missachtet und den Nährboden für eine islamistische Radikalisierung und Rekrutierung für den militanten Djihad bildet. Die salafistische Ideologie sei mit Integration, religiöser Toleranz und den Grundfesten des demokratischen Rechtsstaates nicht zu vereinbaren, so die Minister. Die jüngsten Vorfälle in Nordrhein-Westfalen hätten die Bereitschaft der Salafisten zur offenen Gewaltausübung unter Beweis gestellt. Dieser neuen Qualität der Bedrohung



... während Aktivisten auf Märkten und Plätzen für die Aktion „Muslime für Frieden“ werben. Foto: Britta Pedersen/dpa

wollen die Sicherheitsbehörden durch intensive Vorfeldaufklärung, geeignete Maßnahmen der Gefahrenabwehr und der konsequente Ausschöpfung aller rechtlich möglichen – vereinsrechtlichen, ausländerrechtlichen und verfassungsrechtlichen Maßnahmen – wie Vereinsverbote oder Ausweisungen begegnen.

Auch die Möglichkeit Grundrechtsverwirkungen zu erreichen, werde geprüft. IMK-Vorsitzender Lorenz Caffier: „Nur eine Doppelstrategie kann funktionieren. Einerseits müssen wir mit allen Mitteln des Rechtsstaates dagegen vorgehen, andererseits aber auch zur Kenntnis nehmen, dass es sich bei diesen radikalisierten Salafisten zum großen Teil um deutsche Konvertiten handelt, bei denen das Ausländerrecht gar nicht anwendungsfähig ist. Die Sicherheitsbehörden müssen Konzepte zur Deradikalisierung und Ausstiegsprogramme entwickeln, um junge Männer, die da hineingeraten sind, wieder herauszuholen.“

hol

TERMINE

15. World Police & Fire Games finden in Belfast/Nordirland statt

Die 15. World Police & Fire Games, finden vom 1. bis 10. August 2013 in Belfast, der Metropole von Nordirland statt.

Durch die Begegnung von Freizeit- und Elitesportlern aus der gesamten Welt ergeben sich Gelegenheiten, über

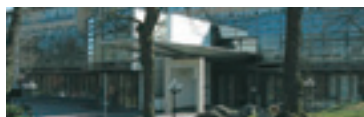
die Grenzen der Nationen hinaus Kontakte zu knüpfen, berufliche Erfahrungen auszutauschen, die Kräfte im fairen Wettkampf zu messen und Freundschaften zu schließen. Der im Februar 2000 gegründete Verein, die German Police & Fire

Sports Federation e.V., hat es sich zum Ziel gesetzt, interessierten Sportler/-innen die den o.g. Berufsgruppen angehören, bei der Vorbereitung und Durchführung der Spiele zu unterstützen.

Wer Interesse hat, sich dem Verein anzuschließen, um an den World Police & Fire Games teilzunehmen, kann entweder mit service@wpfg.de – oder über die Website des Vereins www.wpfg.de Kontakt aufnehmen.

hol.

Anzeige



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

... wieder Atem schöpfen

Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach §111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



Gesicht zeigen für Zivilcourage

Am 24. Mai 2012 eröffnete im Bundesministerium der Innern (BMI) eine Plakatausstellung der „Goslarer Zivilcourage-Kampagne“ (GZK), an deren Zustandekommen die GdP maßgeblich beteiligt war. 20 Plakate waren hier bis zum 15. Juni zu sehen, auf denen Bürgerinnen und Bürger Gesicht zeigen, um Mut zur Zivilcourage zu machen und die Kultur des Hinsehens, Handelns und Helfens zu forcieren. „Notwendige Voraussetzungen für Zivilcourage sind neben dem Vertrauen in die Fähigkeit zum eigenen Tun auch Verantwortungsübernahme, die Fähigkeit Perspektiven anderer einnehmen zu können und Einfühlungsvermögen“, erklärte Dr. Jörg Bentmann, Abteilungsleiter für Grundsatzfragen im Bundesministerium des Innern anlässlich der Ausstellungsöffnung.

Die GZK entstand nach dem tragischen Tod von Dominik Brunner im Jahr 2009, um Opferschutz und Zivilcourage zu stärken. Die Ausstellung im BMI zeigte nur eine Auswahl der Plakate und Postkarten, für die insgesamt 60 engagierte Bürgerinnen und Bürger (u. a. Sportler,



Auch sie zeigen Gesicht für Zivilcourage: (v. l.) Arnd Peiffer, Bundespolizist und Biathlon Weltmeister, FIFA Schiedsrichterin Bibiana Steinhaus und Daniel Böhm, Bundespolizist und Juniorenweltmeister Biathlon – alle GdP-Mitglieder. Rechts im Bild Günter Koschig, Beauftragter für Kriminalprävention in der PI Goslar und Mitglied im Fachbeirat „Vorbeugung“ im WEISSEN RING.

Foto: Tetzner

tetz

eine Schornsteinfegermeisterin, Künstler, Politiker) ihr Gesicht zeigen und mit kurzen Statements die Kernbotschaft transportieren wollen: bei Gefahr die Polizeiprofis unter 110 anrufen, sich die Tätermerkmale einprägen und sich um die Opfer kümmern.

Die Ausstellung wird in diesem Jahr noch in Kassel, Hannover, Braunschweig, Frankfurt und Goslar gezeigt (Genaueres unter zivilcourage-goslar.de). Die Postkarten zur Ausstellung gibt es über info@weisser-ring.de, die Plakate auf Anfrage bei marion.becker@polizei.niedersachsen.de

SCHLEUSERKRIMINALITÄT

Sicherheitslücken in Europa mit Doppelstrategie schließen

International agierende „Joint Investigation Teams (JIT)“ von Polizeien und Staatsanwaltschaften seien ein viel versprechendes Instrument für eine spürbar verbesserte Bekämpfung international organisierter Schleuserkriminalität, sagte der GdP-Bundessvorsitzende, Bernhard Witthaut, anlässlich der Anfang Juni in Luxemburg tagenden Konferenz der EU-Innen- und Justizminister. Witthaut: „Um bestehende Sicherheitslücken in Europa zu schließen, fordert die GdP eine Doppelstrategie aus verstärkten polizeilichen Kontrollen im grenznahen Raum und der wirksamen Bekämpfung der Hintermänner der international operierenden Schleuserbanden.“ Joint Investigation Teams aus deutschen und ausländischen Polizeibeamten begegneten sich ohne Schnörkel und zeitraubende Antrags-

verfahren auf Augenhöhe und würden vor Ort nicht durch das landestypische Behördendickicht behindert.“

Als „scheinheilig“ bezeichnete GdP-Bundessvorsitzender Witthaut die von den EU-Innenministern geführte Debatte über die Sicherheitslage an den EU-Außengrenzen. Witthaut: „Zahlreiche osteuropäische EU-Staaten haben in verantwortungsloser Weise ihre Polizeien um rund 40 Prozent reduziert und die Gehälter um die Hälfte gekürzt. Die mahnenden Worte der GdP und der europäischen Polizeigewerkschaften verhallten ungehört. Jetzt werden meine Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei die Versäumnisse der Politik durch verstärkte Präsenz an den deutschen Grenzen ausgleichen müssen.“

Unterdessen haben sich Innen- und

Justizminister der Europäischen Union bei ihrem Treffen im Grundsatz auf eine Reform des Schengen-Abkommens verständigt. EU-Mitgliedsstaaten sollen künftig in Eigeninitiative neue Grenzkontrollen einführen dürfen, die darüber hinaus länger andauern können, als bisher zugelassen. EU-Kommission und Europäisches Parlament äußerten Unmut. Der deutsche EU-Parlamentspräsident Martin Schulz wertete den Vorstoß der Innen- und Rechtsminister als Provokation. Im laufenden Gesetzgebungsverfahren wechsele der Europäische Rat die Rechtsgrundlage. Die einstimmige Entscheidung der Minister empfinde er auch als einstimmige Misstrauensbekundung gegenüber dem Europaparlament.

MiZi





Kfz-Halter können auch bei vorsätzlicher Kollision durch Polizeifahrzeuge haften

Der Kfz-Halter, der sich einer polizeilichen Festnahme durch Flucht unter Verwendung seines Fahrzeuges entzieht, haftet unter dem Gesichtspunkt des Herausforderns sowohl nach § 823 Abs. 1 BGB als auch nach § 7 StVG für einen bei der Verfolgung eintretenden Sachschaden an den ihn verfolgenden Polizeifahrzeugen, wenn dieser Schaden auf der gesteigerten Gefahrenlage beruht und die Risiken der Verfolgung nicht außer Verhältnis zu deren Zweck stehen. Dies gilt auch in Fällen, in denen der Fahrer eines Polizeifahrzeuges zum Zwecke der Gefahrenabwehr vorsätzlich eine Kollision mit dem fliehenden Fahrzeug herbeiführt.

Der Sachverhalt:

Der Fahrer eines VW-Golfs hatte sich im April 2008 einer Verkehrskontrolle entzogen. Dabei verletzte er eine Polizeibeamtin. Die Einsatzkräfte der Polizei nahmen daraufhin die Verfolgung auf. Um den Flüchtigen zu stoppen, entschlossen sie sich, den Verkehr auf der Autobahn an einer Anschlussstelle zu verlangsamen, indem zwei Dienstfahrzeuge mit geringer Geschwindigkeit die beiden Fahrstreifen befuhren und ein Lkw-Fahrer, den die Polizei um Hilfe gebeten hatte, mit seinem Sattelzug auf gleicher Höhe langsam auf dem Standstreifen fuhr.

Da alle drei Fahrstreifen damit blockiert waren, wurde der herannahende Golf-Fahrer gezwungen, abzubremesen. Er versuchte, zwischen den beiden Polizeiautos hindurch zu fahren, doch dabei wurde er von einem weiteren Polizeifahrzeug von hinten gerammt, so dass er zwischen den beiden anderen Polizeifahrzeugen durchgeschoben wurde. Das Fluchtfahrzeug wurde sodann von einem weiteren Fahrzeug des klagenden Landes an die Mittelleitplanke abgedrängt und gestoppt.

Später machte der Kläger vom Haftpflichtversicherer des Fluchtfahrzeuges den an seinen vier Polizeifahrzeugen entstandenen Schaden i.H.v. rund 17.271 Euro geltend. Das LG gab der Klage i.H.v. rund 17.032 Euro statt; das OLG wies sie ab. Auf die Revision des Klägers hob der BGH das Berufungsurteil auf und wies die Berufung zurück.

Die Gründe:

Entgegen der Auffassung des Berufungsgerichts konnte ein Schadensersatzanspruch des klagenden Landes wegen des Schadens an den Polizeifahrzeugen nicht deshalb verneint werden, weil die Polizeibeamten die entstandenen Schäden dadurch selbst ver-

ursacht hatten, dass sie das Fluchtfahrzeug vorsätzlich rampten, um die Verfolgungsjagd zu beenden.

Der Kfz-Halter, der sich einer polizeilichen Festnahme durch Flucht unter Verwendung seines Fahrzeuges entzieht, haftet unter dem Gesichtspunkt des Herausforderns sowohl nach § 823 Abs. 1 BGB als auch nach § 7 StVG für einen bei der Verfolgung eintretenden Sachschaden an den ihn verfolgenden Polizeifahrzeugen, wenn dieser Schaden auf der gesteigerten Gefahrenlage beruht und die Risiken der Verfolgung nicht außer Verhältnis zu deren Zweck stehen. Dies gilt auch in Fällen, in denen der Fahrer eines Polizeifahrzeuges zum Zwecke der Gefahrenabwehr vorsätzlich eine Kollision mit dem fliehenden Fahrzeug herbeiführt, um es zum Anhalten zu zwingen.

Im vorliegenden Fall hatte sich der Kfz-Halter einer Verkehrskontrolle entzogen, dabei eine Polizeibeamtin verletzt und sich danach über viele Kilometer hinweg mit den ihn verfolgenden Polizeifahrzeugen mit hoher Geschwindigkeit eine Verfolgungsjagd geliefert. Da von diesem rücksichtslosen Verhalten eine erhebliche Gefahr für andere Verkehrsteilnehmer ausging, stand die Entscheidung, die Flucht durch eine Kollision mit dem Fluchtfahrzeug auf die erfolgte Art zu beenden, nicht außer Verhältnis zu dem Ziel der Beendigung der Flucht und der Ergreifung des Fliehenden.

Die Tatsache, dass das Auffahren im Streitfall vorsätzlich erfolgte, um das Fluchtfahrzeug zu stoppen, hatte lediglich Bedeutung für die Frage, ob der Unfall für einen der Unfallbeteiligten ein unabwendbares Ereignis i.S.d. § 17 Abs. 3 StVG n.F. bzw. § 7 Abs. 2 StVG a.F. war. Die Frage der rechtlichen Unabwendbarkeit in Verfolgungsfällen ist allerdings unter dem Gesichtspunkt des Herausforderns vergleichbar zu beantworten wie die Frage einer Haftung nach § 823 BGB. Wer sich somit der polizeilichen Festnahme durch Flucht unter Verwendung eines Kraftfahrzeuges entzieht, haftet für einen bei der Verfolgung eintretenden Sachschaden an den ihn verfolgenden Polizeifahrzeugen, wenn dieser Schaden auf der gesteigerten Gefahrenlage beruht und die Risiken der Verfolgung nicht außer Verhältnis zu deren Zweck standen. Der Anspruch auf Ersatz des dabei an den beteiligten Polizeifahrzeugen entstandenen Sachschadens kann nach § 115 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 VVG auch als Direktanspruch gegen den Haftpflichtversicherer des Fluchtfahrzeuges geltend gemacht werden.

Verlag Dr. Otto Schmidt

Quelle: BGH online

BGH 31.1.2012, VI ZR 43/11



„Wie die Feuerwehr von einem Brandort zum nächsten“

Keine wirklich guten Nachrichten hatten Mitte Mai 2012 Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich und der Vorsitzende der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK), Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Lorenz Caffier, bei der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2011 in der Berliner Bundespressekonferenz zu verkünden: Die der Polizei bekannt gewordene Gesamtkriminalität ist erstmals seit 2004 Jahren wieder leicht gestiegen, gleichzeitig hat die Aufklärungsquote abgenommen. Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernhard Witthaut sieht das Ende der Fahnenstange nun nahezu erreicht. Gegenüber der Presse sagte er: „Durch die vielen Personalkürzungen in den letzten Jahren bei der Polizei ist das Potenzial zur Kriminalitätsbekämpfung ausgeschöpft. Wir eilen wie die Feuerwehr von einem Brandort zum nächsten, das hat mit nachhaltiger Bekämpfung aller Deliktsformen nichts zu tun.

Der GdP-Bundesvorsitzende forderte eine deutlich stärkere Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum, um Straftaten zu verhindern. Zudem müsse auch der Ermittler-

GdP für wenig Erleichterung. Das dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Gewaltkriminalität immer noch auf einem viel zu hohen Niveau bewege, sagte der GdP-Bundesvorsitzende. Die

zungen mit einem Minus von 2,7 Prozent rückläufig. Nicht verschwiegen werden, so Witthaut, dürfe jedoch der leichte Anstieg von in der Definition der Gewaltkriminalität nicht enthaltenen Taten vorsätzlicher leichter Körperverletzung.

Unterdessen spielt Alkoholmissbrauch unverändert eine herausragende Rolle bei Gewalttaten. Von insgesamt 148.266 aufgeklärten Fällen von Gewaltkriminalität wurden 47.165 Fälle (31,8 Prozent) unter Alkoholeinfluss verübt (2010: 32,0 Prozent).

Polizisten als Opfer

Witthaut begrüßte ausdrücklich, dass erstmals in einer Kriminalstatistik die Gewalt gegenüber Polizeibeamtinnen und -beamten umfassender dargestellt werde. „Wir freuen uns, dass die Forderung der Gewerkschaft der Polizei, Straftaten gegen Polizeibeamte in Ausübung ihres Dienstes in der Statistik zu beleuchten, durch Bundesinnenminister Friedrich erfüllt worden ist. Es ist ein positives Signal an die Polizeibeamtinnen und -beamten, das die Politik die Gefahren ihres täglichen Dienstes stärker ins Auge fasst.“

Mit dem in 2011 eingeführten Katalog „Geschädigtenspezifisch“ würden, so das Bundesministerium des Innern, nun auch Polizeivollzugsbeamte nicht mehr nur als Opfer von Widerstandsdelikten, sondern umfassender als Opfer von Gewaltdelikten (beispielsweise Körperverletzungen, Mord, Totschlag) erfasst. Dabei beschränke sich die Erhebung bewusst auf Straftaten, die Polizeibeamte „in Ausübung ihres Dienstes“ betreffen.

So weist der neue Katalog bei allen polizeilich registrierten Straftaten 125.153 Vollstreckungsbeamte und Rettungsdienstkräfte, darunter 54.843 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte als Opfer aus. Bei den Straftaten habe der Widerstand gegen Polizeivollzugsbeamte (35.636 Opfer) dominiert. Danach folge die vorsätzliche leichte Körperverletzung mit 11.308 geschädigten Beamten, die gefährliche und schwerere Körperverletzung mit 3.326 Beamtinnen und Beamten sowie Bedrohung mit 2.942 Polizistinnen und Polizisten. Ende Oktober 2011 war ein Kollege in Augsburg bei einer Ver-



Ernste Miene: Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich und der IMK-Vorsitzende und Innenminister Mecklenburg-Vorpommerns, Lorenz Caffier, kurz vor der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik 2011 Mitte Mai in der Berliner Bundespressekonferenz.

Foto: Soeren Stache/dpa

Bereich eine deutliche Stärkung erfahren, damit Kriminalität nicht nur zu bekämpft, sondern ausgetrocknet werden könne.

Gewaltkriminalität leicht rückläufig – Problem Alkohol

Auch der leicht positive Trend bei der Gewaltkriminalität mit einem Minus von knapp über 2,1 Prozent sorgte bei der

Hemmschwelle, andere Menschen schwer zu verletzen oder gar ihren Tod in Kauf zu nehmen, sinke weiter. Witthaut: „Die jüngsten brutalen, teils heimtückischen Angriffe auf Polizeibeamte und die eskalierende Gewalt bei den immer häufigeren Fußballkrawallen sprechen eine deutliche Sprache.“

Laut Kriminalstatistik sind insbesondere Raubdelikte (-0,3 Prozent) sowie gefährliche und schwere Körperverlet-



folgungsjagd von einem Rechtsbrecher tödlich verletzt worden (siehe DP 12/11).

Auch Widerstandshandlungen gegen Vollstreckungsbeamte würden seit nunmehr zwei Jahren differenziert danach erfasst, ob sie sich gegen Polizeivollzugsbe-

drastischen Steigerungsraten bei Wohnungseinbruchdiebstählen für besorgniserregend. Durch die zum Vorjahr um 9,3 Prozent gestiegenen Einbrüche entstünden, so der Bundesinnenminister, jährlich Schäden in Höhe von rund 600 Millionen Euro.



Feindbild Polizei: Am Rande eines Neonazi-Aufmarsches Anfang Juni in Hamburg greifen links-autonome Gewalttäter die Einsatzkräfte mit massiver Brutalität an. Zahlreiche Beamte werden verletzt, es kommt zudem zu schweren Sachbeschädigungen. Foto: Bodo Marks/dpa

amate oder sonstige Vollstreckungsbeamte wendeten. Den Widerstand-Löwenanteil müsse die Polizei mit fast 98 Prozent dieser Fälle ertragen. Im Vorjahr war es rund ein Prozent weniger.

Einbrecherparadies Deutschland?

Ebenso wie Bundesinnenminister Friedrich hält die Gewerkschaft der Polizei die



Friedrich betonte: „Auch die psychischen Folgen für die Opfer, in deren Privatsphäre eingedrungen wurde, wiegen schwer. Daher müssen wir diese Entwicklung kritisch im Auge behalten. Wir nehmen die damit verbundenen Belastungen für die Menschen sehr ernst.“

Deutschland entwickle sich zum Einbrecherparadies, mahnte die GdP bereits Ende März dieses Jahres, nachdem der überwiegende Teil der Länder ihre Kriminalstatistiken veröffentlicht hatten. Um mindestens acht Prozent würden die Fallzahlen bundesweit steigen, behauptete der GdP-Bundesvorsitzende. Die Realität hat die Schätzung noch deutlich übertroffen. Witthaut: „Bürgerinnen und Bürger zahlen für den massiven Abbau bei der Polizei die Zeche. Streifenwagenbesatzungen sind gezwungen, immer weitere Flächen zu kontrollieren. Die Täter können sich also stetig sicherer sein, bei ihren Einbruchstouren nicht von der Polizei gestört zu werden.“ Wenn dann die Schmuckschatulle leer und das neue Notebook weg seien und die

Zum Einbrecherparadies entwickelt sich Deutschland, befürchtet die GdP angesichts des starken Anstiegs der Fallzahlen.

Foto: dpa/Bildagentur-online/Begsteiger

Polizei erst noch 30 Kilometer zum Tatort anfahren müsse, seien die Diebstahloper wütend und die Ganoven über alle Berge. Nach Informationen der GdP waren in vielen Fällen gut organisierte Banden aus dem osteuropäischen Raum für die Taten verantwortlich.

Grenzüberschreitender Autoklau

Verunsicherung bestehe, so Witthaut, vor allem an den östlichen Grenzen zu Deutschlands Nachbarn Polen und Tschechien. In der Februar-Ausgabe berichtete Deutsche Polizei bereits über Klagen von Grenzrainern in Brandenburg: Über 90 uckermärkische Unternehmer hatten in einer Petition an Brandenburgs Ministerpräsidenten Matthias Platzeck allein ihren Schaden durch den Diebstahl von Bau- und Agrarmaschinen seit 2007 auf über 2,2 Millionen Euro beziffert. Vor der Frühjahrskonferenz der Innenminister und -senatoren im mecklenburgischen Göhren-Lebbin tauchten neue ebenso beeindruckende wie besorgniserregende Zahlen auf. So berichtete der in Berlin erscheinende „Der Tagesspiegel“ von einem für die IMK bestimmten internen Lagebericht, der bestätigte, dass seit dem Schengen-Beitritt Polens im Jahr 2007 ein deutlicher Rückgang von in Polen gestohlenen deutschen PKW zu verzeichnen sei, während im gleichen Zeitraum der Autoklau in Deutschland rapide zugenommen habe. Die Zeitung zitierte aus dem Bericht wörtlich: (...) wird angenommen, dass eine Verlagerung der Entwendungstaten vom Ausland nach Deutschland hin stattgefunden hat und die Erweiterung des Schengenraums und der damit einhergehenden Ausnutzung des Wegfalls der stationären Grenzkontrollen an den deutschen Grenzen zu Polen und Tschechien hierfür wesentlich ursächlich sein dürfte (...).“ So habe sich weiter die Zahl der Autodiebstähle in Brandenburg und Sachsen in der Zeit von 2007 bis 2011 verdoppelt. Auch Bürgerinnen und Bürger in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein sowie in nord- und westdeutschen Städten wie Hannover, Hamburg, Köln, Düsseldorf, Dortmund und Essen meldeten, so das vertrauliche Papier, der Polizei deutlich häufiger den Diebstahl ihrer Fahrzeuge.

Berechtigte Sorgen

Die offensichtlichen Sorgen der Bürgerinnen und Bürger im Zusammenhang mit der Kriminalitätsentwicklung in den Grenzregionen erkannte IMK-Vorsitz-



Preiswert und aktuell

Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik/Kriminologie

Herausgegeben von:

Horst Clages, Ltd. Kriminaldirektor a. D.,
Klaus Neidhardt, Präsident der Deutschen
Hochschule der Polizei.

Format: 17 x 24 cm.

12,90 EUR [D], 23,30 sFr. je Brief im Abonnement und
14,90 EUR [D], 26,70 sFr. je Brief im Einzelbezug.



Neuerscheinung:

Band 18: **Delikte gegen Kinder**

Von
Reingard Nisse

112 Seiten
ISBN 978-3-8011-0668-3



Die Autorin

Prof. Dr. Reingard Nisse,
vormals stellvertretende
Präsidentin der FH Polizei
des Landes Brandenburg.

Die Aktivitäten zum Kinderschutz wurden in der Bundesrepublik Deutschland im letzten Jahrzehnt verstärkt und die rechtlichen Grundlagen in diesem Bereich präzisiert. Ein flächendeckendes Netzwerk zum Kinderschutz hat sich etabliert, in das auch die Polizei eingebunden ist. Ihr obliegen entsprechend polizeirechtlicher, straf- und strafprozessrechtlicher Gesetzesregelungen sowie auch aufgrund von Polizeidienstvorschriften verschiedene Pflichten und Rechte zum Schutz des Kindes.

In diesem Studienbrief werden in knapper Form die wesentlichen Erscheinungsformen von Delikten gegen Kinder dargestellt und die wichtigsten rechtlichen Grundlagen erläutert, um es Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zu ermöglichen, erfolgreich präventiv wie auch repressiv tätig werden zu können. Zudem gibt das Buch dem Leser Anregungen für die Umsetzung des Kinderschutzes in der polizeilichen Praxis mit auf den Weg.

Weiterhin erhältlich:

- Band 1:** Grundlagen der Kriminalistik/Kriminologie
- Band 4:** Identifizierung von Personen
- Band 5:** Die Beschuldigtenvernehmung
- Band 6:** Grundlagen der Rechtsmedizin
- Band 7:** Polizeibeamte als Zeugen vor Gericht
- Band 8:** Tatortarbeit
- Band 9:** Beschreibung und Identifizierung von Bekleidung
- Band 10:** Brandermittlung
- Band 11:** Polizeiforschung für Studium und Praxis
- Band 12:** Bearbeitung von Jugendsachen
- Band 13:** Kriminalistische Fallanalyse
- Band 14:** Der kriminalistische Beweis
- Band 15:** Todesermittlungen
- Band 16:** Grundlagen der Kriminaltechnik I
- Band 17:** Grundlagen der Kriminaltechnik II



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: www.VDPolizei.de

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb

Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 0211/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de • www.VDPolizei.de

Kurz-Übersicht aus der PKS 2011

Im Jahr 2011 wurden in Deutschland 5.990.679 Straftaten polizeilich registriert. Gegenüber dem Vorjahr bedeutete dies einen Anstieg um 1,0 Prozent. Die Häufigkeitszahl stieg von 7.253 auf 7.328 Fälle pro 100.000 Einwohner. Dies entsprach ebenfalls einem Anstieg von 1,0 Prozent.

Die Gesamtaufklärungsquote lag mit 3.276.153 aufgeklärten Fällen im Jahr 2011 bei 54,7 Prozent. Im Vorjahr waren 56 Prozent der Taten aufgeklärt worden.

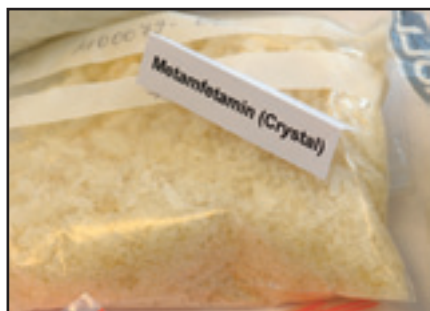
Die Anzahl aller Tatverdächtigen insgesamt sank im Jahr 2011 um 1,9 Prozent auf 2.112.843. Bei den deutschen Tatverdächtigen wurde ein Rückgang um 3,1 Prozent auf 1.628.314 und bei den nicht-deutschen Tatverdächtigen ein Anstieg um 2,7 Prozent auf 484.529 registriert.

Michael Zielasko

zender Caffier bei der Vorstellung der PKS 2011 vor den Berliner Hauptstadtkorrespondenten als berechtigt an. Der Zuwachs an Freiheit aber, sagte Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister, überwiege dennoch mit dem Wegfall der stationären Grenzkontrollen. Die Polizeien in Ost und West, in Bund und Ländern hätten sich gut aufgestellt, bewährte Formen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ausgebaut und intensiviert. Caffier: „Aus den bisherigen Erfahrungen der langjährigen Zusammenarbeit und aus den jüngsten Gesprächen mit dem

Menge an Ecstasy um 110,5 Prozent auf 484.992 Tabletten gestiegen. Die Menge an sichergestelltem Haschisch hingegen sank auf 1.747 Kilogramm (-18,5 Prozent), die an Marihuana auf 3.957 Kilogramm (-18,8 Prozent).

Schon der BKA-Rauschgiftlagebericht 2011 Ende März 2012 hatte aufhorchen lassen. Vor allem der explosionsartige Anstieg der erstauffälligen Konsumenten der extrem zerstörerischen synthetischen Droge Crystal um rund 164 Prozent müsse ein Weckruf für diejenigen sein, die der Drogenfreigabe das Wort reden, sagte der GdP-Bundsvorsitzende Witthaut. Rauschgiftkriminalität sei und bleibe ein Kontrolldelikt. Die Polizei müsse den Druck auf die Hintermänner des Drogengeschäfts hoch halten und schon bei den Drogen-Konsumenten ansetzen können.



Extrem zerstörerisch: Explosionsartiger Anstieg erstauffälliger Crystal-Konsumenten schockiert. Foto: Matthias Hiekel/dpa

polnischen Innenminister in Frankfurt/Oder wissen wir auch, dass sich sowohl die polnische als auch die tschechische Seite der gemeinsamen Verantwortung für die Lösung der anstehenden Probleme bewusst sind“. Mit der Republik Polen und der Tschechischen Republik würden derzeit Polizeikooperationsverträge erarbeitet, mit denen die bestehenden Abkommen fortentwickelt und ausgebaut würden.

Beunruhigende Trends bei Rauschgift-Delikten

Die Zahl der Rauschgiftdelikte stieg laut PKS im Jahr 2011 um 2,4 Prozent. Die Entwicklung bei den jeweiligen Drogenarten jedoch verlaufe unterschiedlich, erläuterte Bundesinnenminister Friedrich. Während bei Heroin und Kokain fallende Zahlen festgestellt wurden, verzeichnete die Polizei bei Cannabis- und Amphetamin/ Methamphetamin-Verstößen sowie ähnlichen Stoffe wie Ecstasy Anstiege. Dies unterlege auch die Menge polizeilich sichergestellter Drogen. Als „gravierend“ bezeichnete Bundesinnenminister Friedrich den deutliche Anstieg bei kristallinem Methamphetamin („Crystal“) um 48,8 Prozent auf den bisherigen Höchstwert von 40 Kilogramm. Noch deutlicher sei die

Wer schon immer davon träumte, allein oder mit seinem Partner einmal in das „Heilige Land“ nach Israel zu fahren, es aus den unterschiedlichsten Gründen aber bisher nie in die Tat umsetzte, ist bei der GdP gerade richtig. Auch in diesem

Juden, Muslimen und Christen. Wir wollen auch Besuche bei der israelischen Polizei/ Grenzpolizei, bei der Polizei der Palästinensischen Autonomiebehörde, in Kibbuz und Gespräche über die politische Situation in Israel organisieren. Eine einmalige

Gelegenheit, einen Einblick in diesen Schmelztiegel der Religionen, Geschichte und politischen Konflikte zu erhalten!

Die Reise ist eine geführte staatspolitische Bildungsreise, die verschiedenste Einblicke in die religiösen, kulturellen, geschichtlichen und politischen Aspekte Israels bietet. Beamtinnen und Beamte des Bundes und der Länder können nach Vorlage der Bestätigungen fünf Tage

Sonderurlaub für die Teilnahme erhalten, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können für die gesamte Reisedauer Bildungsurlaub nach den Vorschriften der jeweiligen Bundesländer in Anspruch nehmen. Mehr Informationen, Reise- und Bildberichte sowie Reisebedingungen/-preis und Anmeldeformular direkt auf der Spezial-Seite www.israelreise.gdp-bundespolizei.de. SH



Der Felsendom in Jerusalem.

Foto: Sven Hüber

Jahr bieten wir vom 18.- 27. November 2012 Kolleginnen und Kollegen von Bund und Ländern und ihren Begleitern ein großartiges Reise- und Bildungserlebnis! Im Programm der Bildungsreise nach Israel stehen „die weiße Stadt“ Tel Aviv mit Jaffa, Nazareth und Jerusalem, die Heiligen Stätten um den See Genezareth, Sehenswürdigkeiten am Toten Meer, Einblicke in die Kultur und Religion von

BILDUNGSANGEBOT

GdP-Reise nach Israel – Ein unvergessliches Erlebnis zum Jahresausklang



Für die Praxis



 **Neuaufgabe:**

Pressearbeit der Polizei

Leitfaden für die Praxis

Von **Karl Beele** und **Jan Schabacker**.
3. Auflage 2012,
192 Seiten,
DIN A 5, Broschur,
24,90 € [D], 43,60 sFr.
ISBN 978-3-8011-0673-7



 **Neuerscheinung:**

Suizid

Umgang mit gefährdeten Personen

Von **Guido Kolk** und **Jens Walkowiak**.
1. Auflage 2011,
144 Seiten,
DIN A 5, Broschur,
19,90 € [D], 35,10 sFr.
ISBN 978-3-8011-0667-6



Praktische Eigensicherung

Grundlagen für Ausbildung und Praxis

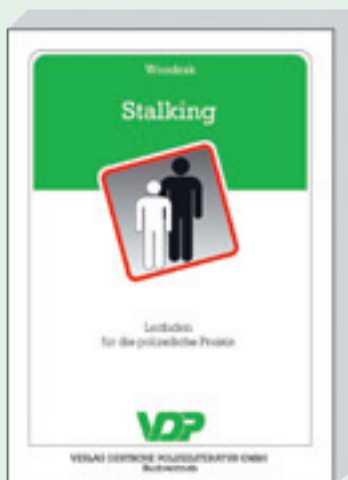
Von **Arnold Schacht**, **Wolfgang Bopp** und **Herbert Frese**.
4. Auflage 2003,
196 Seiten,
DIN A 5, Broschur,
16,90 € [D], 30,10 sFr.
ISBN 978-3-8011-0474-0



Gefährliche Hunde

Vorgehen – Eingriffstechniken – Sicherung – Professionelle Lagebewältigung

Von **Michael Hanstein**, **Dirk Kaltz** und **Stephan Heim**.
3. Auflage 2009,
151 Seiten,
DIN A 5, Broschur,
19,90 € [D], 35,10 sFr.
ISBN 978-3-8011-0620-1



Stalking

Leitfaden für die polizeiliche Praxis

Von **Isabel Wondrak**.
Mit Beiträgen von **Jens Hoffmann**, **Volker Laabes** und **Bernd Vogel**.
1. Auflage 2008,
140 Seiten,
DIN A 5, Broschur,
16,90 € [D], 30,10 sFr.
ISBN 978-3-8011-0517-4



Der Einsatz von Verdeckten Ermittlern

Handbuch für die Praxis der Strafverfolgungsbehörden

Von **David R. Kirkpatrick**.
1. Auflage 2011,
192 Seiten,
DIN A 5, Broschur,
19,90 € [D], 35,10 sFr.
ISBN 978-3-8011-0661-4



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: www.VDPolizei.de

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb

Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 02 11/71 04-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de • www.VDPolizei.de

„Ich bin ein absoluter Gegner des Einsatzes von Gummigeschossen“

Anfang Juni, in Hamburg marschieren rund 500 Neonazis: Nach den schweren Ausschreitungen von linksextremen Gegendemonstranten und fast 40 verletzten Polizeibeamten sind Forderungen nach einer Ausrüstung der Polizei mit Distanzwaffen wie beispielsweise Gummigeschosse in die Öffentlichkeit geschneit. Als klarer Gegner solcher Einsatzmittel erweist sich Prof. Michael Knappe, Direktor beim Polizeipräsidenten Berlin und Chef der Direktion 6, im Interview mit DP-Chefredakteur Rüdiger Holecek. Die Einführung von Gummigeschossen sei geradezu konterkariierend hinsichtlich der Einsatzphilosophie und der Rolle sowie dem Selbstverständnis der Polizei im freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat der Bundesrepublik Deutschland sagt der Fachbuchautor und Experte für Versammlungsrecht. Den Rufen einiger interessensgeleiteter Hardliner, die in unverantwortlicher Weise den Einsatz solcher Waffen befürworteten, wenn es dann zu gewalttätigen Aktionen größeren Ausmaßes komme, könne er in keiner Weise beitreten.

DP: Herr Prof. Knappe, wenn Sie mal über den Daumen peilen: Wie viel Demonstrationseinsätze haben Sie schon geführt?

Prof. Knappe: Ich habe natürlich nicht gezählt, aber ca. 100 sind es auf jeden Fall, sowohl als Referent im Lagedienst, als Abteilungsführer der Bereitschaftspolizei als auch als Leiter zweier Polizeidirektionen.

DP: Haben Sie Situationen erlebt, in denen Sie sich gewünscht hätten über Distanzwaffen verfügen zu können?

Prof. Knappe: Ich bin in den vielen Jahren als Polizeiführer mit höchst unterschiedlichen Einsatzanlässen in keinen Fällen auch nur ansatzweise auf die Idee gekommen, an Gummigeschosse als Distanzwaffen zu denken. Ich habe eine Reihe von Situationen erlebt, die einen gewalttätigen Verlauf nahmen, sei es bei öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel, sei es bei risikobehafteten Sportveranstaltungen, aber die Distanz, die wir brauchten, um unsere Beamtinnen und Beamten zu schützen, haben wir, soweit erforderlich, durch Wasserwerfereinsatz herstellen können, so dass Distanzwaffen im klassischen Sinne, dazu gehören ja auch die Hartgummigeschosse, für mich zu keinem Zeitpunkt zur Diskussion standen.

DP: Zum ersten Mal wurden, wenn ich recht erinnere, Distanzwaffen nach den Erfahrungen bei den Einsätzen Startbahn West in Frankfurt und an der

Baustelle der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf gefordert. Das ist fast 30 Jahre her. Selbst beim damaligen Ausrüstungsstand haben uns Einsatzpraktiker gesagt, dass Gummischrot und Gummiwuchtschosse untaugliche Mittel sind. Warum flammt die Diskussion immer wieder auf?

Prof. Knappe:

Wenn bei etwa fünf Prozent der öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel, die unfriedlich verlaufen, insbesondere immer dort, wo die rechte und die linke Szene aufeinanderprallt und dabei insbesondere Polizeibeamte in Mitleidenschaft gezogen werden, dann kommt immer wieder bei bestimmten Personenkreisen ritualisiert

die Diskussion auf, dass man nach Distanzwaffen ruft. Aber die Polizei ist ganz anders ausgebildet: Wir wollen beweislichere Festnahmen erzielen. Dabei wenden wir Taktiken an, die wir in besonderer Weise trainiert haben, um an die Täter heranzukommen, möglicherweise auch im Schutze von Wasserwerfern. Distanzwaffen helfen nur, Menschenmengen, eher unter notstandsähnlichen Gesichtspunkten, zu zerstreuen. Aber selbst der Einsatz von Wasserwerfern ist nicht ungefährlich, man denke nur an Wasserstöße und die Verletzungsmöglichkeiten von Personen im Kopfbereich. Die Beimischung von CN ist immer nur ultima ratio.

DP: Es gibt Erfahrungen mit dem Einsatz von Distanzwaffen. Sie sind eingesetzt worden im Nordirlandkonflikt und im israelisch-palästinensischen Konflikt. Es hat Tote und schwerste Verletzungen gegeben. Sind Ihnen Entwicklungen bekannt, wonach solche Gefährdungen ausgeschlossen sind?



Prof. Michael Knappe, Direktor beim Polizeipräsidenten Berlin und Leiter der Direktion 6, an seinem Arbeitsplatz. Seine Direktion ist zuständig für die Berliner Verwaltungsbezirke Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick.
Foto: Rüdiger Holecek

Prof. Knappe: Ich stecke natürlich nicht so tief in der Fortentwicklung der technischen Fähigkeiten und Fertigkeiten von Distanzwaffen, aber nach wie vor muss man sich vorstellen, dass Hartgummiwuchtschosse natürlich aus Rohren ab-



Großer Schaden.

Kleine Karte. *Schnelle Hilfe.*



Schnell, unbürokratisch und flexibel – auf den Advocard Rechtsschutz können Sie sich verlassen.

- Keine Selbstbeteiligung im Schadenfall
- Keine Wartezeit im Verkehrs-Rechtsschutz
- Grundsätzlich keine Prüfung der Erfolgsaussichten
- Rundum sorglos mit der Advocard

Rufen Sie uns an, wir beantworten gerne Ihre Fragen:

Advocard KundenServiceCenter:
(040) 23 73 10

OSG der Gewerkschaft der Polizei:
(0211) 710 42 02

Bitte einsenden an: OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH, z. H. Abt. Versicherungen, Forststraße 3a, 40721 Hilden, **schneller geht's per Fax:** 0211 / 710 42 72

Name, Vorname

Straße, Haus-Nr.

PLZ Wohnort

GdP-Mitgliedsnummer Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)

Name, Vorname des mitversicherten Lebenspartners

E-Mail

Ich wünsche ab Datum (TT.MM.JJJJ)
(frühestens einen Tag nach Eingang bei Advocard oder der OSG)

- Verkehrs-Rechtsschutz mit Fußgänger Rechtsschutz**
verwaltet durch die OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH (§18 ARB 2011)
- Single Tarif jährlich **55,00 €***
- Familien/Partner Tarif jährlich **76,70 €***

- Privat-Rechtsschutz**
verwaltet durch die Advocard Rechtsschutzversicherung AG (§ 21 ARB 2012) ohne Berufs-Rechtsschutz
- jährlich **114,11 €°**
- halbjährlich **58,86 €°**
- vierteljährlich **30,03 €°**
- monatlich **10,01 €°**

- Privat- und Wohnungs/Haus-Rechtsschutz**
verwaltet durch die Advocard Rechtsschutzversicherung AG (§ 21 u. 24 ARB 2012) ohne Berufs-Rechtsschutz
- jährlich **171,34 €°**
- halbjährlich **88,38 €°**
- vierteljährlich **45,09 €°**
- monatlich **15,03 €°**

Einzugsverfahren

- Die OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH und/oder
- die Advocard Rechtsschutzversicherung AG
- wird/werden widerruflich ermächtigt, bei Fälligkeit den Betrag zu Lasten des nachstehenden Kontos einzuziehen.

Geldinstitut

BLZ KTO

Kontoinhaber (wenn nicht Antragsteller)

Datum (TT.MM.JJJJ) Unterschrift des Kontoinhabers

Vorversicherung nein ja, bei

(bitte immer angeben) Gekündigt vom Versicherungsnehmer Versicherer

Versicherungssumme: Im Verkehrs-RS: 1.000.000 € je Rechtschutzfall und zusätzlich bis zu 200.000 € als Darlehen für Strafkautionen. Im Privat-RS/Privat- und Wohnungs-RS: Unbegrenzt und zusätzlich bis zu 200.000 € als Darlehen für Strafkautionen.

Datum (TT.MM.JJJJ) Unterschrift

* **Beiträge:** Für die Zeit vom Vertragsbeginn bis zum Ende des laufenden Kalenderjahres der anteilige Jahresbeitrag, danach für jedes Kalenderjahr der volle Jahresbeitrag wie oben inkl. gesetzl. Versicherungssteuer, zzt. 19 % (Fälligkeit Februar). Die Beitragsleistung soll jeweils bei Fälligkeit erfolgen. **Vertragsdauer:** Bis zum 31. Dezember des Jahres, das dem Jahr des Vertragsbeginns folgt. Der Versicherungsvertrag verlängert sich stillschweigend jeweils um 1 Jahr, wenn er nicht spätestens 3 Monate vor Ablauf der Versicherungsdauer schriftlich gekündigt wird. Der Vertrag zwischen dem Versicherungsnehmer und der Versicherungsgesellschaft erlischt ohne besondere Erklärung mit der Beendigung der Mitgliedschaft bei der GdP.

° **Beiträge:** Wie oben inkl. gesetzl. Versicherungssteuer (zzt. 19 %) und Zahlungsbonus für 1/2-jährliche (2 %) und jährliche (5 %) Zahlungsweise. Nebengebühren werden nicht erhoben. **Vertragsdauer:** 3 Jahre. Der Versicherungsvertrag verlängert sich stillschweigend jeweils um 1 Jahr, wenn er nicht spätestens 3 Monate vor Ablauf der Versicherungsdauer schriftlich gekündigt wird. Die angegebenen Beiträge gelten für eine Vertragsdauer von 3 Jahren.

geschossen werden, ähnlich wie Tränengaswurfkörper, die aus breiteren Rohren abgefeuert werden und somit relativ zielgenau sind.

Die Gefahr der Verletzung Unbeteiligter mit schweren gesundheitlichen Folgen durch abgefeuerte Gummigeschosse wäre enorm hoch, weil die Zielgenauigkeit, sprich die ballistische Kurve dieser Geschosse, nicht in vergleichbarer Weise exakt bestimmt werden könnte, wie z. B. beim Abfeuern von normaler Munition, ohne dass ich etwa dem Einsatz dieser Mittel, vor allem dem Schusswaffengebrauch, das Wort reden will.

DP: Verboten diese Zielgenauigkeit nicht den Einsatz solcher Waffen schon allein aus rechtlichen Gründen?

Prof. Knappe: Das ist das Entscheidende. Ich kann mir auch gar nicht vorstellen, wie die Tatbestände formuliert werden sollten, würde man Gummigeschosse in den Waffenkatalog des UZwG Bln (Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges bei der Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Landes Berlin) einführen. Zu bedenken ist, dass Gewalttäter häufig aus der Deckungsmasse von sich im Großen und Ganzen friedlich verhaltenen Teilnehmern in Menschenmengen agieren.

Die Verletzungsgefahr von Nichttätern und unbeteiligten Dritten bzw. friedlichen Personen liegt also offen auf der Hand. Zudem widerspricht sie den taktischen Varianten erfolgreichen polizeilichen Einschreitens bei derartigen Lagen mit professionell ausgebildeten und trainierten Festnahmeeinheiten unter rechtlichen und ethischen Gesichtspunkten. Es ist ja ein Waffeneinsatz, der dann erfolgen würde. Damit würde in vielen Fällen der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, mithin das Übermaßverbot verletzt werden, weil die Gefahr für Unbeteiligte immens groß ist. Und das ist ja auch das Problem, das man bei Einsätzen in der Schweiz, in Schweden, in Italien und auch in Nordirland erfahren hat. Nordirische Verhältnisse auf den Straßen will hier in Berlin wohl niemand sehen, geschweige denn erleben.

DP: Nun hat es ja in den letzten Jahren die Gewalt gegen die Polizei an Umfang und Qualität zugenommen. Einsatzkräfte werden unvermittelt angegriffen – sogar Polizeibeamte, die nicht unmittelbar am Einsatz teilgenommen hatten, Verkehrsposten zum Beispiel.

Sind in solchen lebensbedrohenden Bedrängungslagen, in denen eigentlich der Schusswaffengebrauch gerechtfertigt wäre, distanzschaffende Mittel denkbar und einsetzbar?

Prof. Knappe: Wenn möglicherweise Verkehrsposten an der Peripherie von Versammlungen angegriffen und nah bedrängt werden, sind solche Mittel auch nicht tauglich. Selbst beim Bau der Startbahn 18 West hätten keine Hartgummiwuchtgeschosse geholfen. Ich will es glasklar auf den Punkt bringen: Ich bin ein absoluter Gegner des Einsatzes von Gummigeschossen, bei deren Verwendung große gesundheitliche Risiken für Demonstranten, Protestler und auch für Straftäter bestehen. Unter dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit dürfen Maßnahmen der Polizei nicht erkennbar außer Verhältnis stehen. Dies aber ist gerade bei Gummigeschossen als Distanzwaffen der Fall, insbesondere immer dann, wenn in dynamischen Lagen nicht der nötige



Distanz schaffen: Prof. Knappe hält den Wasserwerfer „WAVE 10000“ im Verbund mit BFZ-Einheiten für „eine geradezu traumhafte Einsatzkombination“.
Foto: Rüdiger Holecek

Sicherheitsabstand eingehalten wird. Dies zu gewährleisten, ist bei Menschenmengen, die sich in Bewegung befinden, äußerst schwierig, wenn nicht sogar nahezu unmöglich. So wie man das CN heute weitgehend durch den Gebrauch von Pfefferspray abgelöst hat, natürlich in erster Linie bezogen auf den Einsatz im täglichen Dienst, wäre die Einführung dieser Geschosse geradezu konterkarierend hinsichtlich der Einsatzphilosophie und der Rolle sowie dem Selbstverständnis

der Polizei im freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat der Bundesrepublik Deutschland. Von daher kann ich den Ruf einiger interessensgeleiteter Hardliner, die für mich in unverantwortlicher Weise den Einsatz solcher Waffen befürworten, wenn es dann zu gewalttätigen Aktionen größeren Ausmaßes kommt, in keiner Weise beitreten.

Die Polizei ist also für alle Lagen, insbesondere im Demonstrationsgeschehen, von der Ausrüstung, Ausbildung und Einsatztechnik für alles gerüstet?

Prof. Knappe: Sehr wohl, das ist sie. Sie muss nur die Einsatzmittel alternativ oder kumulativ in Ansatz bringen. Die Ausbildung der Polizeiführer in Deutschland durch die DHPol (Deutsche Hochschule der Polizei) ist auf einem sehr hohen Leistungsniveau angesiedelt. Hier in der Bundeshauptstadt Berlin, eine der demonstrationsfreudigsten Städte, zudem mit vielen Fußballveranstaltungen der Fuß-

ballbundesligen, sind die Einsatzkräfte so ausgebildet, dass sie erfolgreiche Einsatztaktiken praktizieren, um auch in bedrohlichen Situationen erfolgreich zu operieren. Wenn dann noch der Wasserwerfer so eingesetzt wird, dass die Menge nicht über die Wassersperre hinkommt, können die Festnahmeeinheiten, die wir auf ein Höchstmaß

an Erfolgsorientierung trainiert haben, ihre Arbeit wirkungsvoll und erfolgreich zugleich erfüllen. Die deutsche Polizei ist aus meiner Sicht, was die Variabilität der Einsatztaktik bei gewalttätigen Aktionen angeht, federführend und musterfühlig aufgestellt. Wenn ich an den WAVE 10000 denke im Verbund mit BFZ-Einheiten (Beweissicherungs- und Festnahmezug), dann ist das eine Einsatzkombination, die geradezu traumhaft ist.



Ein zwar formal aufgeklärter, aber sonst schier unerklärbarer Kriminalfall

Arzu Özmen wurde nur 18 Jahre alt. Sie starb, weil sie die Glaubens- und Familientradition verlassen hatte.

Die kinderreiche Familie Özmen lebt seit Jahren unauffällig in einem sozial überschaubaren Ortsteil von Detmold/NRW. Für Nachbarn gelten die längst eingebürgerten Jeziden als integriert.

Als die jüngste Tochter Arzu bei einem ortsansässigen Bäcker arbeitet, lernt sie den 22-jährigen Gesellen Alexander kennen, einen Nicht-Jeziden. Die Zuneigung zueinander erweist sich stärker als die Familienbande. Das wollen Eltern und Geschwister nicht zulassen.

Der Leidensweg

Im Sommer vorigen Jahres wird sie körperlich geächtigt, der Job in der Bä-

ckerei wird ihr untersagt. Sie bricht aus und sucht Hilfe bei der Polizei. Der aufnehmende Kollege: „Sie war grün und blau geschlagen worden.“ Um sie vor weiterer Drangsal zu schützen, vermittelt sie die Polizei in ein Frauenhaus. Arzu ändert ihr Aussehen. Die langen schwarzen Haare werden kurz geschnitten und blond gefärbt. Mut und Entschlossenheit zu einem neuen Leben beweist sie, als sie über eine Anwältin eine Namensänderung auf Emily Ostermann erreicht. Trotz aller getarnter Vorsichtsmaßnahmen der Anwälte und Standesämter muss ihre 27-jährige Schwester Sirin, die bei der Stadtverwaltung in Detmold arbeitet, von der Identitätsänderung Kenntnis erlangt haben, denn sie wendet sich an eine der beteiligten auswärtigen Kanzleien, um ein Treffen mit Arzu zu erreichen, was ihr aber verwehrt wird.

Zwischenzeitlich bestehen Kontakte zu ihrem Freund weiter. So meldet sie sich auch am 1. November 2011 beim Frauenhaus ab und sucht ihn in seiner Wohnung auf. Alexander schildert die Entführung so: „Einer schob Wache, einer drohte mit der Pistole, drei haben sie raus gezerrt.“

Die Polizei wird gerufen, aber Täter und Opfer sind nicht mehr greifbar. Die polizeiliche Fahndung beginnt. Zeugen wollen in der Nähe Schüsse gehört haben. Hundertschaften werden zur Durchsuchung eingesetzt. Aber weder die Verschleppte noch Beweismittel werden außerhalb der Wohnung gefunden.

Brüder und die Schwester werden in Untersuchungshaft genommen. Einer gesteht auch die Entführung, aber sonst schweigen alle beharrlich. Beim „Aktenzeichen XY – ungelöst“ gehen zwar

Anzeige

Guthabenverzinsung auf der GdP-VISA-Card 2,05 % p. a.



- kostenloses Internet-Konto DKB-Cash (Giro-Konto)
 - weltweit kostenlos Geld abheben – an Geldautomaten –
- mit der GdP-VISA-Card
mit der GdP-VISA-Card

Zu beantragen unter www.gdp.de/kreditkarte



20 Hinweise ein, aber Arzu bleibt verschollen.

Entsetzen und Solidarität

Am 13. Januar 2012, also 10 Wochen nach der Entführung, wird auf einem Golfplatz bei Lübeck eine Frauenleiche entdeckt. Die Obduktion liefert den Beweis, dass es sich um Arzu handelt. Bis dahin bestand noch Hoffnung bei vielen, das die junge Frau noch leben könnte, vielleicht heimlich in die Türkei verbracht und dort zwangsverheiratet. Jetzt machen sich Unverständnis und Entsetzen breit.

In der örtlichen Friedenskirche hält der Pfarrer einen ökumenischen Trauergottesdienst unter starker Anteilnahme der Einwohner Detmolds ab. Der „Verein für Menschenrechte und Integration“ (Peri e.V.) organisiert einen öffentlichen Trauermarsch durch Detmold, an dem sich 500 Menschen beteiligen. Nach Freigabe des Leichnams wird er auf Veranlassung der Eltern in die Türkei übergeführt und dort bestattet.

Der Prozess

Die Ermittlungen der Polizei und der Staatsanwaltschaft tragen – bei weiterem Schweigen der Untersuchungshäftlinge – eine Indizienkette zusammen, so dass das Gericht in Detmold mit der Hauptverhandlung am 30. April 2012 beginnen kann. Angeklagt sind die zwei Brüder Kirer (25) und Osman (22) sowie ihre Schwester Sirin (27).

Nicht unerwartet, da von der Verteidigung angekündigt, gibt es am ersten Verhandlungstag Geständnisse: Sirin trägt anhand ihrer Aufzeichnungen die Irrfahrt nach der Entführung aus Detmold vor und gibt u.a. zu Protokoll: „Wir wollten ihr an jenem Abend ‚den Kopf waschen‘, denn ich wollte sie unbedingt zurückholen. Ich liebe sie ja heute noch...“

Zwischen Hamburg und Lübeck sei ihr Bruder Osman ausgestiegen, habe Arzu mitgeschleift und sie habe dann zwei Schüsse gehört. Osman bestätigt, die tödlichen Schüsse abgegeben zu haben.

Das Urteil

Am 16. Mai wird vom Landgericht Detmold als erster Instanz das Urteil verkündet.

Am vorletzten Verhandlungstag aber gab der Psychologie-Professor Jan Kizil-

Das Jesidentum

Für Außenstehende ist es sehr schwer zu erfassen, was Jesiden glauben und wonach sie ihre Lebensweise auszurichten haben. Das fängt schon bei der Schreibweise an, denn sie nennen sich auch Yeziden oder Eziden. Es gibt einen „Religionsrat“ als oberste Autorität. Die 10 Mitglieder sind zuständig für alle religiösen und weltlichen Angelegenheiten und bestimmen den zukünftigen Weg des Yezidentums.

Die Jesiden sind eine kurdische Volksgruppe, deren Siedlungsgebiete in der Türkei, in Armenien, Georgien, Irak und Syrien liegen. Ihr Glaube gehört zu den monotheistischen Religionen. In dieser Hinsicht gleichen sie dem Judentum, dem Christentum und dem Islam. Ihre mündlichen Überlieferungen sind denn auch nicht frei von alttestamentarischen oder islamischen Einflüssen.

Das Yezidentum betreibt keine Mission, um neue Mitglieder zu gewinnen. Nur wer in eine Familie hineingeboren wird, in der beide Eltern Jesiden sind, kann Jeside sein. Daraus folgert, dass alle der Verpflichtung unterliegen, wieder Jesiden zu heiraten, damit die Religion nicht vom Aussterben bedroht wird. Wer sich mit einem Nichtjesiden liiert, gilt als verloren. Und das soll möglichst verhindert werden.

han noch einen erhellenden Einblick ins Patriarchat der Jesiden. Danach schulden alle Familienmitglieder dem Vater unbedingten Gehorsam. Wer sich dem nicht unterordnet, tangiert seine Ehre. Die muss makellos wieder hergestellt werden. Auch das scheint ein Schlüssel zu den Motiven der angeklagten Kinder zu sein. (Ein Strafverfahren gegen den Vater hat die Staatsanwaltschaft vom jetzigen abgetrennt.)

Das Gericht folgt nicht in allen Punkten den höheren Strafmaß-Anträgen der Staatsanwaltschaft, geht aber über die der Verteidigung weit hinaus:

Bruder Osman (22), der die Todeschüsse eingeräumt hatte, erhält eine lebenslange Freiheitsstrafe wegen Mordes aus niederen Beweggründen.

So kommt es in strenggläubigen Familien zu Zwangsverheiratungen und zu Sanktionen, im Extremfall bis hin zum Mord.

Nach obergerichtlichen Entscheidungen in Deutschland gelten Jesiden als Gruppenverfolgte mit Asylrecht, weil sie in ihren Ursprungsländern sowohl als Volksgruppe der Kurden wie auch als fremde Religionsgemeinschaft im sonst islamischen Umfeld nachweislich Repressionen ausgesetzt sind.

Seit 2007 gibt es den „Zentralrat der Yeziden in Deutschland“. Er will die kulturellen, sozialen und politischen Interessen gegenüber der Gesellschaft und der Politik vertreten. Er bekennt sich zum deutschen Grundgesetz als Basis seiner Arbeit und sieht die Demokratie als „Chance für eine bessere Zukunft an“. Als 2011 ein Jeside seine 13-jährige Tochter erschossen hat, weil sie offensichtlich nicht mehr nach der Familientradition leben wollte, hat der Zentralrat öffentlich u. a. bekundet: „... Mord aus Ehre oder sonstigen Gründen ist mit unserer Religion nicht vereinbar...“

Der offensichtliche Widerspruch zwischen dieser offiziellen Stellungnahme und den Taten an Arzu Özmen und anderen Opfern bleibt.

Schwester Sirin (27) und Bruder Kirer (25), die bis zuletzt an der Entführung mitgewirkt haben, werden zu je 10 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.

Die an der Entführung in Detmold beteiligten Brüder Kemal und Elvis erhalten je 5 Jahre und 6 Monate Gefängnis.

Ein Gericht kann nur den bestrafen, von dessen Schuld und Tatbeteiligung es nach der Beweisaufnahme überzeugt ist. Insofern entsprechen die Urteile dem Gesetz.

Mutmaßungen, begründet durch das Rechtsempfinden, und Unverständnis über religiösen Fanatismus werden bleiben.

Dieter Block



Suchtberatung im behördlichen Gesundheitsmanagement

Nahezu 80 haupt- und nebenamtliche Suchtberater, Suchtkrankenhelfer und psychosoziale Fachkräfte der Polizeien der Länder und des Bundes begrüßte der Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft „Suchtberatung in der Polizei“ (BAG), Dieter Senges, zur diesjährigen gemeinsam von Bundeskriminalamt und Bundespolizei ausgerichteten Jahrestagung unter dem Motto „Suchtberatung im behördlichen Gesundheitsmanagement (BGM)“ Ende Mai im nordrhein-westfälischen Königswinter. Für die Gewerkschaft der Polizei nahm der stellvertretende Bundesvorsitzende Jörg Radek an der viertägigen Fachveranstaltung teil.

Wie der stellvertretende Leiter der Zentralabteilung des Bundesministeriums des Innern, Peter Beiderwieden, als Vertreter der Schirmherrin dieser Tagung, Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe, in seinen Begrüßungsworten ausführte, sei Gesundheitsmanagement ein Schlagwort, das in jedem Betrieb und jeder Behörde heute fast inflationär gebraucht wird. Ziel dieser Fachtagung sei es, BGM auch in den Polizeien als Thema zu vertiefen und die

Sucht- und Sozialberatung in der Polizei als einen der wesentlichen Bausteine dafür anzusehen.

Wesentliche Säule Suchtberatung

Der Präsident des Bundespolizeipräsidiums, Matthias Seeger, wies auf die wachsenden Aufgaben und Anforderungen auch in Bezug auf die Gesundheit der

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizeien hin. Das BGM verstehe sich als ein Instrument der systematischen Steuerung und Integration gesundheitlicher Wirkungen im Führungs- und Arbeitsprozess. So führe die Sucht- und Sozialberatung als eine wesentliche Säule des BGM Präventionsveranstaltungen als gesundheitsfördernde und -erhaltende Maßnahmen für alle Beschäftigten, zielgerichtete Seminare für Führungskräfte sowie Einzelfallberatung und -begleitung für Betroffene und/oder deren Angehörige durch.

Auch der Vizepräsident des Bundeskriminalamts, Prof. Dr. Jürgen Stock, verwies als Grundaussage auf den ganzheitlichen Ansatz des BGM und die Wichtigkeit der Vernetzung nach innen und außen.

Gesunde Mitarbeiterführung

In seinem Impulsreferat zu dem Thema „Gut aufgestellt für die Zukunft“ wies Herbert Ziegler, Leiter einer Fachklinik für junge Drogenabhängige, auf die Bedeutung einer gesunden Mitarbeiterführung hin. Aufgabe insbesondere der Führungskräfte sei es, Beanspruchungen und Stressfaktoren zu minimieren sowie Ressourcen zu stärken.

Reise & Erholung

watercraft
rafting canoeing kayak

Sommer Abenteuer bei uns
TOP ANGEBOT
Canyoning & Raftingtour,
1x grillen am Lagerfeuer und
2 Uf / Pension DU-WC
Preis pro Person ab € 155,-

office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at
Telefon: 0043 5252 4721

Franken, bei Bamberg, walddreiche Gegend, Lift, Angeln, eigene Metzgerei, Menüwahl, 75 Betten, DU/WC/TV, HP 5 Tage ab 139,- €. Zur Sonne, 96126 Pfaffendorf, Tel. 0 95 35/2 41, Prospekt

Berliner FeWo Villa Mahlsdorf
Tel. 030/56585858 oder 0179/4936842

Zittauer Gebirge – Kurort Jonsdorf
CZ/PL-Grenze, Ferienchalet Heidehof, Zollkollege bietet komf. Fewos für 2-6 Pers. in schöner Jugendstilvilla, Fahrradverleih
Fam. Zein, Tel.: 035844/72723
www.heidehof-jonsdorf.de

Sommerpauerschale
gültig vom 16.6. bis 30.9.2012

Silvretta-Region Paznauntal

Komfortzimmer m. Balkon, 4-Gang-Wahlmenü, Buffet, Grillparty, Unterhaltungsabend u. v. m.

1 Woche Halbpension ab 269,- €
beheizter Swimming-Pool, neuer Wellness- und Fitnessbereich, Billard, Tischtennis, Nintendo Wii, Internet, Programm f. Kinder u. Jugendl. im Kids Club See, schöne Familiensuiten u. Kinderermäßigungen, gratis Mountainbikeverleih, geführte Wanderung u. Wochenprogramm.

Tip: **SILVRETTA-CARD** mit vielen Vorteilen
Neu: Badeseen und Freizeitanlage

Hotel Post
Fam. Handl
A - 6553 SEE
Tel. +43-5441-6219
Fax +43-5441-6219-4
www.postsee.at
info@postsee.at

Ostseehotel Scandinavia Kühlungsborn
Sommerurlaub im familiengeführten *** Traditionshotel v. 1910 nur 600 m z. Strand, freier Parkplatz, haus eigenes Restaurant, Sauna Ein- und Zweibettzimmer sowie Familienappartements
z. B. 7 Nächte im **DZ inkl. HP ab 485,00 € p. P.**
Ostseehotel Scandinavia · 18225 Kühlungsborn
weitere Infos: Tel. 03 82 93 - 64 40 · www.Ostseehotel.com

Nordfriesland (dän. Grenze), **Nähe Sylt**, 4*/-3*/-NR-FeWo., 2-4 Pers., ab 37,- €, 0 46 63/71 96, www.nf-fewo.de

Nordseeküste bei Büsum / St. Peter-Ording
Gemütl., ruhige FeWo, gr. Terr., Spielwiese, www.Ferienwohnungen-Deharden.de, 0 48 37/3 30

DR. Motorradtreffen für Polizeibeamte, 10.-12. Aug. 2012, Hotel, HP, Nähe Göttingen, Infos Tel. 01 6016 65 45 14, detlef.schoene@freenet.de

BERLIN, Ferienwohnung, Schöneberg Kudammnähe, günstig, Tel. 089/78582805, kleiho@web.de

Bayerischer Wald, komf. FeWo**** v. Kollegen ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 93485 Rimbach, Tel./Fax: 099 41/7118, www.ferienwohnung-gammer.de

MAURITIUS >EXKLUSIV<
Kollege bietet lux. App. u. Bung-Anlage am Strand ab 76,- € p./Tag/inkl. HP. Tel. 0 21 58/40 08 05, Fax 40 46 71 www.mauritius-traumvilla.de

FeWo in Born auf dem Darß (Nationalpark Pommersche Boddenküste) für 1-2 Personen, hat noch freie Termine. Tel. 0 38 23/44 02

TIROL: „Bergsommer“
Silvrettaregion – Paznauntal
Romantisch, traumhaft gelegenes, sehr gepflegtes 3-Sterne-Haus in einem der schönsten Täler Tirols. Komfortzimmer, moderne u. gemütliche Appartements, Liegewiese, Terrasse, Kinderspielplatz, beheizter Swimmingpool, Internet, Tagesbar, Tischtennis, Tischfußball usw., wunderschöner Wellness- u. Fitnessbereich. Superwanderhotel in schönster Traumlage; Wanderungen d. d. Chef (Bergführer); Mountainbikeparadies.
Neu: Badeseen und Freizeitanlage!
Superpauerschalewoche „Bergsommer 2012“ inkl. Frühstücksbuffet oder HP, abwechslungsreiches Aktivprogramm, Grill- u. Hüttenabend, 3 geführte Wanderungen u. vieles mehr.
STARK ERMÄSSIGTE KOLLEGENPREISE! Info: Hotel Garni **BERGWELT**, A-6553 See 19 · Tel.: +43 / 5441 / 8397 · Fax: +43 / 5441 / 8397-19 · E-Mail: bergwelt@aon.at · Homepage: www.bergwelt-see.at

Fehmarn/Ostsee
2-Raum-FeWo. für 4 Pers., am Südstrand, 50 m z. Promenade, Kabel-TV Preise gem. Saison
Telefon: 040/6784581
www.fehmarn4family.de

Italien/Adria © Cesenatico
gepflegtes Familienhotel direkt am Meer · www.hotelgiove.it
1 Kind b. 2 J. GRATIS! 3-9 J. 50%
HP ab € 36,-/VP ab € 40,-
Info in D: 08389/3 81



Zusammen mit Heiko Hüttmann, Leitender Polizeidirektor der Polizei Schleswig-Holstein, führte Ziegler am

Referent: Dr. med. Hubert C. Buschmann, Chefarzt der AHG-Klinik Tönnisstein

der vergangenen Jahre und bereit, sich den Herausforderungen der Zukunft zu stellen.



Ungeteilte Meinung im Forum: Sucht- und Sozialberatung in der Polizei soll einer der wesentlichen Bausteine im behördlichen Gesundheitsmanagement werden.

Nachmittag eine Vorgesetztenschulung für Angehörige des höheren Dienstes der Bundespolizei und des Bundeskriminalamts durch, die auf sehr hohe Resonanz stieß, und stellte hierbei die Bedeutung der Kommunikation insbesondere innerhalb des Führungsprozesses heraus.

Breites Themenangebot

Aus einem breiten Themenangebot konnten die Tagungsteilnehmer im weiteren Verlauf zwischen Workshops und Vorträgen wählen.

- Vorbereitung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements bei der Bundespolizeidirektion Pirna
Referent: MedD Achim Kolle, Arbeitsmedizinischer Dienst des BPOLP, Dienort Dresden
- Sucht als Problem in der Familie (Kinder)
Referentin: Dr. med. Heike Hinz, Leiterin der AHG Fachkliniken Richelsdorf und Wigbertshöhe
- Psychische Belastungsfaktoren in der Polizeiarbeit
Referentin: MedD Dr. med. Ursula Ludwig, Arbeitsmedizinischer Dienst des BPOLP, Dienort München
- Gesundheitsmanagement in Sachsen-Anhalt
Referenten: MinR Dr. med. Wenzel Pedal, Frau Dr. med. Friederike Maier, Frau Dr. Bartsch, Landespolizei Sachsen-Anhalt
- Rolle der Suchtberatung im BGM

- Rechtsfragen zum Thema Sucht und Dienstvereinbarungen
Referent: MinR a.D. Ernst Albrecht Schwandt
- Stressbearbeitung nach belastenden Ereignissen
Referent: Oliver Gengenbach, Notfallseelsorger und Vorsitzender und Ausbildungsleiter SBE-Bundesvereinigung e.V.
- Burn-out
Inès Frege, Leitende Ärztin Psychosomatik Salus Klinik Hürth

Praktizierte Vernetzung

Neben der fachlichen Fortbildung kam aber gerade dem persönlichen Erfahrungsaustausch außerhalb des offiziellen Tagungsprogramms eine herausgehobene Bedeutung zu. Die bereits seit Jahren praktizierte Vernetzung zwischen den Polizeien der Länder und des Bundes konnte durch zahlreiche Gespräche vertieft sowie Anregungen für die Arbeit in den eigenen Bereichen mitgenommen werden.

Wie der Leitende Polizeiarzt des Landes Sachsen-Anhalt, Ministerialrat Dr. Wenzel Pedal, eindrucksvoll schilderte, hat beispielsweise Sachsen-Anhalt in zehn Jahren ein funktionierendes BGM implementiert, das von den Beschäftigten anerkannt und gelebt wird.

Zur weiteren Umsetzung und Gestaltung des BGM bedürfte es nunmehr der gezielten Investition und Schaffung strukturierter Rahmenbedingungen, um die berechtigten und hohen Erwartungen zu erfüllen.

Im Ergebnis der diesjährigen Tagung zeigte sich die BAG stolz auf die Erfolge

Zunächst reine Selbsthilfeeinrichtung

Die BAG wurde 1990 zunächst als reine Selbsthilfeeinrichtung von Beamten, Suchtkrankenhelfern, Ärzten und Sozialbetreuern der Polizeien aus Hamburg, Berlin, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern gegründet, um die Eigeninitiative der Kollegen in der ehrenamtlichen und dienstlichen Suchthilfe zu unterstützen. Mittlerweile sind neben allen Polizeien der Länder auch die Polizeien des Bundes in der BAG vertreten.

Den Durchbruch brachte ab 1999 die Bereitschaft der jeweiligen Innenminister, die Schirmherrschaft über die Jahrestagung zu übernehmen.



Das behördliche Gesundheitsmanagement verstehe sich als ein Instrument der systematischen Steuerung und Integration gesundheitlicher Wirkungen im Führungs- und Arbeitsprozess, sagte Matthias Seeger, Präsident des Bundespolizeipräsidiums.

Fotos: Sieghard Warschies

Im März 2001 wurden die Initiativen der BAG vom Unterausschuss „Recht und Verwaltung“ des AK II der ständigen Innenministerkonferenz als bedeutender Beitrag zur polizeilichen Arbeit anerkannt. Die BAG steht den Ländern und dem Bund offiziell als kompetenter Berater zur Verfügung.

Die Suchthilfearbeit hat sich längst fortentwickelt, die ursprünglich nur für Alkoholprobleme zuständigen Berater werden heute auch in anderen Bereichen wie z. B. illegalen Drogen, Internetsucht, Spielsucht, Essstörungen oder Schuldnerberatung tätig; sie sind häufig auch soziale Ansprechpartner. Es entstand im Laufe der Zeit ein Netzwerk aus Suchtkrankenhelfern, Ärzten, Psychologen und sozialen Ansprechpartnern.

Renate Schuster/Jürgen Hoffmann



SEMINARE

Der historische Wasserturm oder die Suche nach dem 18. Kamel

Seminar „Teamer Süd“ vom 7.-11.5.2012 in Boppard am Rhein



Jörg Bruchmüller, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes, antwortete ausführlich auf die vielen gewerkschaftspolitischen Fragen der Teilnehmer/-innen Foto: Rohde

Was ist denn ein Teamer-Seminar? Das ist wahrscheinlich der erste Gedanke, der einem durch den Kopf schießt, wenn man zum ersten Mal mit diesem Bundesseminar konfrontiert wird. Eine freie Enzyklopädie klärt hierzu auf: „Als Teamer werden hauptsächlich in der Kinder-, Jugend- und Altenbetreuung Mitglieder eines Teams (engl. für Arbeitsgruppe oder Mannschaft) bezeichnet.“ Da auch diese Erklärung nicht auf den ersten Blick zufrieden stellt, sei so viel vorweg genommen: Es handelt sich um ein Seminar für Seminarleiter/-innen, oder solche, die es werden wollen.

Unter diesem Vorzeichen trafen sich vom 7. bis 11.5.2012 GdP-Funktionäre der „Südschiene“, die sich als Moderatoren oder Referenten in verschiedenen Seminaren oder Schulungen der GdP betätigen. Die beiden Seminarleiter Torsten Rohde von der Bundesgeschäftsstelle und Dietmar Michael verstanden es in kürzester Zeit, ein Team aus den einzelnen Mitgliedern der Landesverbände Saarland, Rheinland-Pfalz, Thüringen, Sachsen, Baden-Württemberg und Bayern zu bilden und zeigten hier schon einmal durch kon-

Kapitalmarkt

Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite
Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.
Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:
IFS Hans-Joachim Janke
Königswall 1 • 44137 Dortmund
www.ifs-janke.de • Tel. 02 31/9 14 51 45

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.

Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamtdarlehen von 12 bis 20 Jahre.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.



Top-Finanz.de • Nulltarif • 0800-33 10 332
Andreas Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Präl.-Höing-Str. 19 • 46325 Borken

BARGELD noch HEUTE!
Tel. 02 01/22 13 48
Seit 1980 vermittelt PECUNIA GmbH Kredite von 1000–100 000 €.
• Laufzeit bis 240 Monate
• ohne Auskunft bis 10 000 €
45127 Essen - Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

www.kredite-fuer-beamte.de

oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800-040 40 41
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt
Präl.-Höing-Str. 19 • 46325 Borken-Wesela

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800 - 1000 500

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 35 Jahren.



Beamtendarlehen supergünstig
5,27% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtdarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 31 Planken
66150 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-finanz.de

www.AK-Finanz.de

*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

Außerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%, Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mobilkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.



sequentes Vorleben der zu vermittelnden Lerninhalte, worauf es bei einer Schulung zunächst einmal ankommt. Was nämlich in der Anfangsphase eines Seminars beim Kennenlernen der Teilnehmer versäumt wird, ist später kaum noch nachzuholen.

In einer äußerst kurzweiligen und fesselnden Art führte Dietmar Michael als „alter Hase“ der GdP-Bildungsarbeit in die Seminarthemen ein. Inhalte wie „Seminareröffnung“, „Gruppenbildung“, „Moderation von Gruppen“ und „Arbeitsmethoden“ wurden illustrativ vorgestellt und konnten von den Teilnehmern und Teilnehmerinnen auch gleich ausprobiert werden. Dies alles ohne Zwang, auf oftmals spielerische Art und Weise und immer orientiert an den Vorstellungen und Erwartungen der Teilnehmer/-innen, die zu Beginn des Seminars abgefragt wurden. Einige philosophische Exkursionen führten zu anregenden Diskussionen. So auch die orientalische Parabel des Kommunikationswissenschaftlers und Psychotherapeuten Paul Watzlawick, in der „das 18. Kamel“ aufzeigt, dass man manchmal eingefahrene Denkstrukturen verlassen muss, um ein Problem lösen zu können. Diese Parabel führte auch in geselliger Runde am Abend noch zu angeregten Diskussionen.

Wie gut die Teambildung funktioniert hatte, zeigte auch eine spontan organisierte Weinprobe in einem historischen Wasserturm direkt gegenüber des Seminarhotels, der im Mittelalter der Verteidigung gedient hatte und später, auf der anderen Rheinseite wieder aufgebaut, von einem Bauunternehmer zu einem Wasserturm umkonstruiert wurde, um die Lokomotiven der Reichsbahn mit Wasser zu versorgen.

Am vorletzten Tag ließ es sich der stellvertretende Bundesfinanzvorstand und hessische Landesvorsitzende Jörg Bruchmüller nicht nehmen, sich den Teilnehmern zu einem Interview zu stellen, das zuvor von den Seminarteilnehmern thematisch strukturiert und von zwei Gruppenmitgliedern vorbereitet wurde. Hier zeigte sich, dass in der Theorie Gelerntes gleich in die Praxis umgesetzt werden konnte. Aber auch beim Abendbrot konnten die Teilnehmer aktuelle Gewerkschaftsthemen mit einem Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes diskutieren.

Alles in allem eine informative Woche mit hochkarätiger Seminarleitung, die viel zu schnell vergangen sein dürfte und in der die Teilnehmer neben aller Information wieder interessante Kontakte zu anderen GdP-Aktiven herstellen konnten. Ein Seminarteilnehmer fasste die Woche in der Abschlussrunde eindrucksvoll zusammen. Seine „GdP-Familie“ habe sich um einige Mitglieder erweitert! **Thomas Bentele**

Sicherungsverwahrung in der Praxis

Die Justizvollzugsanstalt Straubing in Niederbayern ist bundesweit bekannt. Gerade hier standen 2011 aufgrund der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes eine Vielzahl von Sicherungsverwahrten (SV) zur eventuell Entlassung an. Es bestand die Möglichkeit, dass Inhaftierte, die teilweise bereits mehr als 20 Jahre in Haft waren und die nicht mehr über sozialen Bindungen verfügten, von einer Stunde zur anderen entlassen worden wären. Doch nicht nur die JVA Straubing, sondern auch das Polizeipräsidium Niederbayern bereitete sich auf diese Herausforderungen vor. Zwischenzeitlich hat sich die akute Lage entspannt, aber die Aufgaben werden für die Sachbearbeiter im Umgang mit Sicherungsverwahrten in Zukunft weiter bestehen.

Die JVA Straubing wurde 1901 fertiggestellt. In den letzten Jahren wurden zahlreiche Sanierungsarbeiten umgesetzt und auch Neubauten errichtet. Für die mehr als 800 Häftlinge besteht sowohl umfangreiches Freizeitangebot wie auch Arbeitsmöglichkeiten. Die meisten Häftlinge sind Straftäter, die mehr als 6 Jahre Freiheitsstrafe zu

verbüßen haben. Arbeit wird in der JVA großgeschrieben, und zwar nicht nur als Maßnahme der Beschäftigung, sondern vor allem unter dem Gesichtspunkt der individuellen Qualifizierung, aber auch zum schlichten Betrieb der Einrichtung. Die JVA ist wichtiger und akzeptierter Bestandteil Straubings, unter anderem auch, weil für

Anzeige

PROFIL Institut für
Stoffwechselforschung GmbH
Hellersbergstr. 9 · 41460 Neuss



Blutzucker?

Wissenschaftliches Institut für Diabetesforschung sucht Studienteilnehmer/-innen mit erhöhten Blutzuckerwerten.

◆ BIS ZU 3.650,- EURO AUFWANDESENTSCHÄDIGUNG

Voraussetzungen: Sie sind zwischen 18 und 70 Jahre alt und behandeln ihren Blutzucker mit Diät, Tabletten und/oder Insulin (Diabetiker Typ 2, männlich/weiblich).

Wir garantieren ärztliche und persönliche Betreuung während der gesamten Studie.

Rufen Sie uns an! Telefon 02131-4018-180



Sie erreichen uns Montag bis Freitag von 7.30- 15.30 Uhr. Unter www.profil.de können Sie alle nützlichen Informationen auch online abrufen.



Kostenlose iPad-App
für GdP-Mitglieder



Jetzt im App-Store!



Sommer, Sonne – gute Laune!



So habt ihr den Sommer noch nicht erlebt. Entdeckt den **OSG Sommerkatalog jetzt kostenlos auf dem iPad**: Mit allen Infos zu unseren Produkten und direkten Links in den OSG Online-Shop. Aufbereitet in hochwertiger und interaktiver Form mit **360° Produktansichten, Diashows und Videoclips**. Lasst euch anstecken und inspirieren von jeder Menge Spaß und frischen Ideen.

Hier warten brandheiße & topaktuelle Artikel auf euch.

Selbstverständlich entwickeln wir darüber hinaus auch **Sondermodelle und Aktionslösungen** für eure ganz individuellen Ideen und Wünsche. Eine zielgerechte, originelle und zeitnahe Umsetzung könnt ihr dabei voraussetzen.

Ihr wollt mehr?

Unser **Hauptkatalog mit allen Artikeln** steht euch natürlich nach wie vor zur Verfügung. **Sonderaktionen und Angebote** findet ihr in unserem Internet-Shop.



Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH
Forststraße 3a · 40721 Hilden
Telefon 0211 7104 - 167/168/169 · Telefax 0211 7104 - 165
osg.werbemittel@gdp-online.de

www.osg-werbemittel.de



die Bevölkerung die Möglichkeit besteht, Arbeiten in Auftrag zu geben, z. B. Kfz-Reparaturen, Polster-, Schreiner- und Bänderarbeiten. Der Umsatz der JVA Straubing als Wirtschaftsbetrieb wird im Millionenbereich gerechnet. Zentraler Ansatzpunkt des Vollzuges ist die möglichst sinnvolle Nutzung der Zeit, und zwar während der Arbeit, aber auch im Freizeitbereich. Die Inhaftierten haben selbstverständlich die Möglichkeit, eine Ausbildung zu machen und Freizeit ist nicht nur gleich Sport. So besteht in der JVA Straubing eine Theatergruppe, die jährlich Aufführungen vorträgt und die Schachgruppe spielt seit vielen Jahren erfolgreich in einer hohen Liga. Um am Spielbetrieb teilnehmen zu können, mussten die Schachoffiziellen genehmigen, dass die JVA-Schachgruppe ausschließlich Heimspiele zu bestreiten hat. Dies dürfte einmalig im Schachsport sein.

In der JVA Straubing werden auch die Justizbeschäftigten des Landes Bayern in Theorie ausgebildet. Auch diese Schule befindet sich auf dem Gelände der JVA.

Nach dem Gerichtsurteil 2011 des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zur rückwirkenden Verlängerung der Sicherungsverwahrung war eine grundlegende Reform der Regelung unausweichlich. Aufgrund der Rechtswidrigkeit der gesamten SV-Gesetzeslage bestand die Möglichkeit, dass alle Häftlinge in Sicherungsverwahrung zu einem bestimmten Datum entlassen werden mussten. Sowohl die JVA Straubing, wie auch das PP Niederbayern, hatten Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen, die viel Personal banden. So mussten z. B. nach Aktenlage individuelle Gefährdungsprognosen erstellt und entsprechende polizeiliche Maßnahmen getroffen werden.

In allen Fällen, in denen die Sicherungsverwahrung aufgrund der aus der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes (EGMR) resultierenden Neuregelung der Sicherungsverwahrung für erledigt erklärt werden musste, wird inzwischen regelmäßig eine Unterbringung gemäß Therapieunterbringungsgesetz (ThUG) geprüft. Ziel ist nach wie vor der Schutz der Bevölkerung vor psychisch gestörten Straftätern, wenn von ihnen eine erhebliche Gefahr ausgeht. Tatsächlich bedeutet dies, dass Sicherungsverwahrte, bei denen die Sicherungsverwahrung für erledigt erklärt wurde, aber die Voraussetzungen für eine Unterbringung nach dem ThUG bestehen, aus der JVA Straubing entlassen und dann derzeit in der 6 km entfernten Forensischen Klinik in Straubing untergebracht werden.

Nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts arbeiten derzeit Experten mit Hochdruck an einem Gesetz zur Neuregelung der Sicherungsverwahrung.

Dabei müssen zusätzlich auch die Inhalte des Urteils des EGMR umgesetzt werden. Entscheidend ist, dass die Häftlinge wesentlich anders untergebracht werden müssen, als dies bisher in den Justizvollzugsanstalten der Fall war. Auf dieses so genannte Trennungsgebot hat die JVA Straubing reagiert und eine Anlage geplant,

2011 eine Fachveranstaltung zum Thema Sicherungsverwahrung ausgerichtet hat, interessierten sich der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut und der für die Rechtspolitik zuständige Justiziar des GdP-Bundesvorstandes Sascha Braun für die weitere Praxis. Die Planung für das Gebäude der Sicherungsverwahrung in



hinten, von links nach rechts: Sascha Braun (Justiziar der GdP-Bundesgeschäftsstelle), Günter Kellermeier (Vorsitzender, GdP BG Niederbayern), Hermann Geith (PP Niederbayern, E 3), Richard Wagner (PP Niederbayern, E 3), Alois Mannichl (Leiter PP Niederbayern, SG E 3), Ulrike Hofbauer (stellv. Vorsitzende, Frauengruppe GdP BG Niederbayern)

vorne, von links nach rechts: Anton Scherl (Leiter Einsatz, PP Niederbayern), Gunther Zettl (JVA Straubing), Helmut Bahr (Vorsitzender, GdP LB Bayern), Josef Rückl (PP, PP Niederbayern), Bernhard Witthaut (GdP-Bundesvorsitzender), Maria Plötz (Vorsitzende, Frauengruppe GdP BG Niederbayern)

Foto: GdP Bayern

die sich zwar sicherungstechnisch auf dem Gelände der JVA befindet, aber dennoch einen größtmöglichen räumlichen und konzeptionellen Abstand zur JVA bietet. Der Spatenstich für das neue Gebäude für die Unterbringung von bis zu 84 Sicherungsverwahrten ist erfolgt. Die JVA Straubing plant, aufgrund der rechtlichen Vorgaben bereits Mitte 2013 den Bau fertiggestellt zu haben. Im Justizbereich werden hierzu bereits Beamte ausgebildet. Die für diesen Zweck zur Verfügung gestellten Stellen für Psychologen werden noch besetzt.

In der zukünftigen Unterkunft verfügen die Sicherungsverwahrten über Einzelzimmer mit Nasszelle und kleiner Küchenzeile. Schwerpunkt der Einrichtung ist das Angebot von individuellen und gruppenorientierten Therapien und Freizeitmöglichkeiten bei relativ großzügiger persönlicher Bewegungsfreiheit im Innern der Einrichtung. Damit soll sich diese Einrichtung grundlegend von der Verwahrung in einer Justizvollzugsanstalt unterscheiden.

Da die Gewerkschaft der Polizei bereits

Straubing ist vermutlich bundesweit am weitesten gediehen. Daher nahmen sie die Einladung der Frauengruppe Niederbayern an. Sie konnten sich davon vergewissern, dass in Straubing eine gute Zusammenarbeit zwischen den Justizbehörden und dem Polizeipräsidium Straubing herrscht. 2010 war im Sachgebiet E3 des PP Niederbayern im Hinblick auf die drohende Entlassung aller Sicherungsverwahrter eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden. Diese Arbeitsgruppe besteht zwar nicht mehr, aber noch immer sind Sachbearbeiter vornehmlich mit dem Thema Sicherungsverwahrung und den daraus resultierenden neuen Aufgaben beschäftigt.

Das Thema Sicherungsverwahrung mit seinen Auswirkungen, wie z. B. auch die Elektronische Aufenthaltsüberwachung (EAÜ) sowie ggf. erforderliche polizeiliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Entlassung des Inhaftierten ist wieder ein Beispiel für einen Aufgabenzuwachs von Justiz- und Polizeiarbeit, die Personal bindet.

Maria Plötz





Die Jugend ist die Zukunft

Kleines Führungskräfte-Training der JUNGEN GRUPPE (GdP)

Die Jugend ist die Zukunft. Das gilt auch für die Gewerkschaft der Polizei. Die JUNGE GRUPPE (GdP) begrüßte vom 16. bis 19. April 2012 siebzehn GdP-Nachwuchskräfte zum Kleinen Führungskräfte-Training in Hannover Langenhagen. Unter dem Motto „Das politische Ehrenamt und die Jugendorganisation – Grundlagen und Gestaltung politischer Jugendarbeit“ war es das Ziel, den aus zehn verschiedenen Bezirken angereisten Teilnehmer/-innen ein interessantes Portfolio aus aktueller Führungslehre, Gruppenprozessen und Projekt- und Zeitmanagement nahe zu bringen und sie für ihre bevorstehenden Aufgaben in der gewerkschaftspolitischen Jugendarbeit zu rüsten.

Der demographische Wandel hat bereits eingesetzt und wird auch nicht an der Gewerkschaft der Polizei spurlos vorbeiziehen. Die Konzentration auf die Ausbildung des Gewerkschaftsnachwuchses ist, neben der zunehmend erforderlichen Beachtung der Erfahrensten unter uns, den Senioren, notwendiger als jemals zuvor, will man fortan die gewerkschaftliche Wettbewerbsfähigkeit aufrechterhalten, ja sogar steigern und jugendpolitische Themen nicht auf dem Abstellgleis sehen und für die Zukunft gerüstet sein.

Was aber heißt Führung? Autoritär oder kooperativ, charismatisch oder transformativ oder gar situativ oder systemisch – die theoretische Vielfalt wissenschaftlicher Führungserkenntnisse lässt nicht nur Grenzen verschwimmen, sondern auch viele Fragen rund um den Führungsbegriff nicht abschließend klären. Trotzdem ist es unabdingbar, sich mit diesem Begriff auseinander zu setzen, will man nicht der unzählbaren Interpretationsvielfalt unterliegen. Dies war daher auch eines der Hauptanliegen der Referenten Fabian Heike vom Geschäftsführenden Bundesjugendvorstand und Torsten Rohde von der Bundesgeschäftsstelle. Nicht reines Faktenwissen, sondern Erkenntnisgewinnung und die Fortentwicklung der eigenen Persönlichkeit stand an oberster Stelle. Nur wer sich frühzeitig kritisch mit dem Begriff Führung auseinandersetzt, kann die Nuancen zwischen den Bedeutungen verstehen und sein politisches Handeln

am gesellschaftlichen Wohle ausrichten. Die JUNGE GRUPPE (GdP) steht für die Zukunft der Gewerkschaft. In ihr reifen die kommenden Führungskräfte heran. Eine Gruppe zu führen, heißt auch immer Verantwortung zu übernehmen. Insbesondere innerhalb einer Organisation, deren



Die diesjährigen Teilnehmer/innen machten das Kleine Führungstraining wieder zu einer sehr gelungenen Veranstaltung.
Foto: Rohde

Leistungsfähigkeit vom ehrenamtlichen Engagement ihrer Mitglieder abhängig ist. Nur wenn die breite Bereitschaft zur aktiven Unterstützung besteht, es das Ziel eines jeden Einzelnen ist, sich für das Gemeinwohl aller gemeinsam einzusetzen und den solidarischen Gedanken einer Gewerkschaft zu leben, wird die Gewerkschaft der Polizei Veränderungen im Sinne aller Polizeibeschäftigten erreichen. Das Treffen demokratischer Entscheidungen und die Mitnahme aller Beteiligten ist hinzu der erste und auch unbestrittene notwendige Schritt. Bei der Umsetzung von Veränderungen, aber nicht die abschließende Lösung. Und spätestens hier kommen die speziellen Fähigkeiten von Führungskräften ins Spiel. Sich bei Entscheidungen auf das so genannte Bauchgefühl zu verlassen, wäre eine von unterschiedlichen Möglichkeiten. Sich entgegen aller anderen Auffassungen durchzusetzen auch. Sich aber einzig auf das Gefühl und die eigene Entscheidungsgewalt zu verlassen greift zu kurz. Notwendigerweise muss auch die Rationalität in das Entscheidungskalkül mit

einfließen. Nur wer bedächtig, transparent und redselig führt, Entscheidungen trifft und durchsetzt, zudem nicht die eigenen Vorteile in den Mittelpunkt rückt, ist in der Lage, langfristig die benötigte Bereitschaft zur Unterstützung zu erhalten um Veränderungen zu etablieren.

Auch wenn viele der Teilnehmer und Teilnehmerinnen sich auf ein breites Vorwissen polizeilicher Führungserkenntnisse berufen konnten, war es der Seminarleitung wichtig, auf den speziellen gewerkschaftlichen Charakter einer mitgliederorientierten

Organisation hinzuweisen und somit auch häufiger die pauschale Übertragung polizeilicher Führungserkenntnisse auf die gewerkschaftlichen Strukturen kritisch zu hinterfragen. Aber auch gruppendynamische Entwicklungen, die Kunst Zeit effizient zu füllen und Projekte zu managen, standen im Seminar Mittelpunkt. Sehr bemerkenswert war die Bereitschaft aller Beteiligten sich von morgens bis abends intensiv mit den Seminarinhalten auseinander zu setzen und diese mit eigenen Erfahrungen zu bereichern. Dies führte zu einem äußerst gelungenen Seminarverlauf, der es auch der Seminarleitung erleichterte, die vorgesehenen Seminarinhalte allen Beteiligten zu erläutern.

Um die Wichtigkeit der internen Ausbildung im Jugendsektor zu unterstreichen, sei an dieser Stelle bereits angemerkt, dass auch im Jahr 2013 ein Kleines Führungskräfte-Training stattfinden wird und jeder Bezirk die Möglichkeit besitzt, (potentielle) Nachwuchskräfte teilnehmen zu lassen.

Torsten Rohde





Die Zukunftsfähigkeit von Gewerkschaften

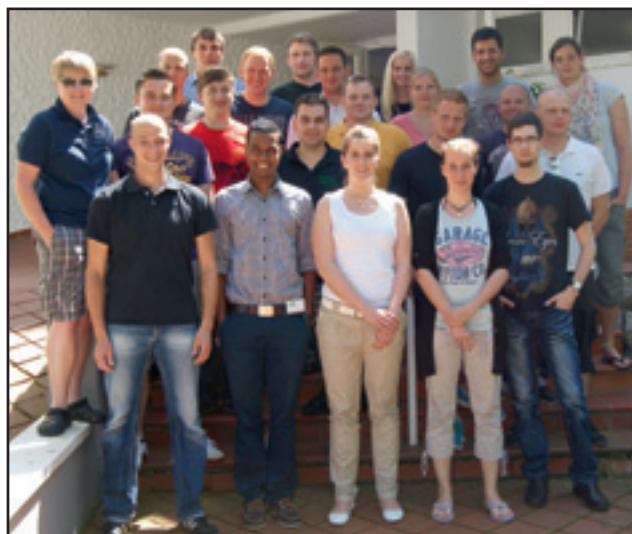
Die zentrale Arbeitstagung stellte die Zukunft der GdP in den Mittelpunkt

Der jährliche Höhepunkt zwischen den Bundesjugendkonferenzen ist die Zentrale Arbeitstagung der JUNGEN GRUPPE (GdP). Einmal im Jahr heißt es dann, ausführlich zu einem aktuellen jugend- und gewerkschaftspolitischen Thema Stellung zu beziehen und der Gewerkschaftsjugend Gehör zu verschaffen. Dieses Mal stand die Frage nach der Zukunftsfähigkeit von Gewerkschaften ganz oben auf der Agenda. Innerhalb von drei Tagen tauschten sich 24 junge Kolleginnen und Kollegen zu den Punkten Mitgliederwerbung, Personalentwicklung, neue Medien und über die Zeitgemäßheit gewerkschaftlicher Strukturen aus.

Mit 18 unterschiedlichen Bezirken und über 170.000 Mitgliedern verfügt die Gewerkschaft der Polizei über ein sehr großes Potential von Ideen und Möglichkeiten zur Anwerbung von Mitgliedern. Leider zeigt es sich immer wieder, dass dieses länderübergreifend ist. Hier besteht Nachholbedarf und die Notwendigkeit zur flächendeckenden Vernetzung und Koordination von Wissen. Eine Aufgabe, die im Zeitalter technologischen Fortschritts durchaus realisierbar scheint. Die Marke GdP ist weltweit einzigartig und steht neben Polizei und innerer Sicherheit auch für Solidarität, Kompetenz und Fachwissen. Die gesellschaftliche Wahrnehmung der Marke GdP zu pflegen und zu fördern ist unabdingbar. Hier gilt es anzusetzen und den GdP-Stern auch in Zukunft weiter strahlen zu lassen.

Ähnliche Aussagen lassen sich auch im Bereich Aus- und Weiterbildung finden. Die JUNGE GRUPPE (GdP) ist mehr als die Spielstube junger Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen. Die JUNGE GRUPPE (GdP) ist gespickt von hochqualifizierten Jungfunktionären, deren Fähigkeiten auch für die Erwachsenenorganisation von Bedeutung sein dürften. Die Zugänge zu gewerkschaftspolitischen Ämtern im Erwachsenenbereich dürfen für junge Menschen keine Ausnahmen darstellen. Der Bereich neue Medien ist vielfältig diskutiert. Der technologische Fortschritt in Form von internetfähigen Mobiltelefonen hat beinahe in jedem Haushalt Einzug gehalten. Dies wird zwangsläufig

zu einer weiteren Veränderung medialer Nutzungsgewohnheiten führen und immer neue Plattformen zur öffentlichkeitswirksamen Selbstdarstellung bieten. Die Nutzung sozialer Netzwerke ist schon lange keine Randerscheinung mehr. Die damit einhergehenden Gefahren sind jedoch



Die Zentrale Arbeitstagung war wieder einmal für jede/n Teilnehmer/in ein tolles und inspirierendes Ereignis. Foto: Müller

nicht unerheblich. Gleichzeitig eröffnen sich via sozialen Netzwerken und Kommunikationsplattformen Chancen erhöhter öffentlicher Wahrnehmung und Außendarstellung, die nicht zu vernachlässigen sind. Aber auch wenn die neuen Medien gegenwärtig auf großes Interesse stoßen, stark frequentiert genutzt werden und ihnen auch weiterhin ein hohes Erwartungspotential zugesagt wird, dürfen altbewährte Medien nicht vernachlässigt werden.

Inwieweit müssen gewerkschaftliche Strukturen in der heutigen Zeit flexibilisiert werden? In Zeiten, in denen die dienstliche Beanspruchung immer stärker zunimmt und die zeitlichen Möglichkeiten zur Ausübung eines gewerkschaftlichen Ehrenamtes, neben Familie und Freizeit, immer weniger vorhanden sind, müssen auch gewerkschaftliche Strukturen überdacht werden dürfen. Fest steht aber auch,

dass die basisdemokratischen Grundprinzipien einer Solidargemeinschaft wie der GdP nicht verlassen werden dürfen. Ob sich dazu aber eine örtliche Personen- gruppe immer aus gewählten Vertretern zusammen setzen muss, ist durchaus mit einem Fragezeichen zu versehen. Auch

sollte sich die Kollegenschaft innerhalb der etablierten Strukturen jederzeit wiederfinden, angesprochen und motiviert zur Mitarbeit fühlen. Die Aus- und Fortbildung muss ein wesentlicher Bestandteil gewerkschaftlicher Aufgaben sein. Und letztlich darf auch die Ausübung eines gewerkschaftlichen Ehrenamtes nicht zur Selbstverständlichkeit verkommen. Leistung müssen wahrgenommen und honoriert werden, aber auch einer regelmäßigen

Rotation auf Funktionärsenebene sollten keine Denkverbote gegenüberstehen. Der Bundesjugendvorstand bedankt sich bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Arbeitstagung für die drei äußerst aufschlussreichen Tage und erarbeiteten Ergebnisse und würde sich freuen, Euch auch im Jahr 2013 wieder im Rahmen einer gewerkschaftlichen Veranstaltung begrüßen zu dürfen.

Torsten Rohde

IMPRESSUM:

Herausgeber:
Bundesjugendvorstand Junge Gruppe (GdP),
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 105;
Fax: (030) 39 99 21 - 200
www.gdp-junge-gruppe.de
jg@gdp-online.de

V. i. S. d. P.: Sabrina Kunz

Redaktion:
Torsten Rohde, Sabrina Kunz





Internationale KFZ-Verschöbung

Jahr für Jahr verursacht die Internationale Kfz-Verschöbung einen nicht zu unterschätzenden volkswirtschaftlichen Schaden. Längst sind in diesem Bereich organisierte Tätergruppen mit hierarchischen Strukturen aktiv, die sehr gezielt vorgehen. Spezialisiert sind sie auf hochwertige, teure Fahrzeuge, die sie nach dem Diebstahl komplett oder in Einzelteile zerlegen und dann ins Ausland verbringen. Immer wieder bedienen sie sich auch neuer Praktiken wie zuletzt Zerlegen von Ersatzteilergebnung. Kriminalhauptkommissar Frank Thietz ist ein Kenner dieser Materie. In seinem Buch „Internationale Kfz-Verschöbung“ zeigt er jetzt auf, wie die Täter vorgehen und welche Mittel und Wege es gibt, dem professionellen Entwenden und Verschöben von Fahrzeugen erfolgreich entgegenzuwirken.

Dabei erörtert der Autor die Internationale Kfz-Verschöbung von Grund auf, indem er einzelne Elemente wie bevorzugte Fahrzeugtypen, die Täter und deren Organisation sowie deren Erlangungsmethoden, und mögliche Vertriebswege für gestohlene Kfz zunächst näher erläutert und diese dann anhand von Fallbeispielen in einen anschaulichen Zusammenhang setzt. So vermittelt er dem Leser das notwendige Wissen, das Voraussetzung für eine wirksame Bekämpfung des Kfz-Diebstahls und der Internationalen Kfz-Verschöbung ist.

Internationale KFZ-Verschöbung, Frank Thietz, VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, 1. Auflage 2010, 176 Seiten, DIN A5, Broschur, 16,90 Euro, ISBN 978-3-8011-0608-9

Polizeibeamte als Opfer von Gewalt

Gewaltübergriffe auf Polizeibeamte vor allem im Rahmen von Demonstrationen oder Fußballspielen stehen in den letzten Jahren verstärkt in der öffentlichen Aufmerksamkeit. Aktuelle Daten zum Ausmaß, zur Entwicklung und zu den Folgen der Gewaltübergriffe existieren für Deutschland allerdings nicht. Aus diesem Grund wurde im Jahr 2010 in zehn Bundesländern eine Befragung von über 20.000 Polizeibeamten durchgeführt. Mit dieser lässt sich erstens nachzeichnen, wie sich die Gewalt zwischen 2005 und 2009 entwickelt hat. Zweitens können die Einsatzsituationen, die Täter und die Opfer von Gewaltübergriffen detailliert beschrieben werden. Drittens werden körperliche wie psychische Konsequenzen resultierend aus den Übergriffen untersucht. Viertens schließlich lassen sich Aussagen dazu treffen, welche Faktoren das Risiko der Opferschaft erhöhen. Die Befunde liefern nicht nur ein umfassendes Bild zur Gewalt gegen Polizeibeamte; auf ihrer Basis können auch verschiedene Präventionsvorschläge formuliert werden.

Das Werk ist Teil der Reihe Interdisziplinäre Beiträge zur Kriminologischen Forschung, Band 41.

Polizeibeamte als Opfer von Gewalt, Ergebnisse einer Befragung von Polizeibeamten in zehn Bundesländern, Karoline Ellrich, Dirk Baier, Prof. Dr. Christian Pfeiffer, Nomos Verlag, 2012, 209 Seiten, Broschur, 39 Euro, ISBN 978-3-8329-7259-2

Deutschlands Sicherheit – Cybercrime und Cyberwar

Arne Schönbohm thematisiert mit dem vorliegenden Buch die neue Art von Bedrohung, mit der sich nicht nur Privatpersonen oder Unternehmen, sondern auch Staaten auseinandersetzen müssen. Die Möglichkeit, sogar Kriege mit Hilfe des Cyberspace zu führen, macht ein Umdenken auf der politischen Ebene erforderlich. Das Buch gibt einen Gesamtüberblick über die Hintergründe, Zuständigkeiten und Trends und enthält zudem Vorschläge für Konsequenzen.

Es ist ein informatives und lesenswertes Buch, das die Thematik in allen Facetten erfasst und wertvolle Impulse für den Umgang mit dieser neuen Herausforderung bietet. Wer über Cybercrime und Cyberwar spricht sollte dieses Buch gelesen haben.

Dr. Karl Lamers, MdB

Deutschlands Sicherheit – Cybercrime und Cyberwar, Arne Schönbohm, Edition Octopus, 2011, Hardcover, 121 Seiten, 19,70 Euro, ISBN 978-3-86991-333-9



Deutsche **Polizei**

Nr. 7 • 61. Jahrgang 2012 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon Berlin (030) 399921-0 Fax (030) 399921-200
Internet: www.gdp.de

Chefredakteur/Leiter Abt. Presse: Rüdiger Holecek,
Stellv. Chefredakteurin/Stellv. Leiterin Abt. Presse: Marion Tetzner
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 113, - 117, Fax (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de
Grafische Gestaltung & Layout: Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:

Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten

Titel

Foto: Roberto Pfeil/dapd

Gestaltung: Rembert Stolzenfeld



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
Fax (0211) 7104-174
E-Mail: av@vdpolizei.de
Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 34 vom 1. Januar 2012

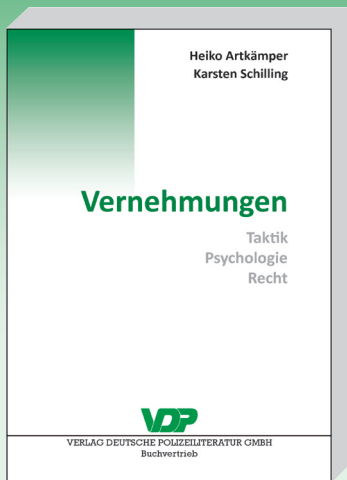


Druckauflage dieser Ausgabe:
175.919 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0,
Fax (02831) 89887



Für Studium und Praxis

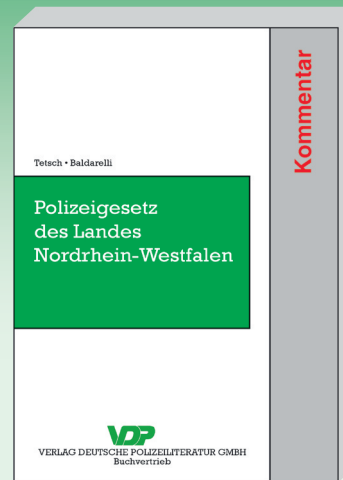


 **Neuaufgabe:**

Vernehmungen

Taktik – Psychologie –
Recht

Von **Heiko Artkämper**
und **Karsten Schilling**.
2. Auflage 2012,
368 Seiten,
DIN A 5, Broschur,
19,90 € [D], 35,10 sFr.
ISBN 978-3-8011-0665-2



 **Neuerscheinung:**

Polizeigesetz des Landes Nordrhein-Westfalen

Kommentar

Von **Lambert Josef Tetsch**
und **Marcello Baldarelli**.
1. Auflage 2011, 1100 Seiten,
DIN A 5, Hardcoverausgabe
m. Fadenheftung,
59,90 € [D], 102,- sFr.
ISBN 978-3-8011-0654-6



Staat – Verfassung – Politik

Grundlagen für
Studium und Praxis

Von **Helmut Dohr**.
20., überarb. und aktual.
Auflage 2010,
624 Seiten, DIN A 5,
Broschur + Beilage 3/2012,
26,90 € [D], 47,10 sFr.
ISBN 978-3-8011-0633-1



Strafrecht – Straf- verfahrensrecht – Ordnungswidrig- keitenrecht

Lehr- und Arbeitsbuch
in praxisbezogener
Darstellung

Von **Wolfram Lübke**.
26. Auflage 2010,
680 Seiten,
DIN A 5, Broschur,
32,- € [D], 56,- sFr.
ISBN 978-3-8011-0632-4



Verkehrsrecht

StVO, Zulassungsrecht,
Fahrerlaubnisrecht und
Verkehrsstraftaten in
Ausbildung und Praxis

Von **Karl-Peter Conrads**.
18. Auflage 2011,
556 Seiten,
DIN A 5, Broschur,
29,90 € [D], 52,- sFr.
ISBN 978-3-8011-0652-2



Kriminalistik

Für Studium, Praxis,
Führung

Von **Robert Weihmann** und
Claus-Peter Schuch.
12. Auflage 2011,
863 Seiten,
DIN A 5, Broschur,
29,90 € [D], 52,- sFr.
ISBN 978-3-8011-0662-1



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: www.VDPolizei.de

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb
Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 0211/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de • www.VDPolizei.de

ZWEI STARKE MARKEN UNTER EINEM DACH

LED LENSER® 
Creating New Worlds of Light

LED LENSER® X7R
rechargeable

Lumen 500 lm*
Leuchtweite 320 m*

X LENS TECHNOLOGY 



* Lichtstrom (Lumen) bzw. maximale Leuchtweite (Meter) gemessen in der hellsten Einstellung beim Einschalten mit einem vollständig aufgeladenen Akku. Es handelt sich um durchschnittliche Werte, welche im Einzelfall je nach Chip und Akku um +/- 15 % abweichen können.

LEATHERMAN® SIDEKICK



18
WERKZEUGE

 **LEATHERMAN®**
Leave nothing undone.™

ZWEIBRÜDER® OPTOELECTRONICS GMBH & CO. KG

42699 Solingen • Kronenstr. 5-7 • Germany • Tel. +49 212/5948-0 • Fax -200 • www.zweibrueder.com • info@zweibrueder.com